

**Diese Arbeit wurde vorgelegt am Institut für Geschichte**

The present work was submitted to the Institute of History

**“Jugend ohne Politik”. Politisierungsprozesse in der unpolitischen Studierendenschaft der Technischen Hochschule Aachen in den 1950er bis 1970er Jahren**

“Youth without Politics”. Processes of Politicisation in the Unpolitical Student Body of the Technical University of Aachen in the 1950s to 1970s

**Masterarbeit**

Master Thesis

**von / presented by**

Wetzel, Sebastian

333515

**1. Prüfer / 1<sup>st</sup> examiner:** Prof. Dr. Elke Seefried

**2. Prüfer / 2<sup>nd</sup> examiner:** Prof. Dr. Armin Heinen

**Aachen, 10.11.2021**

## **Inhalt**

<b>1</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>2</b>	<b>Die Studierendenschaft der TH Aachen als „Randerscheinung“. Hintergründe und Erklärungsansätze .....</b>	<b>5</b>
	<b>2.1 Definitive Annäherung an den Begriff „Politisierung“ .....</b>	<b>6</b>
	<b>2.2 Das Bild des unpolitischen Technikers als ein Erklärungsmuster für die Haltung der Aachener Studierenden .....</b>	<b>8</b>
	<b>2.3 Soziale und universitäre Realität der Studierendenschaft der TH Aachen und ihr vermeintlicher Einfluss auf Politisierungsprozesse .....</b>	<b>11</b>
<b>3</b>	<b>Die Studierenden der TH Aachen in der Nachkriegszeit und den 1950er Jahren. Desillusioniert, angepasst und unpolitisch? .....</b>	<b>16</b>
	<b>3.1 Der Alltag der Studierenden der TH in den direkten Nachkriegsjahren – Zwischen Wohnungsnot und Wiederaufbau .....</b>	<b>17</b>
	<b>3.2 Internationale Kontakte und erste „Kämpfe“ der Studierenden um Mitbestimmung an der Hochschule .....</b>	<b>22</b>
	<b>3.3 Gestärktes politisches Engagement der Studierenden unter dem Eindruck des Ost-West-Konfliktes und der Wehrpflicht-Debatte.....</b>	<b>29</b>
<b>4</b>	<b>Politische Aktivität der Aachener Studierendenschaft in den 1960er Jahren. Zwischen Spiegel-Affäre und „68“ .....</b>	<b>42</b>
	<b>4.1 Der Mauerbau, „Europa“ und das Attentat auf Präsident Kennedy als Auslöser politischer Handlungen der TH-Studierendenschaft .....</b>	<b>46</b>
	<b>4.2 Die Reaktionen der Studierenden auf die „Spiegel-Affäre“ im Jahre 1962 .....</b>	<b>49</b>
	<b>4.3 Die Aachener Studierendenschaft im Kontext von „68“ .....</b>	<b>52</b>
<b>5</b>	<b>Ein Ausblick auf die Situation der TH Aachen in den 1970er Jahren. Politische Blockbildungen innerhalb einer zunehmend teilnahmslosen Studierendenschaft ....</b>	<b>61</b>
	<b>5.1 Verhaltensweisen der politisierten Studierendenschaft in Bezug auf innerhochschulische Begebenheiten .....</b>	<b>63</b>
	<b>5.2 Zwischen Anti-AKW-Protesten und RAF. Die Reaktion der Aachener Studierendenschaft auf ausgewählte allgemeinpolitische Entwicklungen.....</b>	<b>69</b>
<b>6</b>	<b>Fazit.....</b>	<b>74</b>
<b>7</b>	<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>76</b>

# 1 Einleitung

„Nicht die Parteiprogramme und die Interessengemeinschaften sichern den Bestand und die Erhaltung eines politischen Gebildes – sie sind nur von sekundärer Bedeutung – sondern einzig und allein die Ideen und das geistige Verbundensein aller Einzelwesen. In der lebendigen Idee liegt eine Verheißung. Sie stellt eine Kraft dar, einen Machtfaktor, dessen Stärke weder Geld noch Gewalt aufzuwiegen vermögen. Der Deutschen Jugend fehlt aber heute dieser Akzent einer innerlichen Überzeugung, und sie ist nicht in der Lage, sich für eine Sache einzusetzen, bei der sie nicht mit Herz und Hand dabei ist.“<sup>1</sup>

Dieses Zitat stammt aus einem Artikel der zweiten Ausgabe des ersten Jahrgangs der Aachener Studierendenzzeitung „Aachener Hochschulspiegel“, der Vorgängerin des „Aachener Prisma“ aus dem Jahre 1952. Die Überschrift des Artikels dient der vorliegenden Arbeit gleichzeitig auch als Titel – „Jugend ohne Politik“. In dem Beitrag beschäftigt sich ein studentischer Redakteur dieser Aachener Studierendenzzeitung also schon früh mit der Frage, warum der Jugend – und insbesondere der Studierendenschaft als der „zukünftigen Trägerin des geistigen Lebens“<sup>2</sup> – eine so große Politikverdrossenheit nachgesagt wird. Als Gründe nennt er unter anderem die politische Unbeständigkeit in den letzten Jahren und Jahrzehnten, die die Herausbildung einer „klare[n], feste[n] Haltung“ stark erschwert hätte. Die Studierenden hätten durch diese wechselhaften Entwicklungen insbesondere gelernt, Vorsicht walten zu lassen gegenüber der Politik. Eine einigende Idee oder Überzeugung als Motivator, sich politisch aktiv zu verhalten, würde fehlen – Schuld daran seien vor allem die durch die verschiedenen Regierungswechsel verursachten „geistigen Umschichtungen“, durch die „Recht und Unrecht, Gut und Böse“<sup>3</sup> ihre Gültigkeit verloren hätten.<sup>4</sup> Parteipolitik könne diese Desillusionierung in Bezug auf die politische Wirklichkeit nicht beiseiteschaffen. Verantwortliche Stellen würden zwar viel Kritik an der unpolitischen Jugend üben, diese aber sich selbst überlassen. Der einzige Weg aus der Misere wäre die „Schaffung einer breiten geistigen Grundlage (...), auf der die Jugend von sich aus weiteraufbauen [sic] kann“<sup>5</sup> – dies sei jedoch die Aufgabe eben jener verantwortlichen Stellen. Dann, so der Autor, würde die Studierendenschaft wieder mit großem Elan am politischen und öffentlichen Leben teilnehmen. Ob und wenn ja, wie solche gemeinsamen Ideale und Ideen die Studierendenschaft der TH Aachen mit den Jahren zu politischen Verhaltensweisen animiert haben könnten, soll im Rahmen dieser Arbeit unter anderem erforscht werden.

---

<sup>1</sup> Aachener Prisma (Aachener Hochschulspiegel) 1 (1952), Nr. 2, S. 4. Im Folgenden zitiert als: AP.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Vgl. Ebd.

<sup>5</sup> Ebd.

Die vorliegende Arbeit will der Frage nachgehen, ob „Politisierungsprozesse“ in der vermeintlich unpolitischen Studierendenschaft der TH Aachen im Laufe der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte zu erkennen sind. Dies soll an folgenden Faktoren qualitativ gemessen werden: politisches Selbstverständnis und Positionierung der Studierendenschaft, Beschäftigung mit politischen Fragestellungen und Themen – auch außenpolitischer Natur – in ihren öffentlichen Organen sowie politischer Aktionismus und eventueller Extremismus. Um ein detailliertes Bild dieser Prozesse zu erhalten, ist ein Rückgriff auf verschiedenste Archivmaterialien unabdingbar. Hier seien insbesondere die Studierendenzeitschriften „Aachener Prisma“ (ab 1952, bis 1953 erschienen unter dem Namen „Aachener Hochschulspiegel“)<sup>6</sup> und „Aachener Studentenzeitschrift“ (ab 1971) erwähnt, mit deren Hilfe die politischen Ansichten und Aktivitäten zumindest eines Teils der Studierendenschaft – hier insbesondere der AStA-Mitglieder und der Zeitungsredaktionen – ans Licht gebracht werden können. Informationen über die Beteiligung größerer Teile der Aachener Studierendenschaft am politischen Leben der TH Aachen und an politischen Aktionen sollen aus der Betrachtung von Ausschnitten regionaler und nationaler Tages- und Wochenzeitungen gewonnen werden. Die Berücksichtigung der „Mitteilungen der RWTH Aachen“, einiger Senatsprotokolle und des Schriftwechsels zwischen verschiedenen Hochschulinstanzen im Untersuchungszeitraum ermöglicht darüber hinaus die Einbeziehung der Sichtweise der Hochschule auf die Entwicklungen in der Studierendenschaft. An dieser Stelle soll jedoch explizit darauf hingewiesen werden, dass ein großer Teil der Studierenden in den Quellen entweder „gesichtslos“ bleibt oder gar nicht erst zu Tage tritt. Sichtbar werden in der Regel nur besonders aktive Studierende, politische Hochschulgruppen oder Zeitungsredakteure, beziehungsweise Artikel- oder Leserbriefverfasser. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden also vermutlich oftmals verallgemeinernder Natur sein und es sollte davon ausgegangen werden, dass sich große Teile der Studierendenschaft auch in den Hochzeiten der politischen Bewegungen unpolitisch verhalten haben.<sup>7</sup> Deshalb möchte sich die vorliegende Arbeit der Definition Rüdiger Haudes anschließen, welcher den Begriff „Studierendenschaft“ in seinen Erarbeitungen nicht gleichsetzt mit allen Studierenden der Hochschule, sondern damit hauptsächlich die

---

<sup>6</sup> Die Studierendenzeitschrift musste umbenannt werden, da sich ein sehr bekanntes deutsches Nachrichtenmagazin über die Ähnlichkeit des Namens beschwert hatte, vgl. Mies, Harro, Die Studierenden und ihre Selbstverwaltung, in: Klaus Habetha (Hrsg.), Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung: die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970-1995, Aachen 1995, S. 60–86, hier S. 78. Im Folgenden zitiert als: Mies, Selbstverwaltung. Vgl. außerdem AP 2 (1953), Nr. 1, S. 3.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu Spix, Boris, Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957 - 1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008, S. 43. Im Folgenden zitiert als: Spix, Elfenbeinturm.

„institutionalisierte Studierendenschaft“ in den verschiedenen Gremien der studentischen Selbstverwaltung meint.<sup>8</sup>

In Bezug auf die 60er Jahre und insbesondere den Einfluss der „Studentenbewegung“ auf den Alltag an der Aachener TH sei auf das Werk Hans Siemons<sup>9</sup> aus dem Jahre 1997 verwiesen. Siemons Arbeit war bei ihrer Entstehung und ist bis heute nach Kenntnis des Autors die Einzige, die sich explizit mit der Studentenbewegung Ende der 60er Jahre in Aachen beschäftigt. Siemons Erkenntnisse stützen sich allerdings fast ausschließlich auf die zeitgenössische Berichterstattung der regionalen Tageszeitungen, andere Archivmaterialien wurden – zumindest laut Literaturverzeichnis – nicht verwendet. Ergänzend möchte die vorliegende Arbeit deshalb Erkenntnisse aus einem breiteren Quellenfundus ziehen und eine gründlichere Bearbeitung der Quellen bieten. Siemons basiert viele seiner Ausführungen außerdem auf Rüdiger Haudes Dissertation aus dem Jahre 1993. Diese bietet eine ausführliche Darstellung der Autonomiebestrebungen in der akademischen und studentischen Selbstverwaltung an der TH Aachen nach 1945. Haude behandelt im Rahmen dieser Bestrebungen vornehmlich die politischen „Kämpfe“ der Studierenden- und Assistentenschaft für mehr Beteiligung an der Selbstverwaltung der Hochschule. Diese Forderung stellte an der TH Aachen einer der Hauptstreitpunkte während und nach der Studentenbewegung dar<sup>10</sup>; Haudes Ausführungen werden für diese Arbeit demnach von großem Nutzen sein. Dennoch will sich die vorliegende Arbeit von beiden genannten Ausarbeitungen abgrenzen. Einerseits möchte sie einen größeren Zeitraum als Siemons in den Blick nehmen, der hauptsächlich den Ablauf der Jahre 1967-1969 an der TH Aachen darstellt; andererseits verfolgt sie im Gegensatz zur Arbeit Haudes keinen verfassungs-, sondern einen ereignisgeschichtlichen Ansatz mit Fokus auf die Politisierung der Studierendenschaft. Die Überblicksdarstellung von Harro Mies<sup>11</sup> ermöglicht darüber hinaus eine bessere Übersicht über einzelne Ereignisse des Untersuchungszeitraums. Auch Klaus Rickings<sup>12</sup> im Jahr 2020 überarbeitete Festschrift zum 125-jährigen Jubiläum der Technischen Hochschule Aachen wird in diesen Ausarbeitungen Beachtung finden.

Um eine gewisse Kontextualisierung der Ereignisse an der TH Aachen zu ermöglichen, müssen diese mit den Abläufen an anderen Universitäten im Land verglichen werden. Hierbei wird

---

<sup>8</sup> Vgl. Haude, Rüdiger, Dynamiken des Beharrens. Die Geschichte der Selbstverwaltung der RWTH Aachen seit 1945. Ein Beitrag zur Theorie der Reformprozesse, Aachen 1993, S. 75. Im Folgenden zitiert als: Haude, Dynamiken.

<sup>9</sup> Siemons, Hans, Aachens junge Wilde aus dem Hörsaal. Die 68er Studenten-Revolution an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule, Aachen 1997. Im Folgenden zitiert als: Siemons, Wilde.

<sup>10</sup> Vgl. Haude., Dynamiken, S. 82, sowie S. 299.

<sup>11</sup> Vgl. Anmerkung 6.

<sup>12</sup> Ricking, Klaus, Der Geist bewegt die Materie. Mens agit mores. 125 Jahre Geschichte der RWTH Aachen, Korr. u. überarb. Neuausgabe der 1. Aufl. 1995, Aachen 2020. Im Folgenden zitiert als: Ricking, Materie.

insbesondere die bereits erwähnte, ausgesprochen detaillierte Dissertation von Boris Spix<sup>13</sup> von Nutzen sein. Spix vergleicht in dieser die Entwicklungen an verschiedenen nordrhein-westfälischen Universitäten und Hochschulen (Aachen, Bonn, Münster und Köln) mit denen an der Berliner Freien Universität und Technischen Universität. Außerdem stellt Spix in seinen Bearbeitungen eine beachtliche Breite an Informationen über die Hintergründe der Politisierung der Studierenden in den späten fünfziger und sechziger Jahren bis zum Jahr 1967 bereit. Dabei ist die Menge an Quellenmaterial, die Spix im Laufe von elf Jahren auch in Bezug auf die TH Aachen zusammengetragen und in eine kohärente Darstellung verarbeitet hat, gewaltigen Ausmaßes. Seine Ausführungen werden aufgrund ihrer Schlüssigkeit und Detailliertheit für die Erstellung dieser Arbeit unabdingbar sein.

Verschiedenste Darstellungen werden darüber hinaus bei der Einordnung der politischen Aktionen und Verhaltensweisen der Aachener Studierendenschaft in den historischen Kontext behilflich sein, so unter anderem Edgar Wolfrums<sup>14</sup> eher populärwissenschaftliche „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Axel Schildts und Detlef Siegfrieds<sup>15</sup> „Deutsche Kulturgeschichte“ sowie Konrad Jarauschs<sup>16</sup> Standardwerk über die Deutschen Studierenden in den Jahren 1800-1970. Zur Geschichte von „68“ und der Hochphase der Studentenbewegung findet sich eine unüberblickbare Menge an relevanter Literatur, aus welcher für diese Arbeit eine Auswahl getroffen werden musste. Arbeiten von Norbert Frei<sup>17</sup>, Wolfgang Kraushaar<sup>18</sup> und Ingrid Gilcher-Holtey<sup>19</sup> sollen, neben anderen, für die entsprechenden Abschnitte zu Rate gezogen werden. Für Nordrhein-Westfalen im Besonderen sei noch Peter Dohms und Johann Pauls<sup>20</sup> knappe Überblicksdarstellung zum Ablauf der Studentenbewegung im Westen der Bundesrepublik erwähnt.

Im Folgenden soll zunächst begründet werden, warum die Studierendenschaft der TH Aachen in Bezug auf ihre politische Entwicklung und Politisierung einen interessanten Sonderfall

---

<sup>13</sup> Vgl. Anmerkung 7.

<sup>14</sup> Wolfrum, Edgar, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006. Im Folgenden zitiert als: Wolfrum, Demokratie.

<sup>15</sup> Schildt, Axel, Siegfried, Detlef, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik - 1945 bis zur Gegenwart (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 1011), Bonn 2009. Im Folgenden zitiert als: Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte.

<sup>16</sup> Jarausch, Konrad H., Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt am Main 1984. Im Folgenden zitiert als: Jarausch, Deutsche Studenten.

<sup>17</sup> Frei, Norbert, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008. Im Folgenden zitiert als: Frei, 1968.

<sup>18</sup> Kraushaar, Wolfgang, Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008. Im Folgenden zitiert als: Kraushaar, Achtundsechzig.

<sup>19</sup> Gilcher-Holtey, Ingrid, Die 68er Bewegung. Deutschland - Westeuropa - USA, München 2001. Im Folgenden zitiert als: Gilcher-Holtey, Bewegung.

<sup>20</sup> Dohms, Peter, Paul, Johann, Die Studentenbewegung von 1968 in Nordrhein-Westfalen (Ortstermine. Historische Funde und Befunde aus der deutschen Provinz 22), Siegburg 2008. Im Folgenden zitiert als: Dohms & Paul, Studentenbewegung.

darstellen könnte. Dabei soll als erster Schritt der Begriff „Politisierung“ definiert werden, bevor in einem zweiten Schritt die sozialen, kulturellen, religiösen und politischen Hintergründe der Studierenden herausgearbeitet werden. In den darauffolgenden Kapiteln sollen mögliche Politisierungsprozesse in der Aachener Studierendenschaft von der Nachkriegszeit bis zum Ende der 1970er Jahre schrittweise herausgearbeitet werden. Dabei sollen, wie schon erwähnt, hin und wieder auch Parallelen zu den Zuständen an anderen Technischen Hochschulen und Universitäten – wie beispielsweise der Freien Universität Berlin – gezogen werden, um die Einstellungen und Aktivitäten der Aachener Studierendenschaft kontextualisieren zu können. Aufgrund der Fülle des Quellenmaterials und der Ereignisse sowie des beschränkten Umfangs der Arbeit wird es jedoch nicht möglich sein, ein umfassendes Bild jeder einzelnen Entwicklung zu erstellen. Vielmehr soll durch die genauere Betrachtung von einzelnen Ausprägungen der Politisierung der Studierendenschaft in der Öffentlichkeit und in ihren offiziellen Organen – zum Beispiel den Studierendenzeitschriften – der „Ablauf“ der Politisierung der Aachener Studierendenschaft nachverfolgt werden.

## **2 Die Studierendenschaft der TH Aachen als „Randerscheinung“. Hintergründe und Erklärungsansätze**

„Lässt sich beispielsweise eine studentische Prädisposition für die Teilnahme an Protesten nachweisen, die ganz profan auf die aus Lebenssituation und Studienfreiheit zu schöpfenden Ressourcen an Zeit, sozialer Ungebundenheit und einem weniger durch Konzessionen des Erwerbslebens gehemmten Wunsch nach (Um-)Gestaltung der Gesellschaft zurückzuführen ist – oder war studentischer politischer Aktivismus hauptsächlich ein Zufallsprodukt, etwa in Phasen gesamtgesellschaftlicher Politisierung?“<sup>21</sup>

Die Erklärungsansätze für die Politisierung der Studierendenschaft in der Bundesrepublik, insbesondere vor dem Jahr 1968, sind zahlreich. Viele verschiedene Faktoren könnten dazu geführt haben, dass Studierende sich politischen Fragen und ihrer eigenen Rolle in einem demokratischen Staat vermehrt angenommen haben; vielleicht sucht man aber auch, darauf deutet Schenke im obigen Zitat hin, vergeblich nach den Ursprüngen politischer Betätigung der Studierenden, welche sich zufällig und bedingt durch momentane äußere Umstände zeigt. Der folgende einführende Abschnitt möchte den vermeintlichen sozialen, kulturellen und strukturellen Hintergründen, die in den drei betrachteten Jahrzehnten speziell auf den Verlauf der Politisierung der Studierendenschaft an der TH Aachen eingewirkt haben könnten, nachgehen. Dies soll im Vergleich mit den Bedingungen an anderen Universitäten und in der

---

<sup>21</sup> Schenke, Julian, Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart (Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen 16), Bielefeld 2020, S. 29. Im Folgenden zitiert als: Schenke, Student.

Bundesrepublik geschehen. Nach einer definitorischen Annäherung an den Begriff der „Politisierung“ soll anschließend der Herkunft des Bildes vom „unpolitischen“ Techniker oder Ingenieur kurz auf den Grund gegangen werden, welches des Öfteren als Erklärung für eine langsamer oder schwächer verlaufende Politisierung der Studierendenschaft an Technischen Hochschulen und insbesondere an der TH Aachen herangezogen wird.<sup>22</sup>

## 2.1 Definitorische Annäherung an den Begriff „Politisierung“

Boris Spix spricht in seiner Arbeit von einer „Mehrdimensionalität“ des Begriffes „Politisierung“. Zu Beginn eines Politisierungsprozesses stehe eine „Veränderung des politischen Bewusstseins von Individuen oder Gruppen (...)“<sup>23</sup>. Diese führe dazu, dass die Betroffenen ihre zunächst vornehmlich passiven Verhaltensmuster „zugunsten des aktiven Eingriffs in bestehende Zustände (...) ändern“<sup>24</sup>. Eigentlich unpolitische Themenbereiche würden nach und nach zu politischen Streitpunkten; darüber hinaus würde der Versuch gestartet, makrogesellschaftliche „Ordnungsprinzipien des politischen Systems“<sup>25</sup> und Vorgehensweisen auf teilgesellschaftliche Areale (also beispielsweise Universitäten) anzuwenden<sup>26</sup>, vermutlich mit dem Ziel, die eigene Legitimation zu erhöhen. Spix erwähnt abschließend noch die negative Konnotation des Begriffes „Politisierung“, welcher in Teilen der Gesellschaft und folglich auch in verschiedenen Forschungsdisziplinen als „unkonventionelles, unerwünscht abweichendes politisches Verhalten“<sup>27</sup> definiert wird. Dies habe die Vermeidung des Terminus in der Forschung zur Folge gehabt.<sup>28</sup>

Der aus der Sozialisationsforschung stammende Ausdruck der „politischen Sozialisation“ wird laut Morvarid Dehnavi in unmittelbarer definitorischer Nähe zum Begriff der „Politisierung“, oft sogar als sinnverwandt gesehen.<sup>29</sup> Es bietet sich also an, bestimmte von Dehnavi beschriebene Eigenschaften der „politischen Sozialisation“ auch für die Definition des Begriffes „Politisierung“ in dieser Arbeit zu übernehmen, den sie noch deutlich weiter fasst als Spix. Politisierung – oder politische Sozialisation – ist Dehnavi zufolge ein lebenslanger Prozess, der maßgeblich von „latenten und manifesten Prozessen“<sup>30</sup> beeinflusst wird und in

---

<sup>22</sup> Vgl. hierfür u.a. Spix, Elfenbeinturm, S. 247f. und Siemons, Wilde, S. 27.

<sup>23</sup> Spix, Elfenbeinturm, S. 15.

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> Ebd.

<sup>26</sup> Vgl. Ebd.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> Vgl. Ebd.

<sup>29</sup> Vgl. Dehnavi, Morvarid, Das politisierte Geschlecht. Biographische Wege zum Studentinnenprotest von "1968" und zur Neuen Frauenbewegung (Histoire 44), Bielefeld 2013, S. 78. Im Folgenden zitiert als: Dehnavi, Geschlecht.

<sup>30</sup> Ebd.



dem „das Individuum in Interaktion mit seiner sozialen Umwelt Orientierungen, Fähigkeiten, Werte, Normen und ein Symbolverständnis erwirbt, die sein politisches Handeln beeinflussen und strukturieren“<sup>31</sup>. Politisierung geschieht somit sowohl bewusst als auch unbewusst durch „offensichtliche“ und „verborgene“ Sozialisationsinstanzen.<sup>32</sup> Mit offensichtlichen Sozialisationsinstanzen sind unter anderem Einrichtungen in der Form von politischen Gruppen, Parteien, der Schule und der Universität gemeint, während verborgene Sozialisationsinstanzen „nicht explizit den Auftrag der politischen Bildung haben“<sup>33</sup>. Hierzu zählen beispielsweise die Familie, Freunde und nicht-politische Vereine. Dehnavi macht in ihren weiteren Ausführungen deutlich, dass Politisierungsprozesse aufgrund der Menge an verschiedenen Sozialisationsinstanzen, in denen sich Individuen gleichzeitig bewegen, niemals geradlinig verlaufen.<sup>34</sup> Beeinflusst würden diese außerdem durch andere, eher hintergründige soziale Rahmenbedingungen in der Form von wirtschaftlichen, religiösen, politischen und persönlichen Prädispositionen, die von Mensch zu Mensch als auch von Stadt zu Stadt zu ganz unterschiedlichen Abläufen politischer Sozialisation führen können.<sup>35</sup> Die Ausführungen Dehnavis über die politische Sozialisation können am ehesten Spix erster Dimension der Politisierung zugeordnet werden, da die eben beschriebenen Sozialisationsinstanzen und Rahmenbedingungen vermutlich in der Lage sind, eben jene politischen Bewusstseinsveränderungen bei den betroffenen Gruppen und Individuen hervorzurufen, welche letztendlich zu einem Austritt aus der Passivität und hin zu einer aktiven Mit- oder Umgestaltung der gesellschaftlichen Realität führen könnten. Auch Antonin Dubois definiert in seiner Abhandlung über die politische Mobilisierung von deutschen und französischen Studenten zwischen 1880 und 1914 Politisierung folgendermaßen:

„Der Begriff der Politisierung beschreibt einerseits diesen Erwerb [den Erwerb von praktischen und intellektuellen Kenntnissen über das Politische], andererseits aber auch seine praktische Umsetzung: Man politisiert sich selbst ebenso wie eine Sache.“<sup>36</sup>

Mit Blick auf den Umfang der vorliegenden Arbeit und aufgrund der Quellenlage wäre es jedoch unmöglich und nicht zielführend, sämtliche dieser Sozialisationsumgebungen für die Studierenden erfassen und darlegen zu wollen. Nichtsdestotrotz müssen die sozialen Milieus und Rahmenbedingungen, aus denen die Studierenden stammten und von denen sie umgeben

---

<sup>31</sup> Dehnavi, *Geschlecht*, S. 76.

<sup>32</sup> Vgl. Ebd.

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Vgl. Ebd., S. 79.

<sup>35</sup> Vgl. Ebd., S. 79f.

<sup>36</sup> Dubois, Antonin, *Die Grenzen der Politisierung. Politische Mobilisierung und soziale Integration der deutschen und französischen Studenten (1880-1914)*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 107 (2020), 3, S. 300–332, hier S. 301f.

waren zumindest überblicksweise erfasst werden, um einer Begründung der Politisierungsabläufe in der Studierendenschaft der TH Aachen näher zu kommen.

## **2.2 Das Bild des unpolitischen Technikers als ein Erklärungsmuster für die Haltung der Aachener Studierenden**

In seiner 1976 veröffentlichten Studie über das Verhältnis der „Technologischen Intelligenz“ zur Politik wertete Eugen Kogon rund 26.000 Fragebögen aus<sup>37</sup>, die er in den Jahren 1970/71 an verschiedene Vereine und Zeitschriften – darunter auch der Verein Deutscher Ingenieure – mit der Bitte um Verbreitung unter der Leserschaft beziehungsweise den Mitgliedern verteilt hatte.<sup>38</sup> Ziel der Befragung war es, das „subjektive und abgeleitet objektive Verhältnis der Berufsgruppe zur Politik insgesamt“<sup>39</sup> zu erforschen. Hieraus ergab sich, dass von den Befragten – Beschäftigte aus vielen verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und Wissenschaft – fast 60 % der Ansicht waren, der Ingenieursberuf wäre zeitlich und fachlich so anspruchsvoll, dass keine Zeit bliebe für politisches Engagement außerhalb der Arbeit.<sup>40</sup> Fehlende Allgemeinbildung und eine sehr spezialisierte Ausbildung seien außerdem dafür verantwortlich, dass man sich nicht gut genug vorbereitet fühle, um einer politischen Tätigkeit neben dem Beruf nachzugehen.<sup>41</sup>

Wodurch ist nun diese Distanz zur Politik zu erklären, die insbesondere in den Ingenieurs- und Technikberufen vorhanden zu sein scheint? Ein Grund für die „Politikabstinenz“ ist laut Barbara Orland sicherlich in den Bestrebungen vieler Techniker zu finden, ihre Arbeit und Disziplinen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges klar von jeglicher Teilhabe an den Gräueltaten des Dritten Reiches freizusprechen. Technik sei „wertneutral“ gewesen; man müsse klar zwischen Technik und Politik unterscheiden.<sup>42</sup> Orland verortet die Anfänge des Bildes des unpolitischen Technikers in Deutschland jedoch schon vor der Nachkriegszeit. Sie hebt die im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert „missliche“ Lage der Ingenieure und Techniker als Vertreter der „Zivilisation“ hervor, welche wohl im krassen Gegensatz standen zum „Selbstwertgefühl eines Bürgertums, das seine Identität besonders durch den Stolz auf die

---

<sup>37</sup> Vgl. Kogon, Eugen, Die Stunde der Ingenieure. Technologische Intelligenz und Politik, Düsseldorf 1976<sup>2</sup>, S. 75. Im Folgenden zitiert als: Kogon, Intelligenz.

<sup>38</sup> Vgl. Ebd., S. 73-77.

<sup>39</sup> Ebd., S. 61.

<sup>40</sup> Vgl. Ebd., S. 289.

<sup>41</sup> Vgl. Ebd., S. 292-296.

<sup>42</sup> Vgl. Orland, Barbara, Der Zwiespalt zwischen Politik und Technik. Ein kulturelles Phänomen in der Vergangenheitsbewältigung Albert Speers und seiner Rezipienten, in: Dietz, Burkhard, Fessner, Michael und Helmut Maier (Hrsg.), Technische Intelligenz und Kulturfaktor Technik. Kulturvorstellungen von Technikern und Ingenieuren zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik Deutschland (Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt 2), Münster-New York-München-Berlin 1996, S. 269–295, hier S. 269f. Im Folgenden zitiert als: Orland, Zwiespalt.

eigene geistig-philosophische Bildungstradition (...) auszudrücken pflegte“<sup>43</sup>. Der Begriff „Politik“ wurde in Deutschland damals noch eng gefasst als ein Staat und Regierung betreffender Bereich; Geistes-, Rechtswissenschaftler und Theologen besetzten die relevanten Stellen in diesem Gebilde, während die Techniker und Ingenieure nach mehr Anerkennung und Teilhabe strebten. Die wichtige Rolle, die neue technische Errungenschaften im Ersten Weltkrieg gespielt hatten, sorgte laut Orland für die lang ersehnte Wandlung in der Wahrnehmung der Technik in der Gesellschaft; die Ingenieure erhoben – wenn auch zunächst vergeblich – Anspruch auf Führungsrollen in der Gesellschaft. Sie sahen sich als sachliche, objektive und rationale „Beurteiler“, die bestens geeignet seien für verantwortungsvolle Positionen.<sup>44</sup> Orland argumentiert, dass dieses in der Weimarer Republik „entfesselte“ technokratisch-rationale Selbstbild der Ingenieure letztendlich mit verantwortlich zeichnete für den „industriellen“ Umgang mit Menschen während des Dritten Reiches. Erst die Arbeiten und neuen Errungenschaften der Techniker und Ingenieure hätten den Nationalsozialisten die Durchführung vieler ihrer Programmatiken ermöglicht.<sup>45</sup> In diesem Lichte erscheint die postulierte Losgelöstheit der Technik von Politik als „Selbstverteidigungsmaßnahme“ der Ingenieure nach dem Zweiten Weltkrieg umso perfider.

Orlands Ausführungen zur „unpolitischen Technik“ decken sich argumentatorisch fast vollständig mit denen Gert Hortleders aus dem Jahre 1970. In seiner Abhandlung „Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs“ analysiert er anhand der Geschichte des Vereines Deutscher Ingenieure (VDI) eindringlich das facettenreiche Selbstbild der Ingenieure in Deutschland und die Gründe für ihre Politikferne.<sup>46</sup> Hortleder entschied sich für den VDI als Untersuchungsobjekt, da er einer der ältesten, mitgliederstärksten und somit zum Zeitpunkt der Untersuchung wichtigsten Vereinigungen von Technikern und Ingenieuren darstellte.<sup>47</sup> Hortleder berichtet insbesondere über die Ansichten und Vorstellungen der „Elite“ – also beispielsweise Vorstandsmitglieder und Rektoren – des Vereines Deutscher Ingenieure (VDI), da diese verständlicherweise stärker in den Quellen sichtbar wird.<sup>48</sup> Dass die hierbei beschriebenen Weltbilder trotzdem von einem größeren Teil der Ingenieure im VDI geteilt wurden, ist nicht unwahrscheinlich. Zusammenfassend konstatiert Hortleder:

---

<sup>43</sup> Orland, Zwiespalt, S. 273.

<sup>44</sup> Vgl. Ebd., S. 274f.

<sup>45</sup> Vgl. Ebd., S. 265.

<sup>46</sup> Hortleder, Gerd, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt am Main 1970. Im Folgenden zitiert als: Hortleder, Gesellschaftsbild.

<sup>47</sup> Vgl. Ebd., S. 8f.

<sup>48</sup> Vgl. Ebd., S. 9f.

„(...) das Ideal der verbindenden Kraft der Technik hat eine ähnliche Funktion wie die Bedeutung nationalistischer Elemente in der Vergangenheit des Vereins [Verein Deutscher Ingenieure]. In beiden Fällen bedeutet sie eine Abwendung von innenpolitischen Problemen, eine selbstgewählte Neutralisierung der eigenen Interessenslage. Sie findet ihren Ausdruck in einer Distanz gegenüber aktuellen Problemstellungen bundesrepublikanischer Wirklichkeit.“<sup>49</sup>

Durch die Fokussierung auf die Komplexität ihres Tätigkeitsfeldes hätten sich die Ingenieure und Techniker dementsprechend nur wenig mit gesellschaftlichen Problemen und Fragen beschäftigen müssen.

Zu alledem kam, dass viele Ingenieure die Politik schon im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts als „Interessenspolitik“ verstanden und ablehnten. Das Parteiensystem und die dadurch ermöglichte Repräsentation von verschiedensten „Volksinteressen“, so argumentierten insbesondere überzeugte Technokraten, stünde dem eigentlichen Gemeinwohl nur im Weg, da die dadurch hervorgerufenen innenpolitischen Konflikte auf Dauer zum Stillstand der „Gesellschaftsmaschinerie“ führen würden.<sup>50</sup> Nur durch die Besetzung von politischen Führungspositionen mit Ingenieuren und die den Ingenieuren eigene „sachliche“ Herangehensweise an gesellschaftliche Fragen könne die Gemeinschaft weiter wachsen. Zurecht hebt Hortleder die Ironie dieser Ansichten in seinen Ausführungen hervor – die Techniker und Ingenieure wollten nichts mit der Politik zu tun haben, bewegten sich jedoch mit ihren Macht- und Führungsansprüchen eindeutig auf politischem Boden.<sup>51</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg beriefen sich viele Ingenieure auf die wertfreie und unpolitische Natur ihrer technischen Arbeit, um Konsequenzen aufgrund ihrer Tätigkeit im Dritten Reich zu vermeiden, eine Taktik, die anscheinend immer wieder Früchte trug.<sup>52</sup> Gerd Hortleder kommentierte diese apologetische Haltung folgendermaßen:

„Ohne die Überwindung der chaotischen wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu Beginn der dreißiger Jahre – nicht zuletzt mit Hilfe großer technischer Projekte – wären weitreichende, bis zum Krieg führende Entscheidungen kaum möglich gewesen. Dieser Hinweis will weder Technik noch Ingenieure allein verantwortlich machen für das, was nach 1933 in Deutschland geschehen ist. Die Gefahr einer radikalen Trennung von Technik und Politik wird jedoch deutlich. Ingenieuren raubt sie die Illusion, sie hätten keinen Beitrag geleistet zu dem, was Hitler schließlich zu tun in der Lage war.“<sup>53</sup>

---

<sup>49</sup> Hortleder, Gesellschaftsbild, S. 161.

<sup>50</sup> Vgl. König, Wolfgang, Vom Staatsdiener zum Industrieangestellten. Die Ingenieure in Frankreich und Deutschland 1750-1945, in: Kaiser, Walter, König, Wolfgang (Hrsg.), Geschichte des Ingenieurs. Ein Beruf in sechs Jahrtausenden, München-Wien 2006, S. 179–231, hier S. 222f. Vgl. außerdem Hortleder, Gesellschaftsbild, S. 73f. und S. 103.

<sup>51</sup> Vgl. Ebd., S. 103.

<sup>52</sup> Vgl. Orland, Zwiespalt, S. 269-273. Das bekannteste Beispiel hierfür stellt wohl Albert Speer dar.

<sup>53</sup> Hortleder, Gesellschaftsbild, S. 128f.

Die Studierenden der 1950er Jahre, die in dieser Arbeit einen Teil des Hauptuntersuchungsgegenstandes darstellen, gehörten mit großer Wahrscheinlichkeit schon zu einer völlig anderen Alterskohorte als die während der Herrschaft des Nationalsozialismus tätigen Ingenieure und gerieten deshalb nicht in die Situation, sich durch die Betonung der unpolitischen Natur ihrer Arbeit aus der Verantwortung ziehen zu müssen. Da das Bild des unpolitischen Technikers jedoch auch in studentischen Veröffentlichungen und Schriftstücken immer wieder erwähnt wird, erschien es sinnvoll, dessen Herkunft nachzuvollziehen.

Die Ausführungen Boris Spix über die unterschiedliche Intensität der politischen Betätigung seitens der Studierenden an Universitäten und Technischen Hochschulen weisen darauf hin, dass sich das Bild der unpolitischen, rein sachlich-fachlichen Technik auch in den Studieninhalten und -plänen widerspiegelt.<sup>54</sup> Er vermutet, dass sich Studierende an den klassischen Universitäten intensiver mit politischen Themen auseinandergesetzt hätten als Studierende an den Technischen Hochschulen. Dies begründet er einerseits mit dem Fehlen politischer Fragestellungen in den Curricula der technischen Fächer, für die sich darüber hinaus größtenteils Studierende mit allgemein geringem Interesse an politischen Fragestellungen entschlossen hätten, andererseits mit der starken Stellung der klassischen geisteswissenschaftlichen Fächer – wie beispielsweise Jura – an den Universitäten.<sup>55</sup> Das Fach Politikwissenschaften hätte neben den anderen Geisteswissenschaften zusätzlich dafür gesorgt, dass Studierende an die Universitäten gelangten, die sich nicht nur für Politik interessierten, sondern auch in der Lage waren, dieses Interesse zu kommunizieren, in anderen Worten: ihre Überzeugungen theoretisch zu fundieren und entsprechend zu argumentieren.<sup>56</sup> Spix geht also davon aus, dass die Studierenden an Universitäten besser für politische Betätigung ausgestattet waren. Das Fächerangebot an den Hochschulen und Universitäten war aber nur einer von vielen Gründen für die Politisierung der Studierendenschaft und nicht der alleinig ausschlaggebende, wie Spix am Beispiel der trotz sehr ähnlicher Fächerzusammensetzung unterschiedlich stark politisierten Universitäten Bonn und Münster zeigt.<sup>57</sup>

### **2.3 Soziale und universitäre Realität der Studierendenschaft der TH Aachen und ihr vermeintlicher Einfluss auf Politisierungsprozesse**

Im Sommersemester 1949 betrug die Studierendenzahl an der TH Aachen 1895. Sie waren im Durchschnitt ca. 25 Jahre alt und stammten zu einem Großteil aus der direkten Umgebung der

---

<sup>54</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 82f.

<sup>55</sup> Vgl. Ebd.

<sup>56</sup> Vgl. Ebd.

<sup>57</sup> Vgl. Ebd.

Stadt Aachen, 174 aus Aachen selbst. Nur 59 waren Frauen.<sup>58</sup> Schon 1953 waren es dann 5800 Studierende, im Wintersemester 1960 beherbergte die Technische Hochschule Aachen über 10.000 Studierende.<sup>59</sup> In den 1950er Jahren war die westlichste Hochschule in Deutschland also gleichzeitig auch die am schnellsten wachsende Technische Hochschule im Land und galt, so Klaus Ricking, als erstes Beispiel für den universitären „Massenbetrieb“.<sup>60</sup> Neben steigenden Studierendenzahlen hatten sicherlich auch die soziale Herkunft, das Geschlecht, die Konfession und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen Einfluss auf das Politisierungsgeschehen der Studierenden an der TH Aachen. Boris Spix hat in ausführlicher Detailarbeit versucht, für den Zeitraum von 1956/57-1967 auch für die TH Aachen Antworten auf viele dieser Fragen zu geben. Deshalb möchte sich die vorliegende Arbeit im folgenden Abschnitt unter anderem an seinen Arbeitsergebnissen orientieren.

Nachdem die entbehrungsreichen direkten Nachkriegsjahre überstanden waren, stieg die Gesamtstudierendenzahl in der Bundesrepublik von fast 95.000 im Jahre 1948 auf 123.000 im Wintersemester 1955/1956 an, um sich bis zu den Jahren 1960/61 noch einmal fast zu verdoppeln.<sup>61</sup> Die schon erwähnte Steigerung der Studierendenzahlen an der TH Aachen war also ein bundesrepublikanisches und kein rein lokales Phänomen; ausgelöst wurde dieser Anstieg laut Jarausach unter anderem durch stärkere Geburtenjahrgänge in den 1930er Jahren und einer besseren finanziellen Situierung großer Teile der Bevölkerung.<sup>62</sup> Nachdem der Höhepunkt der Studierendenzahl in Aachen im Jahr 1961/62 erreicht worden war, sank diese im Gegensatz zu denen der klassischen Universitäten wieder. Der weitere Absturz wurde unter anderem durch die Einrichtung der Philosophischen Fakultät an der TH Aachen im Studienjahr 1965/66 etwas gebremst.<sup>63</sup> Dennoch blieben die Studierendenzahlen weiterhin auf einem

---

<sup>58</sup> Vgl. Olbertz, Silke, „Aber auch die Nachwelt wird Eure Königliche Majestät für diese großartige Schöpfung preisen und segnen“. 125 Jahre RWTH aus studentischer Sicht, Aachen 1995, S. 33. Im Folgenden zitiert als: Olbertz, Majestät.

<sup>59</sup> Vgl. Ricking, Materie, S. 202f.

<sup>60</sup> Vgl. Ebd. Vgl. außerdem HAAC 242, o. Bl., Artikel „Rektor der TH Aachen“, „Die Welt“ vom 31.12.1949. Hier merkt der damalige Rektor Wilhelm Müller nur 3 Jahre zuvor noch an, dass eine „wesentliche Erhöhung der Studentenzahl über 3000“ in nächster Zeit aufgrund der Überlastung der Lehre und der sozialen Situation der Studierenden „nicht in Frage“ komme.

<sup>61</sup> Vgl. Jarausach, Deutsche Studenten, S. 215. Leider hat Jarausach keine Quelle für seine Zahlen angegeben. Julian Schenke hat für diese Jahre andere Zahlen zu bieten, er spricht nur von 71.000 Studierenden im Jahre 1949 und ca. 88.000 im Jahre 1955, vgl. Schenke, Student, S. 29. Schenke gewinnt seine Informationen aus den Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes, hat jedoch, so scheint es, die Studierenden der Technischen Hochschulen im Bundesgebiet nicht mitgezählt und kommt deshalb auf geringere Werte. Zieht man sowohl die Zahlen der Studierenden der Universitäten als auch der Technischen Hochschulen in Betracht, dann kommt man zu den gleichen Ergebnissen wie Jarausach, der wohl ebenfalls die Sozialerhebungen als Quelle genutzt haben muss. Vgl. hierfür Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1956, herausgegeben vom Deutschen Studentenwerk, Bonn 1957. Im Folgenden zitiert als: Kath, Sozialerhebung 1956.

<sup>62</sup> Vgl. Jarausach, Deutsche Studenten, S. 215.

<sup>63</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 77-80.

deutlich höheren Niveau als in den 1950er Jahren. Die stark gewachsene Anzahl an Studierenden führte wahrscheinlich zu einer gesteigerten Meinungspluralität innerhalb der Studierendenschaft, die Politisierungsprozesse vorangetrieben haben könnte. Gleichzeitig ging das Phänomen „Massenuniversität“ häufig mit sich verschlechternden Studenumständen einher; beispielsweise war eine enge, fast individuelle Betreuung der Studierenden nicht mehr möglich. Diese negativen Erfahrungen in Bezug auf die Qualität der Lehre könnten also ebenfalls die Politisierung der Studierendenschaft beeinflusst haben.<sup>64</sup>

Der Frauenanteil an der TH Aachen war entsprechend der Fokussierung auf technische Fächer an der Hochschule in Aachen gering, insbesondere im Vergleich mit der Gesamtzahl der Studentinnen an westdeutschen Hochschulen und Universitäten. Im Jahre 1951 lag die „Frauenquote“ bundesweit bei 16 %, 1961 bei ungefähr 22 % aller Studierenden.<sup>65</sup> Spix gibt für das Studienjahr 1956/57 an der Hochschule Aachen eine Frauenquote von 2,4 % an, die sich somit seit dem Jahre 1949 prozentual gesehen sogar verschlechtert hatte.<sup>66</sup> Auch wenn die Quote bis in die 1970er Jahre immer weiter anstieg<sup>67</sup>, blieben die männlichen Studierenden doch in der Überzahl. Erst die Eröffnung der philosophischen Fakultät Mitte der 60er Jahre schien das Verhältnis etwas zu Gunsten der weiblichen Studierenden ändern zu können.<sup>68</sup> Da Männer als politisch engagierter galten, könnte der Schluss gezogen werden, dass eine Universität mit einem solch hohen Anteil männlicher Studierender ein Hort starker Politisierungsprozesse war.<sup>69</sup> Wie Spix in seiner Untersuchung betont, scheint die Geschlechterverteilung jedoch entgegen dieser Annahme keinen oder nur geringen Einfluss auf die Politisierungsprozesse gehabt zu haben. Selbst Universitäten mit gleichem Frauenanteil

---

<sup>64</sup> Vgl. Ricking, *Materie*, S. 203f. Interessant hier insbesondere die Darstellung der Studierendenzahl pro Lehrstuhlinhaber; 1960 kamen auf jeden Lehrstuhlinhaber an der TH Aachen 100 Studierende. Vgl. außerdem Spix, *Elfenbeinturm*, S. 77f., sowie Haude, *Dynamiken*, S. 69f. Haude weist insbesondere auf das Problem der „Anonymisierung“ der Hochschule durch hohe Studierendenzahlen hin.

<sup>65</sup> Vgl. Jarausch, *Deutsche Studenten*, S. 216.

<sup>66</sup> Vgl. Spix, *Elfenbeinturm*, S. 78-84, sowie Olbertz, *Majestät*, S. 33. 1949 betrug die Gesamtstudierendenzahl laut der studentischen Schrift zum 125-jährigen Jubiläum der RWTH 1895, davon waren 59 Frauen. Dementsprechend waren im Jahr 1949 gerade einmal 3,1 Prozent der Studierenden weiblich. Laut Spix war der prozentuale Anteil der Studentinnen an der TH Aachen bis zum Jahre 1956/57 auf noch 2,4 Prozent gefallen. Aufgrund der wesentlich höheren Gesamtstudentenzahl wird die Zahl der Studentinnen 1956/57 aber selbstverständlich ebenfalls höher gewesen sein.

<sup>67</sup> Im Wintersemester 1969/70 waren ungefähr 9 % der Studierenden weiblich; bis zum Wintersemester 1975/76 hatte sich der Anteil mehr als verdoppelt, Tendenz steigend. Vgl. hierzu RWTH Aachen, Bericht über das akademische Jahr 1970/71, in: *Alma Mater Aquensis IX*, Aachen 1971, S. 9-33, hier S. 18. Vgl. außerdem RWTH Aachen, Bericht über das Jahr 1975, in: *Alma Mater Aquensis XIII*, Aachen 1975, S. 9-33, hier S. 22.

<sup>68</sup> Vgl. Spix, *Elfenbeinturm*, S. 84-86. Über Entstehung, Entwicklung und Rolle der Philosophischen Fakultät an der TH Aachen vgl. insbesondere Haude, Rüdiger, „Menschliche Randbedingungen der Technik“. Zur Frage der Funktionen einer Philosophischen Fakultät an der RWTH Aachen, in: OASE e.V. (Hrsg.), „...von aller Politik denkbar weit entfernt...“. Die RWTH - ein Lesebuch, Aachen 1995, S. 107-120.

<sup>69</sup> Vgl. Spix, *Elfenbeinturm*, S. 84-86.

entwickelten sich in politischer Hinsicht völlig unterschiedlich. Die Gründe für diese unterschiedlichen Entwicklungen müssen also in anderen Bereichen gesehen werden.<sup>70</sup>

Die grundlegenden sozialen Bedingungen haben, so legt es Spix überzeugend dar, das Politisierungsgeschehen an der TH Aachen mit beeinflusst. Der größte Unterschied machte sich wohl in der Herkunft der Studierenden in Aachen und Berlin bemerkbar. Während im Wintersemester 1957/58 nur knapp die Hälfte der Studierenden der FU Berlin (55,1 Prozent) in West-Berlin ansässig waren und die TU Berlin nur ca. 44 % Studierende aus West-Berlin aufzuweisen hatte<sup>71</sup>, kamen an der TH Aachen ziemlich genau 80 % der deutschen Studierenden aus Nordrhein-Westfalen, häufig auch aus dem direkten Umfeld der Hochschule.<sup>72</sup> Dieser Wert blieb außerdem bis zum Ende von Spix Untersuchungszeitraum im Jahre 1967 relativ stabil.<sup>73</sup> Zusammen mit einem hohen Ausländeranteil von ungefähr 15-20 % aller Studierenden an der Aachener TH konstatiert Spix den Aachener Studierenden eine im Vergleich zu anderen Universitäten schlechte Ausgangsposition für die Entstehung größerer Politisierungsvorgänge.<sup>74</sup> Der hohe Ausländeranteil habe dafür gesorgt, dass innenpolitische Themen für einen großen Teil der Studierendenschaft keine große Rolle gespielt hätten; der für politische Arbeit und Aktivitäten bereite Teil der studentischen „Bevölkerung“ sei also schon von vornherein kleiner gewesen.<sup>75</sup> Hinzu käme die starke persönliche und familiäre Verwurzelung eines Großteils der Studierenden in der direkten Umgebung der Aachener Hochschule. Durch die Nähe zu Instanzen der politischen Sozialisation außerhalb der Universität hätte diese als mögliche politische „Sozialisationsinstanz“ an Bedeutung verloren; viele Studierende wären so sehr in „althergebrachte“ Strukturen eingebunden gewesen, dass sie die strukturgebende Instanz der Universität in vielen Fragen nicht benötigt hätten.<sup>76</sup> Studierende aus dem Rest der Bundesrepublik, die an den Berliner Universitäten eingeschrieben waren, hätten sich, so Spix, „bedingt durch die Insellage der Stadt einer fortdauernden sozialen Kontrolle durch Sozialisationsinstanzen wie Familie, Kirche oder Milieu entziehen

---

<sup>70</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 86.

<sup>71</sup> Vgl. Ebd., S. 91. Während an beiden Berliner Universitäten zunächst noch fast 30 % der Studierenden aus der DDR kamen, sank dieser Anteil bis 1967 auf ca. 3-4 % ab. „Übernommen“ wurden diese Plätze von Studierenden aus der ganzen Bundesrepublik, die anscheinend schon im WiSe 1964/65 den Anteil der aus West-Berlin stammenden Studierenden übertrafen.

<sup>72</sup> Vgl. Ebd., S. 88-91.

<sup>73</sup> Vgl. Ebd., S. 88.

<sup>74</sup> Vgl. Ebd., S. 87. Der hohe Ausländeranteil lässt sich mit dem guten Studienangebot für technische Fächer an der TH Aachen erklären.

<sup>75</sup> Vgl. Ebd.

<sup>76</sup> Vgl. Ebd., S. 88f. Ähnliches galt laut Spix anscheinend für alle untersuchten Universitäten in Nordrhein-Westfalen, wobei Aachen vor allem im Vergleich zur Universität Köln noch deutlich mehr Studierende aus der restlichen Bundesrepublik vorweisen konnte, höchstwahrscheinlich bedingt durch das recht spezielle Angebot an technischen Fächern.



[können]“<sup>77</sup>. Von diesen gesellschaftlichen Restriktionen befreit war es ihnen vermutlich möglich geworden, neue politische Handlungsweisen zu entwickeln.<sup>78</sup>

Neben dem sozialen Umfeld könnten darüber hinaus noch Veränderungen in der Zusammensetzung der Studierendenschaft bezüglich ihrer sozialen Herkunft für eine erhöhte Politisierung ausschlaggebend gewesen sein. Beispielsweise könnte davon ausgegangen werden, dass ein höherer Bildungsstand im Elternhaus der Studierenden für ein erhöhtes Interesse an politischen Fragen förderlich war. Anhand der Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes lassen sich für die verschiedenen in dieser Arbeit behandelten Jahrzehnte die sozialen Entwicklungen in der Studierendenschaft der Bundesrepublik nachvollziehen und vermutlich größtenteils mit der Situation an der TH Aachen in Relation setzen. In den 1950er Jahren scheint es laut Julian Schenke noch keine größeren Verschiebungen bezüglich der „sozialen Schichten“, denen die Studierenden angehörten, gegeben zu haben, da die Studierendenzahlen in diesem Jahrzehnt das Niveau der Zahlen in der Weimarer Republik regelmäßig unterschritten und erst im Jahre 1957 überboten hätten.<sup>79</sup> Konrad Jarauschs Aussage, dass „die soziale Rekrutierung der Studentenschaft in den fünfziger Jahren (...) erheblich elitärer“<sup>80</sup> geworden wäre, ist bei Betrachtung der Erhebungsdaten des Jahrzehntes jedoch zuzustimmen. Der Anteil an Studierenden, die aus Akademikerfamilien<sup>81</sup> stammten, stieg von 21,7 % im Sommersemester des Jahres 1932 auf 27,1 % im Wintersemester 1952/53 und noch einmal um 0,6 % auf ca. 27,7 % im Wintersemester 1955/56.<sup>82</sup> Im Wintersemester 1958/59 waren es dann bundesweit schon 29,5 % aller Studierenden<sup>83</sup>, in Nordrhein-Westfalen 26,7 %.<sup>84</sup> Der Anteil der Akademikerkinder an Universitäten wuchs auch nach den 50er Jahren trotz allgemein steigender Studierendenzahlen immer weiter an. Im Sommersemester 1963 betrug die Anzahl der Studierenden aus Akademikerfamilien 33,5 %<sup>85</sup>; bis zum Wintersemester 1973 stieg sie auf 42,9 % an, um dann bis zum Sommersemester 1979 noch einmal auf 45,8 % anzuwachsen.<sup>86</sup> Die Erklärung für diesen Anstieg blieb im Großen und Ganzen gleich – die

---

<sup>77</sup> Spix, Elfenbeinturm, S. 92.

<sup>78</sup> Vgl. Ebd.

<sup>79</sup> Vgl. Schenke, Student, S. 93f.

<sup>80</sup> Jarausch, Deutsche Studenten, S. 216.

<sup>81</sup> Solche Erkenntnisse basierten insbesondere in den Erhebungen der 1950er und 1960er Jahre auf der beruflichen Tätigkeit des männlichen Elternteils, vgl. Kath, Sozialerhebung 1956, S. 27.

<sup>82</sup> Vgl. Ebd., S. 29.

<sup>83</sup> Vgl. Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1959, herausgegeben vom Deutschen Studentenwerk, Bonn 1960, S. 27.

<sup>84</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 100.

<sup>85</sup> Vgl. Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1973, Frankfurt am Main 1974, S. 28-30. Im Folgenden zitiert als: Kath, Sozialerhebung 1973.

<sup>86</sup> Vgl. Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 9. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1979, Frankfurt am Main 1980, S. 35.

nächste Generation an Akademikern wollte nun seinen Nachwuchs in die Universitäten bringen. Gleichzeitig sei der Anteil an Akademikern in der Statistik jedoch auch dadurch angewachsen, dass in früheren Erhebungen als „nicht-akademisch“ bezeichnete Berufsgruppen nun in den akademischen Bereich aufgenommen worden waren.<sup>87</sup> Vergleicht man diese Werte mit den bei Spix zu findenden Erhebungen zum Anteil der aus Akademikerfamilien stammenden Studierenden im Bundesland Nordrhein-Westfalen, dann ist bis zum Wintersemester 1964/65 eine relative Homogenität zwischen der Situation auf Länder- und Bundesebene festzustellen. Im Wintersemester 1963 beispielsweise betrug der Anteil der Studierenden mit akademischem Elternhaus in Nordrhein-Westfalen 31,1 % – nur zwei Prozent weniger im Vergleich mit der gesamten Bundesrepublik.<sup>88</sup> Da sich der Akademikeranteil bis zu den späten 1960er Jahren jedoch nicht maßgeblich erhöht hatte, wird dieser zumindest keinen größeren Einfluss genommen haben auf die dort zu verordnende Hochphase der Politisierung.

Die Ausführungen haben gezeigt, dass die Ursache für den auch in der Fachliteratur mit überwältigender Einheitlichkeit propagierten Status der Studierendenschaft der TH Aachen als politische Randerscheinung eine Kombination aus verschiedenen sozialen, strukturellen und fachlichen Gegebenheiten zu sein scheint. Das althergebrachte Bild des „unpolitischen Technikers“, dessen Arbeit grundsätzlich objektiv sei, gepaart mit Studierenden, die sich nicht sonderlich für politische Fragen interessierten und ein Hochschulsystem, welches über lange Jahre hinweg klar auf die rein berufliche Ausbildung und weniger auf ein klassisches „Studium“ ausgerichtet war, scheinen die Hauptgründe für das vermeintlich geringe politische Interesse innerhalb der Studierendenschaft der TH Aachen gewesen zu sein. Der im Vergleich zur TU und FU Berlin recht lokale Rekrutierungsradius und die damit einhergehende starke soziale Sicherheit vieler Studierender werden zusätzlich dazu beigetragen haben, dass die Aachener Hochschule als Sozialisations- und Politisierungsinstanz zunächst keine große Rolle spielte.

### **3 Die Studierenden der TH Aachen in der Nachkriegszeit und den 1950er Jahren. Desillusioniert, angepasst und unpolitisch?**

„Damit [mit der Studierendenzeitschrift] schaffen sich junge Menschen, die später einmal als Ingenieure, Chemiker oder Verkehrsfachleute an verantwortlicher Stelle stehen werden, ein

---

Vgl. außerdem Spix, Elfenbeinturm, S. 99, welcher die Akademikernachkommen als Profiteure einer anwachsenden Gesamtstudierendenschaft bezeichnet. Dies deckt sich mit den Daten aus den Sozialerhebungen.

<sup>87</sup> Vgl. Kath, Sozialerhebung 1973, S. 27f.

<sup>88</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 100.

Forum, in dem sie zu den wichtigen politischen und wirtschaftlichen Problemen unserer Zeit Stellung nehmen können.“<sup>89</sup>

Im ersten Heft der Studierendenzeitung „Aachener Hochschulspiegel“ vom Juni 1952 gab der damalige Bundesminister für Verkehr, Hans-Christoph Seebohm, den Studierenden der TH Aachen dieses Grußwort mit auf den Weg, dessen Inhalt sich im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte bewahrheiten sollte. Das „Aachener Prisma“ und ab den 1970er Jahren auch die „Aachener Studentenzeitung“ (ASZ) waren lange Zeit die „Hauptsprachrohre“<sup>90</sup> des Teiles der Aachener Studierendenschaft, welcher sich politisch engagierte oder zumindest einer „journalistischen Tätigkeit“ nachging. Schon bald nach Gründung erreichte das Prisma hohe Auflagen und konnte somit einen großen Teil der Aachener Studierendenschaft informieren und zu seiner Leserschaft zählen.<sup>91</sup> Die Gründung des Aachener Prisma selbst geschah ungefähr zur gleichen Zeit mit der Arbeitsaufnahme der verfassten Studierendenschaft in der Form des AStA und des Studierendenparlaments und somit auch mit dem Beginn der „politischen“ Arbeit der Studierenden an der TH Aachen. Die schon seit 1946 bestehende rudimentäre Studierendenvertretung wurde damit erweitert und kodifiziert.<sup>92</sup>

### **3.1 Der Alltag der Studierenden der TH in den direkten Nachkriegsjahren – Zwischen Wohnungsnot und Wiederaufbau**

Vor der Möglichkeit der Veröffentlichung studentischer Meinungen in einer studierendeneigenen Zeitschrift war von der Aachener Studierendenschaft in den direkten Nachkriegsjahren wenig zu hören, was aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen und humanitären Lage nicht verwunderlich war. Der unter anderem durch die Kriegszerstörungen entstandene Wohnungsmangel, Hunger und Zukunftssorgen bestimmten wie in der restlichen britischen Besatzungszone<sup>93</sup> mit Sicherheit auch in Aachen den Alltag und die Gedanken der Studierenden.<sup>94</sup> Schon bald nach der Wiedereröffnung der TH Aachen am 03.01.1946<sup>95</sup> kam es

---

<sup>89</sup> AP 1 (1952), Nr. 1, S. 3. Auszug aus dem Geleitwort des Bundesministers für Verkehr, Hans-Christoph Seebohm, aus Anlass der Gründung der Studierendenzeitschrift „Aachener Hochschulspiegel“ im Jahre 1952.

<sup>90</sup> Vgl. AP 1 (1952), Nr. 4, S. 3.

<sup>91</sup> Vgl. AP 2 (1953), Nr. 5, S. 2. Die vorangegangene Novemberausgabe war anscheinend rund 2000 Mal verkauft worden. Ungefähr die Hälfte aller damaligen Studierenden hatte sich also mit dem Prisma auseinandergesetzt, vgl. Anmerkung 59.

<sup>92</sup> Vgl. Olbertz, Majestät, S. 30f. Vgl. außerdem Mies, Selbstverwaltung, S. 64-67.

<sup>93</sup> Vgl. Thiemeyer, Guido, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie (Problemgeschichte der Gegenwart), Stuttgart 2016, S. 20. Im Folgenden zitiert als: Thiemeyer, Geschichte der Bundesrepublik. Laut Thiemeyer seien Hungerskatastrophen in der britischen Besatzungszone während der ersten Nachkriegswinter nur durch teure Nahrungsimporte seitens Großbritannien verhindert worden.

<sup>94</sup> Vgl. Ricking, Materie, S. 186, sowie Olbertz, Majestät, S. 26-30.

<sup>95</sup> Für ausführliche Informationen zum Prozess der Wiedereröffnung der Hochschule vgl. Haude, Dynamiken, S. 5-11. Verglichen mit anderen Universitäten in Nordrhein-Westfalen geschah die Wiedereröffnung der TH recht

trotz der schwierigen Umstände zu einem ersten erwähnenswerten politischen Eklat, ausgelöst durch Fragebögen der Militärregierung, die an die Studierenden der TH Aachen verteilt worden waren. In diesen anonymisierten Fragebögen sollten die Studierenden schriftlich ihre Ansichten zu den Nürnberger Prozessen mitteilen. Nur ein Bruchteil der Fragebögen kam ausgefüllt zurück; die meisten Studierenden verweigerten eine Antwort.<sup>96</sup> Die Antworten, die letztendlich den Weg zurück zu den verantwortlichen Stellen fanden, ließen laut Haude und Ricking keinen Zweifel darüber aufkommen, dass manche Studierende – viele von ihnen waren Offiziere in der Wehrmacht gewesen<sup>97</sup> – die Nürnberger Verhandlungen als „Schauprozesse“ ansahen.<sup>98</sup> Das Stillschweigen der restlichen Studierendenschaft wurde als Übereinstimmung mit diesen Ansichten gewertet.<sup>99</sup> SPD, KPD und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund brachten daraufhin eine Anfrage in der Stadtverordnetenversammlung Aachens ein, in der sie unter anderem die Schließung der gerade erst wieder eröffneten Hochschule forderten. Für sie verdichteten sich die Hinweise darauf, dass die TH Aachen eine in der Breite faschistisch unterwanderte Institution war.<sup>100</sup> Die Stadtvertretung beschloss die Bildung eines Ausschusses, der sich mit der Frage beschäftigen sollte, „wie die Bereinigung des Lehrkörpers und der Studierendenschaft der Technischen Hochschule durchzuführen ist.“<sup>101</sup> Eine Stellungnahme des Rektors der TH, Prof. Paul Röntgen, hatte den Verdacht bezüglich der Gesinnungshaltungen der Aachener Studierendenschaft nicht entkräften können, ja sogar bestätigt, wie eine Sprecherin der Parteien und der Gewerkschaft in einer Erklärung deutlich machte: die „studierende Jugend“ sei immer noch mit „nationalsozialistischem Ideengut durchsetzt“<sup>102</sup>. Die Professorenschaft wurde ebenfalls von den Anklägern belastet; fast alle der

---

spät; die Universitäten Köln und Bonn wurden schon im Jahre 1945 wieder eröffnet. Der Hauptgrund für die mit Nachdruck verfolgten Wiedereröffnungsbestrebungen war, laut Haude, die „Erziehung zur Mündigkeit“ durch die Hochschulen und Universitäten als Teile des Bildungssystems, vgl. Ebd., S. 5. Für die britische Sicht auf die Wiedereröffnung der Universitäten vgl. außerdem HAAC 242, o. Bl., Abdruck des Artikels „Re-education“, „The Guardian“ vom 13.02.1946, weitergeleitet u.a. an den Rektor der TH Aachen seitens der Militärregierung.

<sup>96</sup> Vgl. Haude, Rüdiger, "Von aller Politik denkbar weit entfernt". "Saboteure", "Werwölfe" und "echte Gesinnungsgemeinschaften" an der wiedereröffneten TH 1946, in: OASE e.V. (Hrsg.), "...von aller Politik denkbar weit entfernt...". Die RWTH - ein Lesebuch, Aachen 1995, S. 11–15, hier S. 11. Im Folgenden zitiert als: Haude, Saboteure. Vgl. außerdem: HAAC 242, o. Bl., Zeitungsartikel „Reaktionäre Hochschule in Aachen“, „Sächsische Volkszeitung“ vom 21.02.1946, sowie Klaus Ricking, der eine sehr detaillierte Beschreibung dieses Vorgangs angefertigt hat, vgl. Ricking, Materie, S. 187-190.

<sup>97</sup> Vgl. Haude, Saboteure, S. 13, sowie Olbertz, Majestät, S. 27.

<sup>98</sup> Vgl. Haude, Saboteure, S. 11, sowie Ricking, Materie, S. 188f. Sowohl Haude als auch Ricking geben den Wortlaut einer studentischen Antwort im Detail wieder.

<sup>99</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 64. Mies scheint mit der Argumentation, dass insbesondere fehlendes Wissen über die laufenden Nürnberger Prozesse viele Studierende von der Beantwortung der Fragen abgehalten hätte, übereinzustimmen.

<sup>100</sup> Vgl. Ricking, Materie, S. 188f.

<sup>101</sup> HAAC 242, o. Bl., Artikel „Ärger um die Techn. Hochschule Aachen“, „Aachener Nachrichten“ vom 22.02.1946.

<sup>102</sup> Ebd.

120 Professoren seien Mitglieder in der NSDAP gewesen, auch Rektor Paul Röntgen wäre kein unbeschriebenes Blatt.<sup>103</sup> Die Leitung der Universität und die Professoren wehrten sich verständlicherweise gegen die Anschuldigungen und wandten sich in einem geheimen Memorandum an offizielle Stellen.<sup>104</sup> Sie argumentierten unter anderem, dass die „wiedergegebene Meinung über den Nürnberger Prozeß (...) eine ausgewählte und keineswegs unter den Studenten repräsentative Ansicht“<sup>105</sup> sei; die anderen Vorwürfe seien aufgrund politischer Agenden unverhältnismäßig aufgebauschte Halbwahrheiten.<sup>106</sup> Wie zu erwarten war, wurde seitens der Professorenschaft in dieser Causa auch das in dieser Arbeit schon diskutierte Bild der Sachlichkeit und Politikferne der Ingenieurstätigkeit als Beweis dafür vorgebracht, dass ein Hang der Studierendenschaft der TH Aachen zu faschistischem Gedankengut nicht möglich sei.<sup>107</sup> Die Studierendenschaft sei außerdem ohne eine funktionierende Studentenvertretung orientierungslos gewesen.<sup>108</sup> Anscheinend sah die Studierendenschaft der TH Aachen innerhalb dieses ganzen Konfliktes die Notwendigkeit, eine offizielle Vertretung ins Leben zu rufen, bedingt durch die Forderung einer Stellungnahme seitens der Militärregierung zu den geäußerten Vorwürfen. Die ersten studentischen Vertreter wurden am 20. Februar 1946 auf einer studentischen Vollversammlung gewählt. Vermutlich um weiteren Vorwürfen zu entgehen, bezeichnete sich die erste Studierendenvertretung als klar unpolitisch; in einer ebenfalls am 20. Februar formulierten Stellungnahme distanzieren sich die Vertreter deutlich von faschistischem Gedankengut.<sup>109</sup> Eine Schließung der Hochschule wurde seitens der „Stadtverwaltung“ abgelehnt<sup>110</sup>, die „Irritationen“, so Mies knapp, „konnten anschließend ausgeräumt werden“<sup>111</sup>.

Die Studierendenschaft der TH Aachen präsentierte sich also in den ersten Nachkriegsjahren als gänzlich unpolitisch, was nicht verwunderlich war nach einer Zeit wie dem Dritten Reich,

---

<sup>103</sup> Haude und Ricking berichten, dass nur 3 Professoren keine Zugehörigkeit zur Partei hätten vorweisen können; Rektor Röntgen hatte in den 1930er Jahren bei einer militaristischen, sogenannten „Schlageter-Gedenkfeier“ eine Rede gehalten. Vgl. Haude, *Saboteure*, S. 12, sowie Ricking, *Materie*, S. 189.

<sup>104</sup> Vgl. Ricking, *Materie*, S. 189.

<sup>105</sup> Ebd.

<sup>106</sup> Vgl. Ebd. Ricking vermutet, dass die öffentlichen Vorwürfe seitens der Parteien den Prozess der Entnazifizierung der Professorenschaft und der Hochschule eher behindert als beschleunigt hat, da sich die Hochschullehrer dadurch noch eher in ihren vermeintlich unpolitischen „Elfenbeinturm“ der Wissenschaft zurückgezogen hätten.

<sup>107</sup> Vgl. Haude, *Saboteure*, S. 13f, sowie Ricking, *Materie*, S. 190.

<sup>108</sup> Vgl. Haude, *Saboteure*, S. 13.

<sup>109</sup> Vgl. Ebd., S. 12, sowie Ricking, *Materie*, S. 189. Laut Ricking setzte sich die erste Studierendenvertretung paritätisch aus Architektur- und Bergbaustudenten zusammen.

<sup>110</sup> Vgl. Ebd.

<sup>111</sup> Mies, *Selbstverwaltung*, S. 64. Vgl. außerdem Haude, *Saboteure*, S. 13. Die Ausführungen Haudes geben zu erkennen, dass die Angelegenheit nicht so schnell erledigt war, wie es bei Mies erscheint. Am schwarzen Brett der Hochschule tauchten antikommunistische Anschläge auf; an mehreren Orten in der Stadt waren ebenfalls antikommunistische Plakate zu finden, die auf die Existenz reaktionärer Gruppen hinwiesen.

die den „Idealismus der Jugend“<sup>112</sup> in Trümmern zurückgelassen hatte. Das Aufwachsen und die Teilhabe am Nationalsozialismus schienen dafür gesorgt zu haben, dass viele Studierende mit den Grundideen und den gefühlt klaren Strukturen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems – zumindest was sie dafür hielten – übereinstimmten.<sup>113</sup> In der Zeit von Entnazifizierung und Etablierung einer demokratischen Gesellschaftsordnung blieb aus Sicht der Studierenden dann nur das Klammern an apologetische Deutungsmuster wie die Politikferne der Technik oder die persönliche Distanzierung von jeglichen parteipolitischen Entwicklungen, sicher auch bedingt durch die Orientierungslosigkeit nach dem Kollaps der alten Ordnung oder der äußerst kritischen sozialen Situation in den ersten Nachkriegsjahren.<sup>114</sup> Die „Notwendigkeit des Nachdenkens über die eigene Vergangenheit“<sup>115</sup> und die Teilhabe an einem demokratischen Staat wurden jedoch völlig verdrängt, die akademische Berufsausbildung und das Private in den Mittelpunkt gestellt.<sup>116</sup> All das lässt sich an einem 1947 in der KPD-nahen Zeitung „Volksstimme“ erschienenen Artikel mit dem Titel „Experiment um Studenten“ auch in Bezug auf die Studierendenschaft der TH Aachen feststellen.<sup>117</sup> Der Artikel weiß zu berichten, dass der an der Hochschule tätige Professor Plessow eine repräsentative Anzahl an Studierenden zwischen 18 und 47 Jahren befragt hatte, wie ihre Ansichten zur politischen Lage in Deutschland wären. Das „Experiment“ hätte gezeigt, dass die Studierenden „vom Gehabe der bestehenden Parteien enttäuscht“<sup>118</sup> seien. Ihr einziger Wunsch wäre es, unbehelligt vom politischen Tagesgeschehen ihrer Arbeit nachgehen zu können.<sup>119</sup> Entsprechend bescheinigt der Autor der Studierendenschaft daraufhin Politikmüdigkeit und Apathie; die Studierenden sähen „in jedem Ismus (...) nur Ideologie, deren Verfechtung daran hindere, Mensch zu sein“<sup>120</sup>. Ein Schreiben der britischen Militärregierung an die Hochschulleitung und die Studierendenvertretung der Aachener Hochschule über die Tätigkeit von politischen Studierendengruppen an Hochschulen vom 25. September 1946 macht darüber hinaus deutlich, dass Demonstrationen und andere politische

---

<sup>112</sup> Lönnecker, Harald, Studenten und Gesellschaft, Studenten in der Gesellschaft. Versuch eines Überblicks seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Rainer C. Schwinges (Hrsg.), Universität im öffentlichen Raum (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10), Basel 2008, S. 387–438, hier S. 423. Im Folgenden zitiert als: Lönnecker, Studenten und Gesellschaft.

<sup>113</sup> Vgl. Ebd., sowie Jarausch, Deutsche Studenten, S.213f.

<sup>114</sup> Vgl. Haude, Saboteure, S. 12f.

<sup>115</sup> Lönnecker, Studenten und Gesellschaft, S. 427.

<sup>116</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 75.

<sup>117</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Experiment um Studenten“, „Volksstimme“ vom 15.09.1947. Dieselben Ereignisse wurden einen Tag später auch in den Aachener Nachrichten veröffentlicht, vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Die Meinung der Studenten der TH“, „Aachener Nachrichten“ vom 16.09.1947.

<sup>118</sup> HAAC 242, o. Bl., Artikel „Experiment um Studenten“, „Volksstimme“ vom 15.09.1947.

<sup>119</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Experiment um Studenten“, „Volksstimme“ vom 15.09.1947.

<sup>120</sup> Ebd.

Aktionen, die das Universitätsleben stören könnten, nur in absoluten Ausnahmefällen mit Genehmigung erlaubt seien.<sup>121</sup> Auch die restliche Aktivität von politischen Hochschulgruppen war, so geht es aus dem Schreiben hervor, starken Auflagen unterworfen.<sup>122</sup>

Aus Sicht der Studierendenschaft waren die restlichen Vierzigerjahre unter anderem geprägt von Beteiligungen der Studierenden am Wiederaufbau der Universität<sup>123</sup> und der Erarbeitung einer eigenen Satzung.<sup>124</sup> Die Er- und Überarbeitungsprozesse der Satzung der Studierendenschaft wurden bis in die 1950er Jahre – und natürlich auch in den Jahrzehnten danach – von vielen Diskussionen und gescheiterten Abstimmungen begleitet, bevor eine zufriedenstellende Version der Satzung im Juni 1952 in Kraft treten konnte.<sup>125</sup> Fast zeitgleich mit der Verabschiedung der neuen Satzung der Studierendenschaft nahm das ebenfalls neu gegründete Studierendenparlament am 24. Juni 1952 seine Arbeit auf.<sup>126</sup>

Breitere internationale Beziehungen knüpften die Studierenden aus der Kaiserstadt schon wieder im Jahr 1949, als die Teilnehmer einer in Düsseldorf stattfindenden Tagung des Internationalen Studentenbundes Aachen, Köln und Bonn besuchten.<sup>127</sup> Studierende aus über 50 Ländern nahmen an der Tagung und dementsprechend auch am eintägigen Ausflug nach Aachen teil, der mit einem geselligen Abend im Alten Kurhaus endete. Auf diesem wandte sich der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Dr. Maas, an die Anwesenden mit den Worten, dass die starke Zerstörung der Kaiserstadt als Zeichen gegen den „extreme[n] Nationalismus“ dienen soll, der „überwunden werden muß“<sup>128</sup>, um eine dauerhafte Schwächung Europas zu verhindern. „Es sei Sache der Jugend“, so Maas weiter, „aus den Fehlern der Vergangenheit die richtigen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen“<sup>129</sup>. Im März 1949 veröffentlichte die „Welt“ einen Artikel zum 80-jährigen Jubiläum der TH Aachen, der auch über die Erweiterung der Fakultät für Allgemeine Wissenschaften an der TH Aachen berichtet.

---

<sup>121</sup> Vgl. HAAC 1011 B, o. Bl., Schreiben der britischen Militärregierung an die Hochschulleitung und die Studentenvertretung der TH Aachen vom 25. September 1946.

<sup>122</sup> Vgl. Ebd.

<sup>123</sup> Vgl. Olbertz, Majestät, S. 26f.

<sup>124</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 64f. Vgl. außerdem HAAC 1011 B, o. Bl. An dieser Stelle sind der schon 1946 erarbeitete Entwurf der Satzung der Studierendenvertretung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sowie die Bestätigungsschreiben von Senat und Rektorat vom 27.11.1946 und der Militärregierung vom 02.01.1947 zu finden.

<sup>125</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 64-67. Für eine ausführliche Darlegung der Prozesse rund um Verfassungs- und Satzungsänderungen an der TH bis in die 1990er Jahre vgl. Haude, Dynamiken.

<sup>126</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 66f. Vgl. außerdem HAAC 1011 B, o. Bl., für einen Abdruck der letztendlich angenommenen Satzung der Studierendenschaft, sowie AP 1 (1952), Nr. 1, S. 6 für einen detaillierten Bericht der Studierendenschaft über die Entstehung der Satzung und des Studierendenparlaments.

<sup>127</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Die Karls-Stadt empfängt ausländische Gäste“, „Aachener Nachrichten“ vom 08.01.1949. Vgl. außerdem Ebd., o. Bl., Artikel „Ausländische Studenten besuchten Aachen“, „Aachener Volkszeitung“ vom 08.01.1949.

<sup>128</sup> Ebd.

<sup>129</sup> HAAC 242, o. Bl., Artikel „Die Karls-Stadt empfängt ausländische Gäste“, „Aachener Nachrichten“ vom 08.01.1949.

„Der Studierende soll aus der Enge seines Fachgebiets herausgeführt werden. (...) Ein neuer Typ von Ingenieur soll herangebildet werden, der nicht nur Spezialist ist“<sup>130</sup>, so formuliert es der Beitrag. Ob die Aachener Studierendenschaft in den nächsten Jahren die richtigen Schlüsse für die Zukunft zog und aus der „Enge“ der technischen Fächer ausbrechen konnte, soll im weiteren Verlauf der Arbeit überprüft werden.

### **3.2 Internationale Kontakte und erste „Kämpfe“ der Studierenden um Mitbestimmung an der Hochschule**

Im Sommer 1949 besuchte eine Delegation, beauftragt von den Nationalen Studierendenvereinigungen der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Schweden, das besetzte Deutschland, um die durch den Krieg gekappten Kontakte mit der deutschen Studierendenschaft wiederherzustellen und eine „Bestandsaufnahme“ des universitären und studentischen Lebens im Land einholen zu können.<sup>131</sup> Neben der Freien Universität Berlin standen auch zwei westdeutsche Universitätsstädte auf dem Reiseprogramm – Bonn und Aachen. Diese Delegation trat neben den Studierenden in Kontakt mit Leitern studentischer Vereinigungen, den Rektoren, Studentenvertretungen, den verantwortlichen „University Officers“ der Militärregierungen und anderen Stellen, um ein möglichst umfassendes Bild der Situation an den deutschen Hochschulen zu erlangen.<sup>132</sup> Aus diesen Beobachtungen entstand ein Bericht, der einen äußerst anschaulichen Einblick in das Selbstbild der Studierendenschaft kurz vor Beginn der 1950er Jahre gibt. Ein besonderes Augenmerk lag bei den Untersuchungen für diesen Bericht auf der Existenz von politischen Vereinigungen an den Universitäten. Denn, da waren sich die Mitglieder der Delegation einig, „If university graduates are to recognize their political responsibility, they must be encouraged to develop their political awareness already in the universities“<sup>133</sup>. Kritisiert wurde vor allem die Rolle der Verbindungen an deutschen Universitäten, die für die Delegation einen Ausdruck des Wunsches darstellte, wieder zu alten Formen der deutschen Universität zurückzukehren und die „progressive developments“ hinter sich zu lassen; die studentischen „Schiedsgerichte“, die bei Fehlverhalten von Studierenden Strafen und Sanktionen aussprechen konnten<sup>134</sup>, waren den Beobachtern ebenfalls als ein Relikt

---

<sup>130</sup> HAAC 242, o. Bl., Artikel „Ingenieure, nicht nur Spezialisten“, „Die Welt“ vom 28.02.1949 (veröffentlicht im März 1949).

<sup>131</sup> Ein Abdruck des Berichts ist im Hochschularchiv der RWTH zu finden, vgl. HAAC 1009, o. Bl., Bericht „The University Student in Germany 1949. A Report to the National Student Organizations of Great Britain, Sweden and the United States“.

<sup>132</sup> Vgl. Ebd., S. 1.

<sup>133</sup> Ebd., S. 2.

<sup>134</sup> Vgl. hierzu Mies, Selbstverwaltung, S. 67. Dieses „Schiedsgericht“ hieß an der TH Aachen zunächst „Rechtsausschuss“, später „Ältestenrat“ und konnte bei allen möglichen Verfehlungen Strafen gegen



vergängerer Zeiten ein Dorn im Auge.<sup>135</sup> Die Arbeit der Studierendenvertretung, der ASten und Parlamente wurde insgesamt als positiv empfunden, der Grad der Mitwirkung der Gesamtstudierendenschaft an ihrer Selbstverwaltung jedoch eher negativ. Als Gründe gibt der Bericht die mancherorts aufgrund von „Amtsmissbrauch“ gestörte Vertrauensbasis zwischen den Studierenden und ihren Vertretungen sowie die ausgesprochen zeitraubende Natur der Vertreterarbeit an, die oftmals zum Verlust von ganzen Semestern und verlängerten Studienzeiten führen würde, die sich die meisten Studierenden nicht leisten könnten.<sup>136</sup> Während die Delegation die Studierendenparlamente der Universitäten Heidelberg und Berlin als vorbildliche Institutionen bezeichnete, auf die sich die ebenfalls klar antinazistische Haltung der Dozierendenschaft positiv auswirke, erhielt die Studierendenvertretung der TH Aachen immerhin die Note „gut“; „although“ so die Autoren, „we felt that efficiency could be slightly tempered with humanity“<sup>137</sup>. Die Arbeit der Aachener Studierendenvertreter erschien ihnen also zu „maschinell“, ihre Sitzungen fanden zum Zeitpunkt der Beobachtungen noch unter Ausschluss der studentischen „Öffentlichkeit“ statt und die Diskussionen, sofern es welche gab, wurden mit „militärischer Präzision“ geführt<sup>138</sup> - sicherlich ein Ausdruck der militärischen Vergangenheit vieler der Studierendenvertreter.<sup>139</sup> Die Studierenden werden sich jedoch vermutlich zu dieser Zeit über die kleinsten Feinheiten ihrer proto-demokratischen Versammlungsformen nicht zu viele Gedanken gemacht haben, auch wenn, wie bereits erwähnt, die weitere Ausarbeitung der Satzung der Studierendenschaft schon im Dezember 1949 begann.<sup>140</sup> Die sozialen Probleme innerhalb der Studierendenschaft, noch weiter verschärft durch die Währungsreform des Jahres 1948<sup>141</sup>, verschlangen im Jahr 1949 nach

---

Studierende verhängen, beispielsweise den „Entzug des passiven Wahlrechts“ als „Maximalstrafe“, wie Mies zu berichten weiß.

<sup>135</sup> Vgl. HAAC 1009, o. Bl., Bericht „The University Student in Germany 1949. A Report to the National Student Organizations of Great Britain, Sweden and the United States“, S. 3.

<sup>136</sup> Vgl. Ebd., S. 4f. Studierendenvertreter verschiedener Universitäten hatten ihre Positionen wohl benutzt, um sich zu „bereichern“ oder sich für die Teilnahme an Auslandsfahrten Vorteile zu verschaffen.

<sup>137</sup> Ebd., S. 6.

<sup>138</sup> Vgl. Ebd.

<sup>139</sup> Vgl. Jahrbuch der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 1950, S. 282f. Laut der an dieser Stelle vorzufindenden Studentenstatistik waren im Jahre 1949 1201 der 1895 Studierenden ehemalige Kriegsgefangene und dementsprechend vermutlich Kriegsteilnehmer bzw. Soldaten.

<sup>140</sup> Vgl. AStA der RWTH Aachen, Zwischen Zulassung und Promotion. Studienführer für den Studenten der RWTH Aachen, Aachen 1957, S. 85. Im Folgenden zitiert als: AStA, Studienführer 1957.

<sup>141</sup> Vgl. zur Währungsreform unter anderem Wolfrum, Demokratie, S. 38; Morsey, Rudolf, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 19), München 2007, S. 17f. Im Folgenden zitiert als: Morsey, Bundesrepublik, sowie Thiemeyer, Geschichte der Bundesrepublik, S. 33f. Nur 48 % der an einer „sozialistischen“ Umfrage teilnehmenden Aachener Studierenden gaben direkt nach der Reform an, dass ihr Studium finanziell immer noch gesichert sei. Vgl. hierfür HAAC 242, o. Bl., Artikel „Vollversammlung der Studentenschaft“, „Aachener Nachrichten“ vom 20.11.1948.

eigener Aussage dennoch fast sämtliche Kapazitäten der Studierendenvertretung.<sup>142</sup> An einer anderen Stelle schneidet der Bericht den Themenbereich der Mitarbeit und Repräsentation in Hochschulgremien an und spricht sich für eine klare Beteiligung der Studierenden an allen Angelegenheiten aus, die sie betreffen.<sup>143</sup> An den von der Delegation besuchten Universitäten galten unterschiedliche Regeln in Bezug auf die Anzahl der Sitze, die die Studierenden im Senat innehatten; außerdem hätten nur die studentischen Senatsmitglieder der FU Berlin das Stimmrecht in allen Angelegenheiten mit Ausnahme von Disziplinaentscheidungen gegenüber Angestellten der Hochschule.<sup>144</sup> Rektor und Senat der Aachener TH reagierten, so weiß es Haude zu berichten, für die damalige Zeit nicht allzu konservativ und gestatteten der Studierendenvertretung, nachdem diese 1947 einen Antrag im Senat gestellt hatte, einen Vertreter ohne Stimmrecht in die Senatssitzungen zu schicken, sofern studentische Angelegenheiten besprochen würden. Kurz darauf wurde die Zahl der erlaubten Vertreter auf zwei erhöht.<sup>145</sup> Diese besaßen zwar kein Stimmrecht, die Studierendenschaft durfte jedoch über ihre „Abgeordneten“ Anträge in die Senatssitzungen einbringen. Bis zum Ende der Vierzigerjahre gab die Universitätsleitung im Bereich des Stimmrechts ein wenig nach. Zumindest zu Fragen, die die Zulassung von Studienbewerbern betrafen, durften die studentischen Vertreter ihre Stimmen abgeben.<sup>146</sup> Mit dieser Regelung erfüllte die TH Aachen beinahe das Mindestsoll, welches laut internationalem Bericht über die Studierenden an deutschen Hochschulen für die studentische Mitarbeit in Hochschulgremien als wünschenswert angegeben wurde: „(...) we believe that students should have not only complete self-government, but an important voice in all university affairs which affect students (...). at least two students should participate in the meetings of the Senate in all universities, with voting rights on all student matters.“<sup>147</sup> Der Wille der Aachener Studierendenschaft, an der Arbeit des höchsten Gremiums ihrer Hochschule stärker beteiligt zu werden und diesen Wunsch auch in

---

<sup>142</sup> Vgl. Jahrbuch der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 1950, S. 279f., Jahresbericht der Studentenvertretung. In diesem Bericht werden in vielen Details die Bemühungen der Studierendenschaft im Wintersemester 1948/49 zur möglichst fairen Verteilung aller vorhandener Gelder, darunter beispielsweise auch Spenden und Darlehen vom Kultusministerium, geschildert. Dies geschah in Zusammenarbeit mit Rektorat und Senat, der Grundsatz hieß „Hilfe zur Selbsthilfe“.

<sup>143</sup> Vgl. HAAC 1009, o. Bl., Bericht “The University Student in Germany 1949. A Report to the National Student Organizations of Great Britain, Sweden and the United States”, S. 12.

<sup>144</sup> Vgl. Ebd.

<sup>145</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 23f. Vgl. außerdem Haude, Dynamiken, S. 111 über das sich verändernde Verhältnis der Studierenden zu der Mitarbeit und dem Stimmrecht in Hochschulgremien. Haude berichtet hier über den AstA-Vorsitzenden Gerd Wischers, der Ende 1953 noch gegen ein Stimmrecht im Senat argumentierte, mit der Begründung, dass das studentische Mitglied ja eh überstimmt werden würde. Diese Rede Wischers wurde auch im Aachener Prisma abgedruckt, vgl. AP 2 (1953), Nr. 5, S. 3 & 10.

<sup>146</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 24.

<sup>147</sup> HAAC 1009, o. Bl., Bericht “The University Student in Germany 1949. A Report to the National Student Organizations of Great Britain, Sweden and the United States”, S. 12.

einem Antrag gegenüber dem Gremium zu äußern, kann vielleicht als erste größere politische Aktion der Nachkriegszeit gesehen werden. Trotzdem darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Studierenden noch sehr auf ein gutes Verhältnis mit der Hochschulleitung achteten und dieser viele Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten in ihre Arbeit gewährten.<sup>148</sup>

Wie schon erwähnt, wurde nach fast dreijährigem hochschulinternen „Kampf“ die neue Satzung der Studierendenschaft am 24. Juni 1952 verabschiedet, mit welcher nun endlich auch das Studierendenparlament kodifiziert werden konnte.<sup>149</sup> Im gleichen Monat erschien die erste Ausgabe der Studierendenzeitung „Aachener Prisma“, die bald zum politischen und gesellschaftlichen Sprachrohr der Studierendenschaft werden sollte. Schon im ersten Heft ist ein Beitrag über eine Reise von Studierenden der TH Aachen nach Ostberlin abgedruckt, die von den Autoren als „Expedition nach dem Monde“<sup>150</sup> betitelt wird. Die „Deutsche Frage“ und die Beziehungen zu den Studierenden in der Sowjetischen Besatzungszone sollten bis in die 1960er Jahre eines der maßgeblichen politischen Themen für die Studierendenschaft sein.<sup>151</sup> Besonders aktiv in dieser Hinsicht war das „Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen“, welches laut eines Beschlusses vom 10.11.1952 dem zweiten Vorsitzenden des AStA übertragen wurde.<sup>152</sup> Es kümmerte sich maßgeblich um die Durchführung der semesterlichen Geldsammlungen zur Unterstützung der Studierenden in der Sowjetischen Besatzungszone und um die materielle und ideelle Integrierung der aus der „Zone“ geflohenen Kommilitonen in die westliche Gesellschaft.<sup>153</sup> Dies beinhaltete auch die Klärung von Problemen bei der Anerkennung von Studienabschlüssen aus der Sowjetischen Besatzungszone. Darüber hinaus

---

<sup>148</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 111f. Selbst Mitte der 1960er Jahre betonte man noch die immer gute Zusammenarbeit mit dem Rektorat, in den meisten Themen vertraten beide Parteien wohl ähnliche Ansichten. Neu erarbeitete Satzungen, so Haude, musste sich die Studierendenschaft beispielsweise vom Rektorat genehmigen lassen.

<sup>149</sup> Vgl. zu den Einzelheiten unter anderem Mies, Selbstverwaltung, S. 66f, sowie AStA, Studienführer 1957, S. 85, und AP 1 (1952), Nr. 1, S. 6. Der Bericht im Studienführer scheint ein Nachdruck des Artikels in der Aachener Prisma zu sein. Aus diesen Quellen wird ersichtlich, dass die erste Ausarbeitung der Satzung vom Februar 1950 zwar von den Studierenden angenommen, von Rektor und Senat jedoch abgelehnt wurde. Die nächste Version wurde zuerst von der Hochschulleitung abgesegnet, bevor die Studierenden über die Annahme abstimmen durften.

<sup>150</sup> Vgl. AP 1 (1952), Nr. 1, S. 8f.

<sup>151</sup> Vgl. zur „Deutschen Frage“ im Detail Spix, Elfenbeinturm, S. 336-353. Spix hat zwar hauptsächlich die Jahre von 1957-1967 untersucht, seine Untersuchungsergebnisse erweisen sich jedoch auch schon für die Jahre davor als richtig. Vgl. beispielsweise den Bericht im Aachener Prisma über die 16. ordentliche Delegiertenkonferenz des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Kiel im November 1952, AP 1 (1952), Nr. 4, S. 4-6, in welchem die „Gesamtdeutsche Frage“ als wichtigster Diskussionspunkt der Konferenz bezeichnet wird.

<sup>152</sup> Vgl. AP 1 (1952), Nr. 4, S. 6.

<sup>153</sup> Vgl. Ebd. Vgl. beispielhaft für die semesterlich durchgeführten Solidaritätssammlungen HAAC 233, o. Bl., Schreiben des GSP-Referenten des AStA, Bernhard Fabis, an den Rektor der RWTH Aachen vom 20.06.1958 mit der Bitte, die Solidaritätssammlung Anfang Juli durchführen zu können. Diese Sammlung brachte etwas mehr als 3.200 Mark ein, wie aus einem Schreiben des Rektors vom 05.08.1958 an den AStA ersichtlich wird, vgl. Ebd., o. Bl.

betrieb es Aufklärungsarbeit in Form von Veranstaltungen in Universitätsräumlichkeiten oder Veröffentlichungen in der Presse.<sup>154</sup>

Tatsächliche politische Regungen oder Störaktionen innerhalb der Studierendenschaft sind in den frühen 1950er Jahren aber nur an zwei Stellen zu erkennen. Zu einem dieser „sichtbaren Auftritte“ kam es am Tag der Rektoratsübergabe im Juni 1952, als das Amt des Rektors von Prof. Wilhelm Fucks auf Prof. Robert Schwarz überging.<sup>155</sup> Der scheidende Prof. Fucks ließ in seiner Abschiedsrede noch einmal keinen Zweifel über die damalige Position der Studierenden an der Hochschule aufkommen; er verlange von den Studierenden, dass „die Gestaltung des studentischen Lebens in allem und jedem Rücksicht nimmt auf die vom Senat der Hochschule aus einer tiefen und ständigen Sorge um das Gesamtwohl dieser Kommunität beschlossene Hochschulpolitik“<sup>156</sup>. Schon am selben Tag sollten die Studierenden diese Erwartung enttäuschen. Seit vielen Jahren war es an der TH üblich, das Fest der Rektoratsübergabe mit einem Fackelzug durch die Stadt zu begehen, immer wieder auch mit einem anschließenden Freibier-Umtrunk. Anscheinend war einigen Studierenden das Bier schnell zu Kopf gestiegen; sie marodierten durch die Straßen, gerieten in Konflikt mit der anrückenden Polizei und mauerten Fenster und Türen unbeliebter Personen zu.<sup>157</sup> Der AStA distanzierte sich schnell von der Aktion und betrieb Schadensbegrenzung, indem er die Verursacher der Polternacht der Störung der „civilitas academica“ beschuldigte, sich hinter die Disziplinarmaßnahmen der Hochschule stellte und die Schaffung eines neuen studentischen Sicherheitsdienstes ankündigte.<sup>158</sup> Eine politische Dimension erhielt dieser Vorfall laut den Berichterstatern des Aachener Prisma dadurch, dass er durch die Medien überregional publik gemacht worden wäre und ihn manche Journalisten mit damals stattfindenden Studentenprotesten in Freiburg und Hamburg verglichen hätten.<sup>159</sup> Die Verwendung dieses Vorgangs als schlechtes Beispiel studentischen Betragens auch noch Jahre später<sup>160</sup> verdeutlicht, wie sehr diese „Aachener

---

<sup>154</sup> Vgl. AP 1 (1952), Nr. 4, S. 6. Eine solche Veranstaltung fand wohl am 25.11.1952 im Hauptgebäude der TH statt, wie eine schriftliche Einladung des Rektors vom Tag zuvor verrät, vgl. HAAC 1011 A, o. Bl., Einladung des Rektors zur Veranstaltung des Amtes für gesamtdeutsche Studentenfragen mit dem Titel „Sie müssen schweigen, wir sprechen für sie!“ vom 24.11.1952.

<sup>155</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 72f.

<sup>156</sup> Jahrbuch der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen 1952-53, S. 9.

<sup>157</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 72f., sowie AP 1 (1952), Nr. 2, S. 9. Der AStA kritisiert hier jedoch auch den unglücklichen Umgang der Polizei mit der Situation, welche wohl durch gezogene Schusswaffen und Schlagstöcke die Situation weiter aufgeheizt hätte.

<sup>158</sup> Vgl. AP 1 (1952), Nr. 2, S. 9.

<sup>159</sup> Vgl. Ebd.

<sup>160</sup> Vgl. AP 3 (1954), Nr. 2, S. 2. Dem Fackelzug anlässlich der Rektoratsübergabe im Sommer 1954 sah man wohl aus diesem Grund „mit einiger Skepsis“ entgegen; Der AStA bildete eine „Ordnertruppe“, die die Lage überblicken sollte, die Polizei war von Beginn an präsent. Trotzdem kam es zu studentischen Streichen und Fällen von leichtem Vandalismus.

Polternacht“ – so wurde sie wohl bezeichnet – ein für die TH Aachen bis dato einmaliges Ereignis gewesen sein muss.<sup>161</sup>

Ein Jahr später kam es zu einem weiteren Vorfall, diesmal mit eindeutig politischem Hintergrund, der eine direkte Konfrontation zwischen Studierenden und Außenstehenden mit sich brachte. Ein Artikel der Aachener Nachrichten vom 13. August mit dem Titel „Studentischer Protest“<sup>162</sup> berichtet in eigener Sache davon, dass sechs Studierende der TH Aachen beim Verlagsgebäude der Aachener Nachrichten erschienen waren, um sich über rassistische Formulierungen in einem zuvor erschienenen Artikel<sup>163</sup> zu beschweren.<sup>164</sup> Dieser Artikel hatte über den 6. Ferienkurs der Aachener TH in Kronenburg in der Eifel berichtet, an welchem auch ausländische Gäste teilnahmen. In einer Vortragsreihe sollten „Maßstäbe“ der westlichen Kultur unter anderem anhand von Vergleichen mit anderen Kulturen genauer definiert werden. Zunächst fragt sich der Autor berechtigterweise, ob es sich die westliche Kultur erlauben könne, kulturelle Maßstäbe zu setzen. Anschließend weiß er von Gesprächen mit ausländischen Gästen zu berichten. Diese würden zwar respektablen Berufen nachgehen – z.B. in der Wirtschaft oder im Regierungssektor –, aber dennoch einem „degenerierten“ Volk angehören. Der Nachsatz, dass sie ein „ähnlich waches Volk wie die Jungens von der anderen Erdhälfte“<sup>165</sup> seien, vermag die Schärfe des vorangegangenen Ausspruches nicht mehr zu mildern.<sup>166</sup> Aus dem Artikel über die „Protestaktion“ der Studierenden wird besonders ersichtlich, wie wenig ernst die Beschwerde der Studierenden über diesen Artikel tatsächlich genommen wurde. Es ist von „wackeren Studiosi“ die Rede, deren „sittliches Empfinden“ verletzt worden wäre durch die Aussage, dass die Indonesier ein degeneriertes Volk seien.<sup>167</sup> Der Autor verteidigt sich mit dem Hinweis, dass der Begriff „degeneriert“ nicht als Beleidigung aufgefasst werden sollte, es hätte auch für Fachleute „so wenig den Charakter eines Werturteils, wie etwa das Wort ‚dekadent‘“<sup>168</sup>. Diese Argumentation versucht er ironischerweise mit einem Zitat aus einem Werk des Kulturhistorikers Kurt von Boeckmann aus dem Jahre 1924<sup>169</sup> zu untermauern, welcher „die Malaien“ – also die Indonesier – anscheinend als handwerklich und

---

<sup>161</sup> Vgl. zur „Aachener Polternacht“ außerdem Mies, Selbstverwaltung, S. 72f.

<sup>162</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Studentischer Protest“, „Aachener Nachrichten“ vom 13.08.1953.

<sup>163</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Massachusetts kommt nach Kronenburg“, „Aachener Nachrichten“ vom 05.08.1953.

<sup>164</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Studentischer Protest“, „Aachener Nachrichten“ vom 13.08.1953.

<sup>165</sup> HAAC 242, o. Bl., Artikel „Massachusetts kommt nach Kronenburg“, „Aachener Nachrichten“ vom 05.08.1953.

<sup>166</sup> Vgl. Ebd.

<sup>167</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Studentischer Protest“, „Aachener Nachrichten“ vom 13.08.1953.

<sup>168</sup> Ebd.

<sup>169</sup> Vgl. Boeckmann, Kurt, Dokumente zur Kulturphysiognomik. Vom Kulturreich des Meeres (Jahresreihe des Volksverbandes der Bücherfreunde 5, B. 4), Berlin 1924.

händlerisch begabt, geistig jedoch als weniger leistungsfähig bezeichnet hatte.<sup>170</sup> Gleichzeitig betont er, wohl als Seitenhieb auf die Studierenden gedacht, dass er nicht die wissenschaftliche Expertise hätte, „um in die Diskussion von Fachleuten einzugreifen“<sup>171</sup>. Die protestierenden Studierenden hätten die „wissenschaftliche“ Definition von Boeckmanns jedoch nicht mehr erfahren, da sie sich auf keine Diskussion mehr eingelassen und sich schnell aus dem Verlagsgebäude entfernt hätten.<sup>172</sup> Die wahrscheinlich erste politische Protestaktion Aachener Studierender in der Nachkriegszeit wurde also abgetan als „viel Lärm um nichts“ – ein Muster, welches sich auch in Zukunft noch wiederholen sollte.

Schon ein Jahr nach seiner offiziellen „Gründung“ litt die Arbeit des Studierendenparlaments der TH an mangelhafter Teilnahmedisziplin der gewählten Abgeordneten, die oft zur Beschlussunfähigkeit des Gremiums führte. Der entsprechende Artikel im Aachener Prisma spricht von einer guten ersten Legislaturperiode, die von einer miserablen abgelöst worden wäre.<sup>173</sup> Das Interesse, die demokratischen Strukturen innerhalb der Studierendenschaft mitzugestalten und damit auch an politischen Prozessen teilzunehmen, schien also selbst bei vielen Studierendenvertretern Mitte der 1950er Jahre noch gering. Die Autoren des Aachener Prisma und somit auch der AStA versuchten trotzdem immer wieder, ihren Kommilitonen die studentische Selbstverwaltung als „Abbild der Demokratie im Kleinen“<sup>174</sup> mit einer funktionierenden Gewaltenteilung schmackhaft zu machen. In dieser könne man Diskutieren üben und ein „völkisches Verantwortungsbewusstsein“ entwickeln, welches der Jugend fehlen würde.<sup>175</sup> „Allein die Erfahrung der letzten zwanzig Jahre“, so lässt die Prisma in der Januarausgabe des Jahres 1954 verlauten, „dürften also schon hinreichende Verpflichtung zur politischen Betätigung vor allem der jungen Generation sein“<sup>176</sup>.

Im Juli 1953 berichtet das Aachener Prisma aus der fünften Sitzung der zweiten Studierendenvertretung.<sup>177</sup> In dieser wurde die Gründung eines politischen Forums seitens des AStA beschlossen, zu welchem Vertreter der großen Volksparteien eingeladen werden sollten, um den Studierenden die Möglichkeit zu geben, mit diesen über aktuelle politische Fragen zu diskutieren. Laut Bericht im Aachener Prisma hatte nur die FDP ihre Teilnahme an einem

---

<sup>170</sup> Vgl. HAAC 242, o. Bl., Artikel „Studentischer Protest“, „Aachener Nachrichten“ vom 13. August 1953.

<sup>171</sup> Vgl. Ebd.

<sup>172</sup> Vgl. Ebd.

<sup>173</sup> Vgl. AP 2 (1953), Nr. 2, S. 2

<sup>174</sup> AP Sonderheft (1952), S. 11.

<sup>175</sup> Ebd.

<sup>176</sup> AP 2 (1954), Nr. 6, S. 3. Vgl. außerdem Mies, Selbstverwaltung, S. 73.

<sup>177</sup> Vgl. AP 2 (1953), Nr. 3, S. 2.

solchen Forum bestätigt. Die CDU hatte abgesagt, seitens der SPD und DP waren keine Antworten eingegangen.<sup>178</sup>

Nur die blutige Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR seitens der von der Sowjetunion mit Panzern unterstützten SED am 17. Juni 1953<sup>179</sup> veranlasste die Aachener Studierenden in diesem Zeitraum noch zu einem politischen Statement. In einem kurzen Kommentar im Aachener Prisma bekundeten sie ihre Solidarität mit der ostdeutschen Bevölkerung und berichteten, dass Kundgebungen und Schweigemärsche stattgefunden hätten. Inwiefern die Studierenden an der Organisation dieser „Veranstaltungen“ beteiligt waren oder wie viele Studierende letztlich teilgenommen haben, wird aus den Quellen nicht ersichtlich.<sup>180</sup> Laut Spix ließen sich die Studierenden für diesen Tag in der Regel besonders gut zu politischen Aktionen und Stellungnahmen bewegen, insbesondere in Hinblick auf eine mögliche Wiedervereinigung.<sup>181</sup> Der Mauerbau im Jahre 1961 sowie die fehlende Bereitschaft der Sowjetunion, auf eine Wiedervereinigung hinzuarbeiten, hätten das Interesse an diesem Themenkomplex jedoch bis spätestens Mitte der 1960er Jahre fast gänzlich verschwinden lassen.<sup>182</sup> Schon vorher hatte sich die Hoffnung auf eine Lösung des Konfliktes anscheinend in eine Kritik an der Vorgehensweise der Bundesrepublik gewandelt, die mit ihrer fehlenden Gesprächsbereitschaft und „Politik der Stärke“ im Rahmen der „Hallstein-Doktrin“ die Fronten nur verhärtet hätte.<sup>183</sup>

### **3.3 Gestärktes politisches Engagement der Studierenden unter dem Eindruck des Ost-West-Konfliktes und der Wehrpflicht-Debatte**

Wie schon zuvor erwähnt, wurden „Politisierungsprozesse“ in der Aachener Studierendenschaft der 1950er Jahre am sichtbarsten, wenn es sich um den Themenkomplex des Ost-West-Konfliktes handelte. Diese Besonderheit war auch an den meisten anderen

---

<sup>178</sup> Vgl. AP 2 (1953), Nr. 3, S. 2.

<sup>179</sup> Vgl. zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 Wolfrum, Demokratie, S. 121-129. Gemessen an den Reaktionen auch in den Organen der Aachener Studierendenschaft kann man seiner Aussage zustimmen, dass „In Westdeutschland (...) eine emotionale Verbundenheit mit den aufständischen Ostdeutschen sichtbar [wurde], wie man sie seit Kriegsende nicht mehr gekannt hatte“, S. 128. Immer wieder wurde an dieses Ereignis im Aachener Prisma erinnert, natürlich auch bedingt durch die durch den Deutschen Bundestag beschlossene Erhebung des 17. Juni als „Tag der Deutschen Einheit“, vgl. Ebd. Vgl. hierfür ebenso beispielhaft folgende Beiträge im Aachener Prisma: AP 4 (1956), Nr. 5, S.20; AP 6 (1958), Nr. 5, S. 8; AP 7 (1958/59), Nr. 3, S. 8; AP 7 (1959), Nr. 5, S. 20.

<sup>180</sup> Vgl. AP 2 (1953), Nr. 3, S. 9.

<sup>181</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 340-343.

<sup>182</sup> Vgl. Ebd., S. 344-346.

<sup>183</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 346f., sowie AP 5 (1957), Nr. 3, S. 9. 1955 schon betonte die Aachener Studierendenschaft die „stark nach Westen orientierte Außenpolitik der Bundesregierung“, vgl. AP 3 (1955), Nr. 4, S. 10. Die „Hallstein-Doktrin“ besagte unter anderem, dass die Anerkennung der DDR seitens anderer Staaten zur Einstellung der Beziehungen mit der BRD führen könnte, vgl. Morsey, Bundesrepublik, S. 42.

Universitäten in der BRD zu beobachten.<sup>184</sup> Ein im Aachener Prisma abgedruckter Zeitungsartikel aus den Aachener Nachrichten vom 29. Juni 1956 mit dem Titel „AStA will keinen Maulkorb“ weiß jedoch zu berichten, dass sich die – zumindest für die Gestaltung des Prisma verantwortlichen – Studierenden auch mit lokalen Politika beschäftigten.<sup>185</sup> Anscheinend hatten sich Hochschulleitung und Professoren über einen Beitrag in der vorherigen Ausgabe des Aachener Prisma beschwert, welcher sich kritisch mit der „Problematik der Karlspreisverleihung“ auseinandersetzte. In einer Sitzung des Studierendenparlaments, die ungewöhnlich gut besucht war, wurde die Problematik diskutiert und anschließend darüber abgestimmt, inwiefern die Studierendenschaft und die Studierendenzeitschrift selbst zu tagespolitischen Themen Stellung nehmen dürfe.<sup>186</sup> Mit Hilfe der Studierendenzeitschrift, so ließ der AStA während der Diskussion verlauten, wolle er „die noch abseitsstehenden Studenten aus ihrer politischen Indifferenz und Interessenlosigkeit (...) lösen“<sup>187</sup>. Ein „Maulkorb“ wäre diesem Ziel klar hinderlich. Außerdem solle das Prisma kein „Informationsblättchen“, sondern eine Plattform für Studierende sein, in welchem sie ihre Meinung äußern könnten.<sup>188</sup> Trotz dieser Argumentation wurde am Ende des Streitgesprächs ein Antrag angenommen, der zumindest einem „halben“ Maulkorb gleichkam – ihre Meinung dürften die Studierenden zwar äußern, es sei jedoch nicht „Aufgabe der studentischen Selbstverwaltung und des ‚Aachener Prisma‘ (...), staatspolitische Stellungnahmen abzugeben“<sup>189</sup>.

Ein weiteres, auf den ersten Blick nur indirekt mit dem Ost-West-Konflikt zusammenhängendes Thema, führte, wie Harro Mies kurz berichtet, im Februar 1955 sogar zu einem größeren Polizeieinsatz auf dem Hochschulgelände.<sup>190</sup> Der spätere Bundesminister für Verteidigung, Theodor Blank, war am 13. Februar 1955 zu einer Rede in der Aula der RWTH erschienen.<sup>191</sup> Mit höchster Wahrscheinlichkeit wollte er über die Eckpunkte der Gründung der Bundeswehr und die „drohende“ Einführung der Wehrpflicht für Studierende referieren; dies ist einer früheren Ausgabe des Aachener Prisma zu entnehmen, die zeitlich jedoch nach dem Ereignissen des Vortrags zu verordnen ist.<sup>192</sup> Aus dem entsprechenden Artikel dieser Ausgabe wird eine recht klare Positionierung der Aachener Studierendenschaft zur studentischen

---

<sup>184</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 275f., sowie S. 280f.

<sup>185</sup> Vgl. AP 4 (1956), Nr. 5, S. 9.

<sup>186</sup> Vgl. Ebd.

<sup>187</sup> AP 4 (1956), Nr. 5, S. 9.

<sup>188</sup> Vgl. Ebd.

<sup>189</sup> Ebd.

<sup>190</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 73, sowie Spix, Elfenbeinturm, S. 76.

<sup>191</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 6, S. 6.

<sup>192</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 5, S. 6f.



Wehrpflicht ersichtlich, die aber nicht in Eigenregie entstanden zu sein scheint und hauptsächlich die Positionen des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) und der Westdeutschen Rektorenkonferenz übernahm.<sup>193</sup> Der Hauptkritikpunkt, den die Studierenden – allen voran der Vorsitz des VDS – in Übereinstimmung mit den Rektoren der Westdeutschen Rektorenkonferenz an der Wiedereinführung äußerten, bezog sich auf die Gefahr der Unterbrechung des Studiums durch einen „plötzlichen“ Einziehungsprozess.<sup>194</sup> Eine generelle Kritik an der Wiedereinführung blieb jedoch aus; vielmehr wollten die Studierenden und Rektoren erreichen, dass – wie wohl in Ländern wie Belgien, Frankreich oder sogar dem „Militärstaat“ Türkei üblich – die Studierenden frei wählen können, ob sie ihren Wehrdienst vor oder nach dem Studium ableisten.<sup>195</sup> Eine mehrstündige Unterredung zwischen Blank und Vertretern des VDS schien in dieser Hinsicht keinen Erfolg erbracht zu haben – Blank hatte die Forderungen abgeschmettert mit der Begründung, dass dies eine Bevorzugung der Studierenden bedeuten würde, die man gegenüber der restlichen Bevölkerung nicht rechtfertigen könne; außerdem würde der Altersunterschied zwischen den Wehrpflichtigen zu groß werden.<sup>196</sup> Ein Aufschub der Wehrpflicht um bis zu zwei Jahre wäre maximal möglich, dies darüber hinaus auch nur in Härtefällen. Interessanterweise äußerte sich auch die Vorsitzendenkonferenz des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zu dem Thema.<sup>197</sup> Sie stellte sich auf die Seite Blanks und plädierte für eine Ableistung des Wehrdienstes direkt nach dem Abitur – eine Position, die die Rektorenkonferenz klar ablehnte, da diese die „Wissensgrundlagen, auf denen die akademische Lehre aufbaut, schwer beeinträchtigen [würde]“<sup>198</sup>.

Während und kurz nach dem schon erwähnten Vortrag Theodor Blanks kam es zu einer Konfrontation zwischen Studierenden, Außenstehenden und der Polizei, bei welcher ein Studierender sogar verhaftet wurde. Der Vorfall wurde im Rahmen einer Studierendenparlamentssitzung auf Grundlage mehrerer schriftlicher Augenzeugenberichte diskutiert, die in zusammengefasster Form auch den Lesern des Aachener Prisma zugänglich gemacht wurden.<sup>199</sup> Der Inhalt des Vortrages des späteren Verteidigungsministers war jedoch überraschenderweise nicht der maßgebliche Auslöser für die Spannungen zwischen Zuhörern und der Staatsgewalt, sondern bestimmte Begleitumstände, die die Studierendenschaft der TH

---

<sup>193</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 5, S. 6f.

<sup>194</sup> Vgl. Ebd., S. 7. Auch in späteren Jahren beschäftigte sich der Senat der TH Aachen mit Fragen zur Wehrdienstleistung von Studierenden, vgl. HAAC 1080, o. Bl., Sitzungsprotokoll des Senats der TH Aachen vom 26.03.1958. Vgl. außerdem AP 7 (1958), Nr. 1, S. 8-9 für Gedanken der Studierendenschaft der TH zu neueren Entwicklungen in diesem Themenbereich.

<sup>195</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 5, S. 6.

<sup>196</sup> Vgl. Ebd., S. 7.

<sup>197</sup> Vgl. Ebd.

<sup>198</sup> Ebd.

<sup>199</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 6, S. 6.

Aachen letztendlich auch als „undemokratisch“ bezeichnete.<sup>200</sup> Obwohl der Vortrag im Vorhinein als „halböffentliche“ Veranstaltung angekündigt worden war, wurden die Türen der Aula schon eine halbe Stunde vor Beginn geschlossen; alle Interessierten, die später erschienen, mussten sich mit Lautsprecherübertragungen in anderen Räumen begnügen. Ungefähr 20 Polizisten schützten darüber hinaus die Räumlichkeiten und den Eingang zur Aula.<sup>201</sup> Vor Beginn des Vortrages ließ der Versammlungsleiter Dr. Maas verlauten, dass während der Veranstaltung Unmutsbekundungen seitens des Publikums nicht erwünscht seien. Zuwiderhandlungen würden „als Hausfriedensbruch betrachtet und strafrechtlich verfolgt“<sup>202</sup>. Diese „Regelungen“ traten nur Momente später schon in Kraft, als einer der Zuschauer auf seinem Recht auf freie Meinungsäußerung bestand und dafür des Raumes verwiesen wurde. Bis auf diesen Einzelfall war wohl niemand sonst im Saal bereit, sich gegen diese Einschränkung der demokratischen Grundrechte zu wehren, was von der Aachener Studierendenvertretung auf ihrer Parlamentssitzung auch scharf kritisiert wurde.<sup>203</sup> Da sich zwischenzeitlich vor dem Hauptgebäude eine größere Menschenmenge versammelt hatte, verstärkte die Polizei ihre Präsenz vor dem Hauptgebäude laut Bericht nach und nach auf über 200 Mann und versuchte, die Versammlung mit Lautsprecheransagen aufzulösen.<sup>204</sup> Diese „Machtdemonstration“ führte jedoch nicht zur erwünschten Entspannung der Lage; eine weitere Durchsage, dass die Studierenden mit dieser Aktion ihre Karriere aufs Spiel setzen würden, tat ihr Übriges. Ein Schlichtungsversuch des 2. AStA-Vorsitzenden bezüglich der schon erwähnten Verhaftung eines Kommilitonen schlug ebenfalls fehl, da der angesprochene Polizist nach eigener Aussage aus Prinzip nicht bereit war, mit Studierenden zu sprechen.<sup>205</sup> Der Verhaftete wurde, ohne dass es zu einer Vernehmung gekommen wäre, bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Erfahrung bestätigte jedoch laut Studierendenvertretung das insgesamt angespannte Verhältnis zwischen Polizei und Aachener Studierendenschaft. Die Diskussion dieser Vorgänge im Studierendenparlament führten zu einer offiziellen Stellungnahme der Studierendenvertretung, in welcher sie die geschehene Verletzung der Meinungsfreiheit anprangerte und die Bundes- sowie Landesregierung in die Pflicht nahm, „Sorge zu tragen, daß nicht durch die Übergriffe einzelner das Vertrauen in unseren Rechtsstaat erschüttert wird“<sup>206</sup>.

---

<sup>200</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 6, S. 6.

<sup>201</sup> Vgl. Ebd.

<sup>202</sup> Ebd.

<sup>203</sup> Vgl. Ebd.

<sup>204</sup> Vgl. Ebd. Die Studierendenschaft äußerte die Vermutung, dass sich unter die Anwesenden wohl auch „einige kommunistische Agitatoren“ gemischt hätten. Diese eher abwertend gemeinte Aussage geht konform mit der generell antikommunistischen Einstellung der studentischen Jugend in den 1950er Jahren, vgl. Jarausch, Deutsche Studenten, S. 222. Vgl. außerdem Spix, Elfenbeinturm, 379-381.

<sup>205</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 6, S. 6.

<sup>206</sup> Ebd.

Ein in derselben Ausgabe des Aachener Prisma direkt neben dem Bericht der Studierendenvertretung veröffentlichter Beitrag zweier Studierender wirft jedoch ein anderes Licht auf die Ereignisse des 13. Februars.<sup>207</sup> Die Studierendenvertretung hätte sich vor ihrer Stellungnahme entgegen eigener Behauptungen nicht eingehend genug mit den relevanten Unterlagen beschäftigt; insbesondere die Kommunikation mit den „zuständigen Stellen“ wäre mangelhaft gewesen, was eine eigene Kontaktaufnahme der Kritiker mit dem Polizeipräsidenten, dem Rektor der Hochschule, der CDU-Geschäftsstelle und dem Versammlungsleiter des Vortrages ergeben hätte.<sup>208</sup> Beispielsweise hätte es einen unverhofft hohen Andrang zu der öffentlichen Veranstaltung gegeben, da Tickets sowohl direkt an CDU-Mitglieder als auch an Leser der „Aachener Volkszeitung“ vergeben worden wären, um angekündigten „Störungsversuchen von Kommunisten aus dem Ruhrgebiet“<sup>209</sup> entgegenzuwirken, die es laut Polizeipräsident in der Form von Tränengas sogar gegeben hätte.<sup>210</sup> Aus juristischer Sicht hätte es darüber hinaus auch keine Einschränkung der Meinungsfreiheit gegeben, da laut Hausrecht eine Diskussion nach dem Vortrag nicht vorgesehen war – somit wäre die freie Meinungsäußerung durch die Hausordnung außer Kraft gesetzt worden. Der wegen seiner Unmutsäußerungen „auffällig“ gewordene Teilnehmer wäre trotz dieser Regelungen mehreren Aufforderungen nicht nachgekommen, sich zu setzen und ruhig zu verhalten. Die Polizei war demnach „im Interesse der öffentlichen Ordnung gezwungen (...), einzuschreiten“<sup>211</sup>. Obwohl der Rektor der TH nicht über einen anstehenden Polizeieinsatz informiert worden wäre, hätte die Polizei die Pflicht, öffentliche Veranstaltungen abzusichern, auch auf eigentlich „neutralem“ Universitätsboden.<sup>212</sup> Die Verhaftung eines Studierenden wegen „Störung einer Amtshandlung“ nach Beendigung der Veranstaltung wäre selbstverschuldet gewesen, da er eine Polizeikette durchbrochen und anwesende Kommilitonen zu gleichen Taten aufgefordert hätte. Er wäre jedoch laut des Polizeipräsidenten nicht, wie behauptet, zum Polizeipräsidium mitgenommen worden. Der Beitrag schließt mit der Anmerkung, dass man diesen Vorfall besser intern besprochen hätte.<sup>213</sup>

Welche der beiden Schilderungen nun eher der Wahrheit entspricht, lässt sich leider aus den Quellen nicht herauslesen. Sowohl die Studierendenvertretung als auch die „externen“ Studierenden scheinen sich relativ einseitig auf „ihre“ Quellen zu stützen und vertreten somit

---

<sup>207</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 6, S. 6f.

<sup>208</sup> Vgl. Ebd., S. 6.

<sup>209</sup> Ebd.

<sup>210</sup> Vgl. Ebd., S. 7.

<sup>211</sup> Ebd.

<sup>212</sup> Vgl. Ebd.

<sup>213</sup> Vgl. Ebd.

zwei völlig disparate Standpunkte; die Externen geben dabei ein vorsichtig als „obrigkeitshörig“ zu bezeichnendes Bild ab. Beachtenswert ist, dass das damals noch vom AStA geführte Prisma die Gegenposition direkt der eigenen Darstellung gegenübergestellt und somit eine Meinungsbildung der Leser ermöglicht hat. Parteipolitische Zugehörigkeiten und Kämpfe sind zwar noch nicht oder nur am Rande zu erkennen, beispielsweise wenn von „kommunistischen Agitatoren“ die Rede ist; demokratische Grundwerte scheinen viele Aachener Studierende im Laufe der 1950er Jahre aber schon internalisiert und als verteidigungswürdig betrachtet zu haben. Vermutlich hat auch die starke Präsenz der Polizei, deren Angehörige teilweise aus Bonn zum Einsatz an der TH hinzugezogen worden waren<sup>214</sup>, keine positiven Erinnerungen geweckt. Die verschiedenen Darstellungen bestätigen jedenfalls den oben bereits erwähnten Vorbehalt, dass die Studierendenschaft politisch nicht als Einheit betrachtet werden kann.

Im Jahre 1957 sollten die Studierenden im Rahmen des Ost-West-Konfliktes erneut sichtbar politisch aktiv werden. Nachdem die sowjetischen Besatzer im November 1956 einen auch maßgeblich durch Studierende vorangetriebenen Volksaufstand in Ungarn brutal niedergeschlagen hatten<sup>215</sup>, flüchteten viele ungarische Studierende Richtung Bundesrepublik, auch in Aachen kamen einige von ihnen unter.<sup>216</sup> Diese hatten im Oktober 1956 in ihrem stalinistisch regierten Heimatland unter anderem die Einführung demokratischer Reformen und den Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen gefordert; es kam zu großen Demonstrationen, die sich bald zu bewaffneten Aufständen wandelten.<sup>217</sup> Während die Revolution zunächst recht erfolgsversprechend aussah und sich im Gegensatz zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953 auf die – zumindest materielle – Unterstützung der ungarischen Volksarmee sowie Teile der Bevölkerung stützen konnte<sup>218</sup>, wurden die Hoffnungen der Aufständischen spätestens ab dem

---

<sup>214</sup> Vgl. AP 3 (1955), Nr. 6, S. 7.

<sup>215</sup> Vgl. Morsey, Bundesrepublik, S. 56, sowie insbesondere für einen detaillierteren Überblick über die Ereignisse Göllner, Ralf Thomas, Die ungarische Revolution von 1956, in: Agethen, Manfred, Buchstab, Günter (Hrsg.), Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg i. Br. 2003, S. 89-129. Im Folgenden zitiert als: Göllner, Ungarische Revolution. Göllner fasst außerdem sowohl die internationalen als auch innenpolitischen Vorbedingungen der Revolution in Ungarn übersichtlich zusammen, darunter beispielsweise der politische Kurswechsel der Sowjetunion nach dem Tode Stalins im Jahr 1953.

<sup>216</sup> Vgl. AP 5 (1957), Nr. 5, S. 17. Vgl. außerdem HAAC 1080, o. Bl., Sitzungsprotokoll des Senats der TH Aachen vom 31.01.1957. Aus einem Bericht des AStA-Vorsitzenden Lindemann in der Senatssitzung geht hervor, dass in der Zeit vom 26.11.1956 bis zum 04.01.1957 insgesamt 52 Flüchtlinge aus Ungarn an der TH angenommen wurden; 48 davon waren Studierende.

<sup>217</sup> Vgl. Göllner, Ungarische Revolution, S. 100f.

<sup>218</sup> Vgl. Ebd., S. 103-106. Anscheinend hatten die nach Budapest eingerückten sowjetischen Truppen nicht mit großem Widerstand gerechnet; die Revolutionäre jedoch verteidigten ihre Positionen leidenschaftlich. Dies führte, neben anderen Ereignissen, zunächst dazu, dass die Revolution Ende Oktober als gerechtfertigt anerkannt und von der neu eingesetzten Regierung ein Waffenstillstand und demokratische Reformen angekündigt wurden. Die sowjetische Führung spielte außerdem mit dem Gedanken, alle Truppen aus Ungarn und Budapest abziehen.

04. November 1956 von sowjetischer Seite schnell wieder zunichte gemacht.<sup>219</sup> Als die Streiks im Dezember immer wieder aufflammten, ordnete die „neue“ – wieder vollständig von Moskau kontrollierte – Regierung des Landes drakonische Strafen gegen jeden an, der sich der „Anstiftung zum Streik“ schuldig machte; es kam zu Massenverhaftungen, Deportationen und Hinrichtungen unter den Beteiligten des Aufstands, von denen auch die Köpfe der ehemaligen Reformregierung betroffen waren.<sup>220</sup>

Wie ein Artikel der Aachener Nachrichten vom 07.11.1956 zu berichten weiß, waren die Aachener Studierenden schockiert über die Ereignisse in Ungarn. Mehrere tausend von ihnen hatten sich am Tage zuvor vor dem Hauptgebäude der TH Aachen „zu einer machtvollen Protestkundgebung“ versammelt, um ihr Entsetzen und ihre Trauer über die Opfer des Volksaufstandes auszudrücken.<sup>221</sup> Sowohl der damalige Vorsitzende des Studierendenparlaments, Gerd Brüggemann, als auch der erste Vorsitzende des AStA, Thomas von Roznowski, hielten Reden vor der versammelten Menge. Letzterer kritisierte neben den „Taten des Verbrechens und Unrechts“ der Sowjets auch offen das kolonialherrliche Vorgehen der britischen und französischen Regierung am Suezkanal<sup>222</sup>; es sei „furchtbar, sie nun in einem Atemzuge mit den Sowjets nennen zu müssen“<sup>223</sup>. Darüber hinaus prangerte er an, dass sich die anderen Staaten der „freien Welt“ nur um ihre eigenen Angelegenheiten kümmern würden, anstatt sich dem „Sowjetsystem“ klar als Einheit entgegenzustellen.<sup>224</sup> Neben der offenen Kritik an den Sowjets, Frankreich und Großbritannien taten die Aachener Studierenden – allen voran wieder einmal die Studierendenvertretung – was in ihrer Macht stand, um das ungarische Volk zu unterstützen. Sie stellten rund 2000 DM, die eigentlich für den Fackelzug zum Rektoratswechsel gespendet worden waren, der Ungarnhilfe zur Verfügung und unterbreiteten das Angebot, Blut für die Betroffenen des Aufstandes zu spenden.<sup>225</sup> Beeindruckend an der bis zu diesem Zeitpunkt einmaligen Zurschaustellung politischer Betätigung Aachener Studierender ist insbesondere die Zahl der teilnehmenden Studierenden, die von der Studierendenvertretung mobilisiert werden konnte – laut eigener Aussage fast 3000, also knapp die Hälfte aller damals Eingeschriebenen<sup>226</sup>, wie ein studentischer Bericht über den Ablauf des Protests kundtut.<sup>227</sup> An dieser Stelle von einer grundlegenden Politisierung der

---

<sup>219</sup> Vgl. Göllner, Ungarische Revolution, S. 111.

<sup>220</sup> Vgl. Ebd., S. 116f.

<sup>221</sup> Vgl. HAAC 975 B, o. Bl., Artikel „Ehrfurcht und Trauer um Ungarn“, „Aachener Nachrichten“ vom 07.11.1956.

<sup>222</sup> Vgl. Göllner, Ungarische Revolution, S. 90f.

<sup>223</sup> HAAC 975 B, o. Bl., Artikel „Ehrfurcht und Trauer um Ungarn“, „Aachener Nachrichten“ vom 07.11.1956.

<sup>224</sup> Vgl. Ebd.

<sup>225</sup> Vgl. Ebd.

<sup>226</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 78.

<sup>227</sup> Vgl. AP 5 (1956), Nr. 1, S. 14f.

Studierendenschaft zu sprechen, wäre jedoch falsch. Vielmehr versuchten die Studierenden, demokratische Grundsätze gegen politische Extreme zu verteidigen und gefühlten Ungerechtigkeiten entgegenzutreten. Die große Anteilnahme an diesem Vorfall lässt sich darüber hinaus vielleicht mit der Tatsache erklären, dass auch Studierende Leidtragende des Volksaufstandes waren. Mit diesen konnten sich die Aachener vermutlich besser identifizieren.

Der bereits erwähnte studentische Bericht über die Protestaktion vom 06. November 1956 macht weitere Details der Durchführung sichtbar. Beispielsweise berichtete der WDR noch vor der Demonstration über die Vorbereitungen des AStA auf dieses Ereignis; darüber hinaus wurde ein Telegramm an Mitglieder des Ost-West-Ausschusses gesandt, welche gerade auf Einladung von FDJ-Studierenden in Dresden verweilten. In diesem bat die Studierendenvertretung um Abbruch des Besuchs und Heimkehr nach Aachen aus Protest gegen die Vorgänge in Ungarn.<sup>228</sup> Die starke Stellung der Korporationen an der TH Aachen in der damaligen Zeit, ihr „bremsender“ Effekt auf die Politisierung und ihre engen Kontakte zur Studierendenvertretung – laut Spix waren noch im Jahre 1958 ca. 75-80 Prozent der Abgeordneten im Studierendenparlament Korporierte<sup>229</sup> – zeigten sich ebenfalls im Rahmen dieses Protests. Viele Korporationen boten an, dass ihre Mitglieder als Ordner auf der Veranstaltung fungieren könnten, um „einen ruhigen Verlauf der Kundgebung“<sup>230</sup> zu ermöglichen; damit leistete die Aachener Studierendenschaft einem Aufruf des VDS Folge, der in einem Eilschreiben an die Studierendenschaften um „größte(...) Disziplin bei Kundgebungen“<sup>231</sup> gebeten hatte, nachdem es in Frankfurt am Main wohl zu Ausschreitungen bei Studierendemonstrationen gekommen war. Eine ähnliche Eskalation oder eine Wiederholung des Polizeieinsatzes vom Jahr davor wollte man in Aachen auf alle Fälle vermeiden, was auch gelang.<sup>232</sup> Selbst auf dieser inhärent politischen Veranstaltung sollte außerdem nach Aussage der Studierendenschaft „jede politische Färbung oder Gefahr der Radikalisierung (...) vermieden werden“<sup>233</sup> – bezeichnend für die politische Situation der Studierendenschaft der TH. Plakate und Banner mussten auf Bitten der Versammlungsleitung entfernt werden, der „akademische Charakter“ der Kundgebung wurde damit gewahrt.<sup>234</sup>

Diese Protestaktionen sollten jedoch in den 1950er Jahren die größten bleiben; laut den Quellen spielten sich die meisten „Auseinandersetzungen“ in verschiedenen Schriftwechseln, in den

---

<sup>228</sup> Vgl. AP 5 (1956), Nr. 1, S. 14f., hier S. 14.

<sup>229</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 248.

<sup>230</sup> AP 5 (1956), Nr. 1, S. 14.

<sup>231</sup> Ebd.

<sup>232</sup> Vgl. Ebd.

<sup>233</sup> Ebd.

<sup>234</sup> Vgl. Ebd.

Studierendenparlamentssitzungen und im Aachener Prisma ab. Insbesondere letzteres stellte bereits kurz nach der Gründung eine zuverlässige Quelle für politische und gesellschaftliche Themen dar, auch die studenteneigene Rolle und Position wurde diskutiert.<sup>235</sup> Schon in der Juliausgabe des Jahres 1953 meinte ein anonym gebliebener Leser des Prisma: „Liebe PRISMA-Redakteure, was ist denn mit Euch los? Im Juni-Heft laßt ihr ja keinem eine gute Seite. (...) Bravo, endlich macht ihr mal den Mund auf!“<sup>236</sup> Natürlich nahmen Hochschul- und Kulturnachrichten noch großen Raum in den einzelnen Ausgaben des Prisma ein, da es eine Studierendenzeitung blieb und somit die Studierenden der TH über lokale und kulturelle Neuigkeiten informieren wollte. In der Juliausgabe von 1956 stand die Kategorie „Politik“ jedoch zum ersten Mal an oberster Stelle des Inhaltsverzeichnisses der Zeitschrift<sup>237</sup> – vielleicht nur eine gestalterische Entscheidung, das Layout änderte sich nämlich in den nächsten Ausgaben immer wieder; vielleicht aber auch ein Zeichen dafür, dass man politischen Themen doch eine besondere Bedeutung zuwies. Nichtsdestotrotz ergibt sich der Eindruck, dass das Aachener Prisma noch zu den gemäßigeren Studierendenzeitschriften gehörte. Besonderes Aufsehen erregten in der Regel andere Studierendenzeitschriften und im Prisma abgedruckte Beiträge aus diesen.<sup>238</sup> Hin und wieder führten jedoch auch provokante Artikel aus der Feder der Prisma-Redaktion zu Reaktionen aus der Öffentlichkeit.<sup>239</sup>

Ein aus anderer Quelle stammender Abdruck im Prisma sorgte im Laufe des Jahres 1959 dafür, dass die Redaktion geschlossen zurücktrat. In der Juniausgabe desselben Jahres waren Ausschnitte des Buches „Schuld und Verhängnis“ von Hermann Foertsch<sup>240</sup> veröffentlicht worden, in welchem die Vorgänge um den Generaloberst Freiherr von Fritsch während der Zeit des Nationalsozialismus beschrieben werden. Fritsch war von Hitler aufgrund angeblicher homosexueller Handlungen zur Niederlegung seiner Ämter gezwungen worden; die Anschuldigungen erwiesen sich zwar bei genauerer Betrachtung als unwahr, Hitler wollte

---

<sup>235</sup> Vgl. Anmerkung 1. In der Februarausgabe des Jahres 1958 ging die Redaktion des Prisma auf einen Vorwurf seitens ihrer Leserschaft ein, dass die Artikel zu anspruchsvoll geschrieben wären und die Zeitschrift generell ein zu hohes Niveau hätte. Das Prisma erwiderte, dass man kein „Vereinsblatt“ sein, sondern eben auch zum Nachdenken anregen und gegebenenfalls provozieren möchte, vgl. AP 6 (1958), Nr. 3, S. 33.

<sup>236</sup> AP 2 (1953), Nr. 3, S. 5.

<sup>237</sup> Vgl. AP 4 (1956), Nr. 5, S. 3.

<sup>238</sup> Vgl. beispielsweise HAAC 233, o. Bl., Schreiben des Rektors der TH Aachen, Rudolf Jung, an den Rektor der Universität Mainz, Prof. Dr. Karl Schwantag, vom 19.12.1958 bezüglich der Veröffentlichung eines Artikels mit dem Titel „Hodenkult und Reizfossilien“ der Mainzer Studierendenzeitung „nobis“ im Aachener Prisma.

<sup>239</sup> Vgl. AP 4 (1958), Nr. 4, S. 33. Hier wurde ein Beitrag eines Redakteurs einer nicht näher genannten „christlich-demokratischen Tageszeitung“ abgedruckt, der harsche Kritik an dem seiner Meinung nach religionsfeindlichen Artikel „Heucheln ist die erste Bürgerpflicht“ äußerte. Der Artikel hatte wohl in der Redaktion des Prisma und in der breiteren studentischen Öffentlichkeit für große Diskussionen gesorgt und veranlasste die Autoren, noch weitere Leserbriefe hierzu in späteren Ausgaben zu veröffentlichen, vgl. AP 6 (1958), Nr. 4, S. 34-36 sowie AP 6 (1958), Nr. 5, S. 34-35.

<sup>240</sup> Foertsch, Hermann, Schuld und Verhängnis – Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der nationalsozialistischen Zeit, Stuttgart 1951.

jedoch den Ergebnissen der Untersuchung zunächst keinen Glauben schenken.<sup>241</sup> Die Redaktion des Aachener Prisma verglich diese Vorgänge nun unter dem Titel „Freie Meinungsäußerung“ mit der Entbindung des an der Universität Münster tätigen außerordentlichen Professors Dr. Walter Hagemann von allen seinen Aufgaben durch das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im April 1959.<sup>242</sup> Hagemann hatte sich ab 1957 öffentlich gegen die deutlich gen Westen gerichtete Außenpolitik Adenauers ausgesprochen. Darüber hinaus hatte er sich der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ angeschlossen und diente dort bald als eine der Schlüsselfiguren. Schon mit diesen Aktionen war er in einen Gegensatz zur CDU geraten, deren Mitglied er war. Als er jedoch im Oktober 1958 zusammen mit Walter Ulbricht in Ostberlin für eine gesamtdeutsche Lösung des Ost-West-Konfliktes warb, war er sowohl für die Christdemokratische Partei als auch für das Kultusministerium untragbar geworden. Neben dem Ausschluss aus der Partei und dem Verlust seines Postens wurde ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet; Anfang der 1960er Jahre entschied er sich dann für die Flucht in die DDR, da er in Westdeutschland keine Zukunft mehr für sich sah.<sup>243</sup> In der Februarausgabe des Jahres 1960 wurden im Prisma zwei Artikel aus den Studierendenzeitschriften „konkret“ und „Colloquium“ abgedruckt, die die Ereignisse um die „Abdankung“ der Redaktion des Prisma näher beleuchteten.<sup>244</sup> Laut offiziellen Angaben war die Redaktion aus Studiengründen zurückgetreten, der kollektive Rücktritt ließ jedoch Zweifel an dieser Erklärung aufkommen. Anscheinend, so berichtet das „Colloquium“, hatten der Prorektor der TH Aachen, Professor Opitz, sowie der verantwortliche Redakteur beim Kultusministerium vorstellig werden müssen, wo ihnen unter anderem der Kultusminister selbst deutlich machte, dass die Zeitschrift ihre Kompetenzen mit diesem Vergleich überschritten habe. Es wurde den Redaktionsmitgliedern außerdem nahegelegt, sich besser mit ihren persönlichen Studien auseinanderzusetzen. Der Prorektor ließ die Redaktion des Prisma daraufhin wissen, dass vermeintlich kritische Artikel in Zukunft vor Veröffentlichung einem Senatsausschuss vorgelegt werden müssten, der dann über die Erlaubnis der Publikation abstimmen würde.<sup>245</sup> Demnach kann davon ausgegangen werden, dass der politische Druck für die Redaktion zu groß geworden war oder sie nicht bereit war, unter diesen neuen Bedingungen zu arbeiten. Der Pressereferent des Aachener AStA Lippert flehte die Mitglieder des

---

<sup>241</sup> Vgl. AP 7 (1959), Nr. 5, S. 21.

<sup>242</sup> Vgl. Ebd.

<sup>243</sup> Vgl. Wiedemann, Thomas, Artikel „Walter Hagemann“, in: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.): Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft. Köln 2013. <http://blexkom.halemverlag.de/walter-hagemann/>. Letzter Zugriff am 26.10.2021.

<sup>244</sup> Vgl. AP 8 (1960), Nr. 3, S. 17.

<sup>245</sup> Vgl. Ebd.



Studierendenparlaments nach Rücktritt der Redaktion geradezu an, bei der Erstellung der nächsten Ausgabe behilflich zu sein; diese lehnten jedoch einen Antrag auf Gründung eines Arbeitsausschusses, der die Erscheinung der nächsten Ausgabe sicherstellen sollte, ab.<sup>246</sup> Die Vermutung liegt nahe, dass auch das Parlament die Veröffentlichung der Gegenüberstellung nicht gutgeheißen hat. Letztendlich erklärten sich wohl ein paar Parlamentarier doch noch bereit, „ohne Rücksicht auf ihr eigenes Studium“<sup>247</sup> an einer sogenannten „Notredaktion“ mitzuwirken und das Erscheinen der nächsten Ausgabe zu ermöglichen.<sup>248</sup> Dass diesem Fall eine gewisse Ironie innewohnt, ist nicht von der Hand zu weisen – hatte doch ein Beitrag zur Meinungsfreiheit dazu geführt, dass eben diese weiter beschnitten werden sollte.

Der aufgrund der Fächerstruktur an der TH Aachen verhältnismäßig hohe Anteil ausländischer Studierender<sup>249</sup> führte Ende der 1950er Jahre ebenfalls zu politischen Konfrontationen. Aus einem Sitzungsprotokoll des Senats der Hochschule geht hervor, dass es während eines Vortragsabends der Evangelischen Studentengemeinde im Roten Hörsaal Anfang Dezember 1958 zum Thema „Das heutige Israel – Beispiel und Ärgernis“ zu Handgreiflichkeiten zwischen arabischen und israelischen Studierenden gekommen war.<sup>250</sup> Dem Studierendenpfarrer Knorr, der als Organisator der Veranstaltung verantwortlich zeichnete, wurde daraufhin mitgeteilt, dass „das Thema (...) im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung (...) unter ausländischen Studenten unangebracht war“<sup>251</sup> und demnächst „von solchen Veranstaltungen, in denen politische Gegensätze zwischen fremden Nationen behandelt werden“<sup>252</sup>, abzusehen sei. Gleichzeitig sprach der Senat ein Verbot für die „Durchführung ungeeigneter Veranstaltungen“ in Hochschulräumlichkeiten aus und verordnete strengere inhaltliche Kontrollen bezüglich der „Vermietung“ von Räumlichkeiten an Außenstehende.<sup>253</sup>

Im Jahr 1959 kam es zum Versuch der Organisation eines Schweigemarsches seitens arabischer Studierender, vermutlich in Bezug auf den seit 1954 andauernden Algerien-Krieg.<sup>254</sup> Diese

---

<sup>246</sup> Vgl. HAAC 233, o. Bl., Protokoll zur 7. ordentlichen Sitzung der 8. Studentenvertretung der RWTH am 12. November 1959. Vgl. außerdem Spix, Elfenbeinturm, S. 294-299 zur Vorgehens- und Denkweise konservativer Studierendengruppen, auch in Bezug auf kritische Artikel in Studierendenzeitschriften.

<sup>247</sup> HAAC 975 B, o. Bl., Artikel „Notredaktion für TH-Prisma“, „Aachener Nachrichten“ vom 04.12.1959.

<sup>248</sup> Vgl. HAAC 233, o. Bl., Protokoll zur 9. ordentlichen Sitzung der 8. Studentenvertretung der RWTH am 09.12.1959.

<sup>249</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 87.

<sup>250</sup> Vgl. HAAC 1080, o. Bl., Sitzungsprotokoll des Senats der TH Aachen vom 11.12.1958.

<sup>251</sup> HAAC 1080, o. Bl., Sitzungsprotokoll des Senats der TH Aachen vom 11.12.1958.

<sup>252</sup> Ebd.

<sup>253</sup> Vgl. Ebd.

<sup>254</sup> Vgl. HAAC 975 B, o. Bl., Artikel „Araber wollten demonstrieren“, „Aachener Nachrichten“ vom 08.12.1959. Der Protest fand im Rahmen der sogenannten „Algerischen Woche“ statt, welche laut Artikel „in allen Ländern der Welt, wo Araber leben“ mit Ausnahme von Frankreich durchgeführt wurde. Vgl. außerdem zum Vergleich des Vorgehens französischer Soldaten in Algerien mit den Handlungen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg Gilcher-Holtey, Bewegung, S. 57.

Protestaktion wurde jedoch vom Aachener Polizeipräsidenten schon vor Beginn aufgrund verschiedener Vorkommnisse in Frankfurt, Köln und Bonn untersagt. Die Studierenden verzichteten daraufhin auf einen Marsch, blieben aber vor der Mensa mit erhobenen Transparenten stehen.<sup>255</sup> Zwar hatten die arabischen Studierenden schon zwei Wochen zuvor eine polizeiliche Erlaubnis beantragt, die Genehmigung jedoch nicht erhalten. Im Studierendenparlament wurde das Ereignis nur kurz besprochen und nüchtern mit der Information bedacht, dass der Rektor „sehr ungehalten“ über diese Vorgänge war.<sup>256</sup> Spix weiß zu berichten, dass die deutschen Studierenden – auch in Aachen – eigentlich fast immer für die Belange ihrer arabischen Kommilitonen Verständnis und Mitgefühl zeigten; eine Beteiligung an ihren politischen Protesten war jedoch bis Mitte der 1960er Jahre unüblich.<sup>257</sup> Er behauptet weiter, dass sich die Studierenden zu dieser Zeit in der Regel dann mit allgemeinpolitischen Themen wie dem Algerien-Krieg beschäftigten, wenn sie aus hochschulpolitischer Sicht betrachtet werden konnten, also beispielsweise Studierende betroffen waren. Diese Beobachtung würde auch auf den oben beschriebenen Protest bezüglich der Revolution in Ungarn zutreffen.<sup>258</sup>

Als Bundeskanzler Konrad Adenauer im April 1957 in aller Öffentlichkeit die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen als nächsten logischen Verteidigungsschritt in Betracht zog, protestierte eine Gruppe Naturwissenschaftler im sogenannten „Göttinger Appell“ massiv gegen diese Absicht.<sup>259</sup> Sie verursachten damit eine Kettenreaktion des Protests, die sich sowohl auf die Bevölkerung<sup>260</sup> als auch auf die Studierendenschaft der Bundesrepublik ausweitete.<sup>261</sup> Hunderttausende Menschen demonstrierten während des Höhepunkts der Protestbewegung im Jahr 1958 unter dem Motto „Kampf dem Atomtod“<sup>262</sup> gegen den Beschluss des Bundestages, der atomaren Bewaffnung im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft zuzustimmen<sup>263</sup>; unterstützt wurden sie dabei von vielen prominenten Persönlichkeiten.<sup>264</sup> Am 20. Mai 1958 demonstrierten tausende Studierende aus vierzehn Universitäten innerhalb der BRD ebenfalls gegen die

---

<sup>255</sup> Vgl. HAAC 975 B, o. Bl., Artikel „Araber wollten demonstrieren“, „Aachener Nachrichten“ vom 08.12.1959.

<sup>256</sup> Vgl. HAAC 233, o. Bl., Protokoll der 9. ordentlichen Sitzung der 8. Studentenvertretung der RWTH vom 09.12.1959.

<sup>257</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 407f. Vornehmlich im Aachener Prisma tauchten jedoch laut Spix an manchen Stellen Meinungen auf, die die menschenverachtende Vorgehensweise der Franzosen im Krieg bestritten. Für ein eher kritisches Frankreichbild im Prisma vgl. AP 6 (1958), Nr. 3, S. 22f.

<sup>258</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 402. Spix vermutet, dass diese Vorgehensweise Äußerungen zu allgemeinpolitischen Themen ermöglichte, obwohl diese damals seitens der Studierenden nicht gern gesehen waren.

<sup>259</sup> Vgl. Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte, S. 212f.

<sup>260</sup> Vgl. Ebd.

<sup>261</sup> Vgl. Jaraus, Deutsche Studenten, S. 222.

<sup>262</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 655.

<sup>263</sup> Vgl. Ebd., S. 381.

<sup>264</sup> Vgl. Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte, S. 213f.

atomare Bewaffnung, vermutlich die größte politische Regung der Studierendenschaft Westdeutschlands bis zu diesem Zeitpunkt.<sup>265</sup> Trotz der großen Teilnahme am Protest traten laut Spix zum ersten Mal verschiedene Positionen in Bezug auf den Ost-West-Konflikt innerhalb der Studierendenschaft auf, die dazu führten, dass sich der Ring Christlich-Demokratischer Studenten sowie die Korporationen distanziert zu den Protesten verhielten und teilweise sogar die Vorteile einer Atombewaffnung herausstellten.<sup>266</sup> Im Gegensatz zu den äußerlich aktiven Universitäten in Deutschland zeigen die Quellen keinerlei offensive Protestaktionen der Aachener Studierenden zu diesem Themenbereich, was möglicherweise mit den immer noch sehr präsenten Korporationen zusammenhing. Gänzlich untätig blieb die Studierendenschaft der TH Aachen dennoch nicht. Eine Reihe von Artikeln im Aachener Prisma zu der geplanten atomaren Bewaffnung lassen einen Schulterschluss mit den Gegnern der Atomkraft erkennen; ebenso kamen bekannte Persönlichkeiten – beispielsweise Eugen Kogon – in Form von Textausschnitten und Abdrucken zu Wort.<sup>267</sup> Nichtsdestotrotz ist es bezeichnend, dass eine wirklich öffentlichkeitswirksame Reaktion der Aachener zu diesem das Land bewegende Thema ausblieb.

Dieser schlaglichtartige Überblick über politische Aktivitäten der Aachener Studierendenschaft in den 1950er Jahren hat gezeigt, dass umfassende Politisierungsprozesse nicht stattgefunden haben. Zwar waren die Aachener Studierenden nicht völlig „still“, wie oftmals behauptet wurde<sup>268</sup>, die politische Aktivität blieb dennoch punktuell und konzentrierte sich maßgeblich auf verschiedenste Aspekte des geteilten Deutschlands und des Ost-West-Konflikts. Die maßgeblichen Impulse bei der politischen Betätigung kamen hierbei – wie erwartet – aus den ohnehin sichtbaren Teilen der Studierendenschaft, darunter die Redaktion des Aachener Prismas und die Studierendenvertretung. Die Verteidigung demokratischer Grundwerte nahm zumindest ab Mitte der 50er Jahre ebenfalls einen hohen Stellenwert bei den Studierenden ein;

---

<sup>265</sup> Vgl. Jaraus, Deutsche Studenten, S. 222. Vgl. außerdem Schenke, Student, S. 167.

<sup>266</sup> Vgl. Jaraus, Deutsche Studenten, S. 222, sowie Spix, Elfenbeinturm, S. 381f. Spix weiß außerdem zu berichten, dass an den anderen Universitäten in Westdeutschland insbesondere die linken studentischen Gruppierungen eine aktivere Rolle einnahmen und versuchten, die Studierenden und ihre Vertretungen zu einer gemeinsamen Stellungnahme gegen die Atombewaffnung zu bewegen, um ihren Forderungen eine höhere Legitimation zu geben. Damit gerieten sie jedoch in den Konflikt zu unabhängigen und konservativen Studierenden, die sich auf hochschulpolitische Themen konzentrieren wollten. Die „Unsicherheit über das allgemeinpolitische Mandat der Studierendenschaft“ verhinderte also zunächst eine Erstarkung der linken Hochschulgruppen und größere politische Aktionen, vgl. Ebd., S. 655-656.

<sup>267</sup> Vgl. hierzu beispielsweise AP 6 (1958), Nr.3, S. 16; AP 6 (1958), Nr. 4, S. 10f.; AP 6 (1958), Nr. 4, S. 22; AP 6 (1958), Nr. 4, S. 27, sowie AP 7 (1958), Nr. 1, S. 10f.

<sup>268</sup> Vgl. hierzu Spix, Elfenbeinturm, S. 76. Seiner Aussage, dass die „Ausschreitungen“ im Rahmen des Vortrages des späteren Verteidigungsministers Blank zur Wiederbewaffnung das „einzige nennenswerte politische Ereignis innerhalb der Aachener Studentenschaft im ersten Nachkriegsjahrzehnt“ darstellten, ist nach Ansicht des Autors nicht vollumfänglich zuzustimmen; hierbei kommt es aber selbstverständlich auf den Blickwinkel an. Im direkten Vergleich mit den Zuständen an der Freien Universität Berlin müssen die Aachener Politisierungsbemühungen stiefmütterlich gewirkt haben, vgl. bspw. Ebd., S. 106-109.

wie der Rücktritt der Prisma-Redaktion im Zuge der Hagemann-Affäre jedoch anschaulich dargestellt hat, scheint die gefühlte Übermacht der Hochschulleitungen und offizieller Stellen noch zu groß gewesen zu sein, als dass sich ernsthafte Gegenbewegungen hätten entwickeln können. Über allem stand darüber hinaus das große Prinzip des „akademischen Friedens“, dem sich die Studierenden möglicherweise auch aus einem bestimmten Standesbewusstsein heraus verpflichtet sahen.<sup>269</sup>

#### **4 Politische Aktivität der Aachener Studierendenschaft in den 1960er Jahren. Zwischen Spiegel-Affäre und „68“**

Von der verstärkten Politisierung der Gesamtstudierendenschaft in Westdeutschland und vielen anderen Ländern der Welt in den mittleren bis späten 1960er Jahren<sup>270</sup> und ihrem vorläufigen Höhepunkt im „zerrissene[n]“<sup>271</sup> Jahr 1968 wurde auch die Studierendenschaft der TH Aachen berührt. Mehrere wissenschaftliche Abhandlungen haben sich im Laufe der Jahre mit den Entwicklungen in Aachen beschäftigt; mit den bereits betrachteten Werken von Boris Spix<sup>272</sup> und Rüdiger Haude<sup>273</sup> liegen zu den Bedingungen respektive Folgen von „68“ schon ausführliche Untersuchungen aus verschiedenen historischen Blickpunkten vor. Ergänzt werden sie durch die Überblicksdarstellungen von Hans Siemons, Peter Dohms und Johann Paul<sup>274</sup>. Aus diesem Grund soll versucht werden, Politisierungsprozesse in der Studierendenschaft der TH Aachen der 1960er Jahre maßgeblich an Reaktionen auf einige ausgewählte, aus studentischer Sicht eventuell besonders relevante Geschehnisse nachzuvollziehen. Eine detailliertere Untersuchung dieser „vollen“ 1960er Jahre liegt auch mit Blick auf den angestrebten Umfang der Arbeit nicht im Bereich des Möglichen.

Während manche Studierendenschaften aus anderen Universitätsstädten sich bereits in ihren Parlamenten sowie der Öffentlichkeit mit allgemeinpolitischen Fragen beschäftigten und ihr

---

<sup>269</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 312-314. Der von Spix erwähnte Erhalt der guten Beziehungen zur Hochschulleitung wurde lange Zeit als äußerst wichtig betrachtet an der Aachener TH. Vgl. in diesem Zusammenhang außerdem Dohms, Peter, Studentenbewegung und nordrhein-westfälische Landespolitik in den 60er und 70er Jahren, in: GiW 12 (1997), S. 175–201, hier S. 181. Im Folgenden zitiert als: Dohms, Landespolitik. Dohms benutzt hier den Begriff der „Furcht des Herrn“ in Bezug auf das Verhalten der Aachener Studierendenschaft bis in den ersten Teil der 1960er Jahre.

<sup>270</sup> Vgl. unter anderem Frei, 1968, S. 9-75, für detaillierte Ausführungen zu den Entwicklungen in Frankreich und den USA. Insbesondere letztere bezeichnet er als „wichtigste[n] Vorläufer (...) der später weltweiten Protestbewegung“, vgl. Ebd., S. 31.

<sup>271</sup> Vgl. Kraushaar, Achtundsechzig, S. 56.

<sup>272</sup> Vgl. Anmerkung 7.

<sup>273</sup> Vgl. Anmerkung 8.

<sup>274</sup> Vgl. Siemons, Wilde; Dohms, Landespolitik, sowie Dohms & Paul, Studentenbewegung. Insbesondere Dohms & Paul haben eine anschauliche und leicht zugängliche Übersicht über die Ereignisse in den Jahren 1967-1969 erstellt, unterteilt nach hochschul- und allgemeinpolitischen Anlässen. Natürlich erheben auch die Arbeiten von Dohms, Paul und Siemons keinen Anspruch auf Vollständigkeit und konzentrieren sich im Hinblick auf verwendete Quellen maßgeblich auf Zeitungsartikel, was ihren Wert jedoch keinesfalls schmälert.

„politisches Mandat“ als gerechtfertigt ansahen<sup>275</sup>, war die Situation in Aachen zu Beginn der 1960er Jahre noch sehr viel undurchsichtiger. Wie bereits gezeigt werden konnte, beschäftigte sich die Aachener Studierendenschaft durchaus hin und wieder mit allgemeinpolitischen Fragen. Häufig blieb es dann aber doch bei mehr oder weniger kritischen Artikeln in der Studierendenzeitschrift. Im November 1962 – kurz nach der sogenannten „Spiegel-Affäre“, wohlgermerkt – machte der damalige 1. Vorsitzende des AStA, Peter Rix, in einem Interview mit dem Aachener Prisma darüber hinaus deutlich, dass das Studierendenparlament zwar zu politischen Ereignissen, „die die elementaren Menschenrechte berühren“<sup>276</sup>, Stellung nehmen sollte; tagespolitische Entwicklungen dürften jedoch nicht diskutiert werden. Dies begründete er mit dem Hinweis darauf, dass die Abgeordneten aus „menschlichen“ Gründen in das Studierendenparlament gewählt worden wären. Somit wären sie besonders fähig, sich beispielsweise zu Menschenrechtsverletzungen zu äußern, nicht jedoch zu politischen Themen.<sup>277</sup> Wie man einem Leserbrief einer späteren Ausgabe entnehmen kann, teilten aber längst nicht alle Studierenden die Ansichten des 1. Vorsitzenden. Ein Kommilitone ist der Meinung, dass sowohl das Interview als auch Peter Rix selbst höchst „langweilig“ gewesen wären; Rix hätte es außerdem glänzend geschafft, nirgendwo anzuecken. Nur mit besseren Fragen hätte man den 1. Vorsitzenden aus der Reserve locken können.<sup>278</sup>

Rix vertrat damit einen typisch konservativen Standpunkt in Bezug auf das politische Mandat der Studierendenschaft<sup>279</sup>, wie er bei Spix genauer beschrieben ist.<sup>280</sup> Zwar hatte aus Sicht der konservativen Gruppen jeder das Recht, sich in seiner Freizeit politisch zu betätigen. Die Gremien der Studierendenvertretungen wären jedoch nicht die richtige Bühne für politische Meinungsäußerungen, da diese laut Satzungen nicht zum Aufgabenbereich derselben gehörten.<sup>281</sup> Bei einer so großen Anzahl an Studierenden mit verschiedenen Ansichten könnte sich eine Studierendenvertretung in allgemeinpolitischen Belangen darüber hinaus nicht anmaßen, im Namen der gesamten Studierendenschaft zu sprechen. Sie würde damit gegen einen ihrer wichtigsten Grundsätze verstoßen.<sup>282</sup> Einige Konservative waren zwar der Ansicht,

---

<sup>275</sup> Vgl. beispielsweise Spix, Elfenbeinturm, S. 655. Schon im Rahmen der Diskussion um die Atombewaffnung Ende der 1950er Jahre hatten linke und rechte Gruppierungen im Bonner Studierendenparlament über das politische Mandat der Studierendenschaft diskutiert.

<sup>276</sup> AP 11 (1962), Nr. 1, S. 14-16, hier S. 16.

<sup>277</sup> Vgl. Ebd.

<sup>278</sup> Vgl. AP 11 (1963), Nr. 3, S. 27.

<sup>279</sup> Vgl. AP 10 (1962), Nr. 5, S. 11 für eine dem Standpunkt des VDS zum politischen Mandat der Studierenden positiv gegenüberstehende Meinung.

<sup>280</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 296.

<sup>281</sup> Vgl. Ebd.

<sup>282</sup> Vgl. für eine weitere studentische Meinung zu diesem Thema AP 11 (1962), Nr. 1, S. 4: Studierendenvertreter würden „den Gehalt ihres Mandates völlig [missverstehen], wenn sie öffentlich im Namen ihrer Wählerschaft zu Problemen Stellung nehmen, die primär nicht dem Rahmen der Hochschule entspringen. Ihre Aufgabe ist

dass die Ablehnung des allgemeinpolitischen Mandats außer Kraft gesetzt werden könne, wenn es um Stellungnahmen zu Menschenrechtsverletzungen seitens der Studierendenschaft ginge.<sup>283</sup> Generell würden starke politische Gruppen und damit einhergehende ausschweifende Diskussionen allgemeinpolitischer Themen in den Gremien der Studierendenschaft die Arbeitsqualität dieser aber deutlich senken.<sup>284</sup> Ein Beispiel für eine „Aufweichung“ der Ablehnung des politischen Mandats ist in einem Zeitungsartikel zu finden, der über einen offenen Brief seitens der Studierendenschaft der TH anlässlich der Verhaftung des Studierenden Dieter Koniecki in der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik im Jahre 1961 berichtet.<sup>285</sup> Koniecki war aufgrund von Spionagevorwürfen zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Die Studierenden sahen das Urteil als unrechtmäßig an und forderten die Freilassung Konieckis; andernfalls würden sie die Kontakte zu den Studierenden im Osten einstellen. Der Brief wurde interessanterweise im Namen aller Studierenden von den Vorsitzenden des Aachener AStA unterzeichnet.<sup>286</sup>

Im Juni 1962 hatte sich an der TH Aachen ein Verein gegründet, der sich die politische Bildung der Studierendenschaft im „zwischen- und überparteilichen Rahmen“<sup>287</sup> zur Aufgabe gemacht hatte. Im darauffolgenden Jahr war die Namenssuche abgeschlossen; er wurde als „forum – Verein zur Förderung der politischen Bildung der Studenten e.V.“ bekannt. Verantwortlich für die Gründung und Mitarbeit waren aber auch hier nicht die Studierendenvertreter, sondern die politischen Hochschulgruppen, bestehend aus CDH (Christlich-Demokratischer Hochschulring), HBK (Hans-Böckler-Kreis), LSD (Liberaler Studentenbund Deutschlands) und SHB (Sozialdemokratischer Hochschulbund).<sup>288</sup> Die politische Bildung wollte der Verein „forum“ durch Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen vorantreiben, zu denen ausdrücklich auch Studierende ohne parteipolitischen Hintergrund eingeladen waren.<sup>289</sup> Laut Spix waren solche Zusammenschlüsse von verschiedenen politischen Hochschulgruppen nicht selten an den Universitäten und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, oftmals pflegten die Gruppen auch guten, teilweise fast freundschaftlichen Kontakt zueinander. „Seit Anfang der 60er Jahre“, so Spix, „[dominierten] (...) überwiegend Konsens- statt Konfliktbeziehungen“<sup>290</sup>

---

vielmehr (...) die im eigentlichen „studentischen“ Interessen in Hochschul- und Kulturpolitik zu vertreten, d.h. sich mit Fragen wie der Hochschulreform, studentischen Vertretern im akademischen Senat, Studentenwohnheimen, Mensasubventionen etc. zu befassen – mehr nicht“.

<sup>283</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 299.

<sup>284</sup> Vgl. Ebd., S. 298.

<sup>285</sup> Vgl. HAAC 975 A, o. Bl., Artikel „Unter Vorwand verurteilt“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 14.07.1961.

<sup>286</sup> Vgl. Ebd.

<sup>287</sup> AP 11 (1963), Nr. 4, S. 35.

<sup>288</sup> Vgl. Ebd.

<sup>289</sup> Vgl. Ebd.

<sup>290</sup> Spix, Elfenbeinturm, S. 211.

zwischen den Hochschulgruppen. Dies sollte, besonders in Aachen, auch noch einige Jahre so bleiben.<sup>291</sup>

Die konservative Grundhaltung der Aachener Studierendenvertretung wurde sicherlich beeinflusst durch den auch in den früheren 1960er Jahren immer noch hohen Anteil an Korporationsstudierenden in den Gremien.<sup>292</sup> Ein weiteres Beispiel hierfür findet sich in einem Bericht des Aachener Prisma über den Antrag eines Studierenden auf der 1. Sitzung des 11. Aachener Studierendenparlaments am 14. Februar 1962.<sup>293</sup> Der Studierende wollte ein Verbot der Mensur vom Parlament beschließen lassen, da dabei immer wieder Kämpfer verletzt worden waren.<sup>294</sup> Sein Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, ein Abgeordneter des Parlaments machte den Versuch mit den Worten „Es käme auch vor, dass beide [Kämpfer] kneifen“ entsprechend lächerlich. Große Kritik seitens der Aachener Studierendenschaft wurde darüber hinaus an der Entlassung des 1. AStA-Vorsitzenden und der Auflösung des Studierendenparlaments der Freien Universität Berlin Anfang Februar 1963 geübt.<sup>295</sup> Der 1. Vorsitzende Diepgen war Mitglied einer schlagenden Verbindung und deshalb für die starken linken studentischen Gruppen an der FU als Vorsitzender untragbar. Während die für die Absetzung Diepgens Verantwortlichen insbesondere den in den schlagenden Verbindungen verbreiteten Totalitarismus und Konservatismus als Hauptgrund für ihr Handeln darstellten, versucht der kritikreiche Artikel in der Aachener Prisma die Ursache der Entfernung Diepgens aus seinen Ämtern damit zu erklären, dass der „Mensur-Aspekt“ für die Verantwortlichen von unverhältnismäßig großer Bedeutung war.<sup>296</sup> Darüber hinaus stellt sich der Autor des Artikels gegen den Vorwurf, schlagende Verbindungen hätten sich während des Dritten Reichs in nationalsozialistische Kameradschaften umwandeln lassen. Dies wäre „verhältnismäßig“ selten geschehen, viel eher hätten „zahlreiche schlagende Verbindungen in offener Frontstellung gegen das Hitlerregime“<sup>297</sup> gestanden.<sup>298</sup> Der einzige Unterschied zwischen schlagenden auf

---

<sup>291</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 213.

<sup>292</sup> Vgl. Ebd., S. 193. Ungefähr 25-40 % aller Aachener Studierenden waren in diesem Zeitraum noch Mitglied in einer Korporation.

<sup>293</sup> Vgl. AP 10 (1962), Nr. 4, S. 26. Schon ab 1958 war an der FU Berlin die Mitgliedschaft in einer politischen Hochschulgruppe für diejenigen Personen Pflicht, die beispielsweise den Posten des 1. Vorsitzenden im Studierendenausschuss anstreben, vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 269-271.

<sup>294</sup> Vgl. HAAC 975 A, o. Bl., Artikel „Antrag auf Mensur-Verbot“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 10.05.1962.

<sup>295</sup> Vgl. AP 11 (1963), Nr. 4, S. 6-7.

<sup>296</sup> Vgl. Ebd., S. 6.

<sup>297</sup> Ebd.

<sup>298</sup> Vgl. zu den „Überlebenskämpfen“ der Korporationen und Verbindungen während des Nationalsozialismus Jaraus, Deutsche Studenten, S.165-174. Bei den Konflikten zwischen den Korporationen und dem NSDStB standen anscheinend weniger ideologische Differenzen im Vordergrund; viel mehr ging es den Verbindungen um eine Abwendung der Gleichschaltung, die einer Auslöschung der korporativen studentischen Lebensweise gleichkam. Vgl. außerdem AP 10 (1962), Nr. 4, S. 25 für einen Leserbrief, der die immer wieder auftauchenden korporationskritischen Artikel im Prisma bemängelt.

der einen und nichtschlagenden sowie nichtkorporierten Studierenden auf der anderen Seite würde sich im fichten von Messuren zeigen. Das Verhalten der Studierenden an der FU Berlin würde einer „Meinungsdiktatur“ gleichkommen; der Zusatz „Freie“ im Namen der Berliner Universität wäre eine „Farce“<sup>299</sup>, die Freiheit würde anscheinend nur für manche Studierenden gelten. Die Kritik der Korporationsstudierenden am harschen Vorgehen der Berliner ist nachvollziehbar; nichtsdestotrotz drängt sich der Eindruck auf, dass dieser ein verzerrtes Selbstbild zugrunde liegt.<sup>300</sup>

#### **4.1 Der Mauerbau, „Europa“ und das Attentat auf Präsident Kennedy als Auslöser politischer Handlungen der TH-Studierendenschaft**

Der Baubeginn der Mauer am 13. August 1961 war ein schwerer Schock für die Bevölkerung in beiden deutschen Staaten, begrub er doch in den Augen Vieler auch die letzte Hoffnung auf eine Wiedervereinigung; für die Westmächte hingegen, so argumentieren viele Historiker heutzutage, war es ein Zeichen der Entspannung nach einer Phase aggressiver sowjetischer Territorialpolitik in Bezug auf West-Berlin.<sup>301</sup> Der Mauerbau galt besonders in den Augen der USA als Abweichung von dieser Form der sowjetischen Politik, als Versuch der Absicherung des schon „besetzten“ Gebietes und als Verzicht auf weitere Gebietsansprüche.<sup>302</sup> Da eine offene militärische Auseinandersetzung vermieden werden sollte und die Unabhängigkeit West-Berlins trotz des Mauerbaus gesichert war, griffen die Westmächte auch zunächst nicht in den Prozess ein.<sup>303</sup> Nach einer Aufforderung zur Hilfeleistung seitens des Berliner Bürgermeisters Willy Brandt an Kennedy reagierte dieser dennoch. Er beauftragte seinen Vizepräsidenten Lyndon B. Johnson, in Begleitung einer größeren Kampftruppe nach West-Berlin zu reisen. Dieses Signal der Stärke führte zu einer Eskalation, die schließlich zur berühmten „direkten“ Konfrontation amerikanischer und sowjetischer Panzer am Checkpoint Charlie führte.<sup>304</sup> Trotz der Konsequenzen, die die Teilung Berlins letztendlich auch auf die Arbeit der Studierendenvertretungen haben sollte<sup>305</sup>, und obwohl die Ost-West-Krise mit das wichtigste politische Thema in Hochschulkreisen war, kam es überraschenderweise nicht zu

---

<sup>299</sup> AP 11 (1963), Nr. 4, S. 7.

<sup>300</sup> Vgl. Jaraus, Deutsche Studenten, S. 220, der an dieser Stelle auf die zu der Zeit teilweise immer noch vorhandenen „völkisch-nationale[n] Anschauungen“ innerhalb der Korporationen hinweist. Vgl. außerdem für eine ausführliche Darstellung zum Streit um die schlagenden Korporationen Spix, Elfenbeinturm, S. 447-462.

<sup>301</sup> Vgl. Wolfrum, Demokratie, S. 195-197.

<sup>302</sup> Vgl. Thiemeyer, Geschichte der Bundesrepublik, S. 49.

<sup>303</sup> Vgl. Wolfrum, Demokratie, S. 197.

<sup>304</sup> Vgl. Ebd., S. 199.

<sup>305</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 281-283. Laut Spix wäre den bereits erwähnten „Referaten für Gesamtdeutsche Fragen“ an den Universitäten damit eine ihrer wichtigsten Aufgaben abhandengekommen – die Aufrechterhaltung der Kontakte nach Osten waren fast unmöglich geworden, es kamen keine Flüchtlingsstudierenden mehr, um die man sich hätte kümmern können.



großen, umfassenden Protestbewegungen der Studierenden. Dies lag unter anderem daran, dass der Mauerbau in den Semesterferien stattfand, die die meisten Studierenden zuhause verbrachten; es fehlte also einfach an Studierenden, die ihren Unmut hätten äußern können.<sup>306</sup> Auch in Aachen beschränkte sich die „direkte“ Reaktion, so scheint es, auf eine als „Themenheft“ anzusehende Ausgabe des Aachener Prisma, die, neben der angeblich exklusiven Veröffentlichung des Tagebuches eines Studierenden aus der Zone, auch einen kritischen „Nachruf“ zum Tode Dieter Wohlfahrts an den Grenzbefestigungen vorzuweisen hat.<sup>307</sup> Die relevante Auseinandersetzung mit der Reaktion der Öffentlichkeit auf das einschneidende Ereignis des Mauerfalls findet sich jedoch erst im hinteren Teil der Ausgabe unter dem Titel „Gedanken über Berlin“.<sup>308</sup> Der studentische Autor des Artikels bemängelt insbesondere die „Nicht-Reaktion“ der Studierenden und der Bevölkerung auf den Mauerbau. Diese Ruhe versucht er anschließend mit einem durch die Zeit des Nationalsozialismus hervorgerufenen „Rückzug“ der Menschen von der Politik zu erklären, welcher sich immer noch auf das Handeln dieser auswirken würde.<sup>309</sup> Trotz dieses Erklärungsversuches fordert der Autor seine Mitmenschen dazu auf, politische Aktivität nicht nur mit dem Gang zur Wahlurne gleichzusetzen. Er vermutet, dass große Protestkundgebungen den Mauerbau nicht hätten verhindern können, aber dennoch ein Zeichen der Stärke gewesen wären. Als positiv hervorzuheben sind die Schlussworte des Artikels, in denen der studentische Autor feststellt, dass „in einer Demokratie auch außerhalb der Wahlen jeder Einzelne mit beteiligt und mitverantwortlich [ist]“<sup>310</sup>. Inwiefern dieser Artikel die Köpfe der Kommilitonen erreicht hat, ist schwer zu sagen. Er scheint jedenfalls der einzig nennenswert aufwändige zu diesen Ereignissen zu sein.

Im Februar 1962 demonstrierten rund 300 Aachener Studierende für die Aufnahme Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft<sup>311</sup>, die kurz zuvor durch ein Veto des französischen Präsidenten Charles de Gaulle verhindert worden war.<sup>312</sup> Dieser verfolgte seine eigenen politischen Ziele, wollte die Bundesrepublik mit dem „Elysee-Vertrag“ wirtschaftlich und kulturell eng an Frankreich binden und den Einfluss der USA auf die anderen EWG-Mitgliedstaaten verringern.<sup>313</sup> Da Großbritannien in engem Kontakt mit den USA stand,

---

<sup>306</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 105.

<sup>307</sup> Vgl. AP 10 (1962), Nr. 2, S. 7, sowie S. 10-11. Das Heft erschien fast ein halbes Jahr nach den Ereignissen des 13. August.

<sup>308</sup> Vgl. Ebd., S. 24.

<sup>309</sup> Vgl. Ebd.

<sup>310</sup> Ebd.

<sup>311</sup> Vgl. HAAC 975 A, o. Bl., Artikel „Europäischen Einigungswillen wachhalten!“, „Aachener Nachrichten“ vom 05.02.1963.

<sup>312</sup> Vgl. Morsey, Bundesrepublik, S. 68.

<sup>313</sup> Vgl. Ebd. Vgl. außerdem Thiemeyer, Geschichte der Bundesrepublik, S. 47

war eine Aufnahme des Inselstaates für de Gaulle keine Option, obwohl über eine solche schon abschließend verhandelt worden war.<sup>314</sup> Die protestierenden Studierenden, deren Teilnahme am Protest sogar von manchen Professoren durch frühzeitige Beendigung der Lehrveranstaltungen sichergestellt wurde, wagten es jedoch nicht, offensiv politische Stellung zu beziehen. Sie stellten von Anfang an klar, dass man kein Land speziell beschuldigen würde – erst recht sollte der Protest „keine Spitze gegen de Gaulle sein“<sup>315</sup>, so einer der Veranstalter gegenüber den Medien, die in Form von Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehteams zugegen waren. Bei dieser Aussage drängt sich die Frage auf, inwiefern die Trennung der Ereignisse von der Person de Gaulles überhaupt möglich war. Offiziell stand für die Studierenden jedenfalls der „europäische Einigungsgedanke“ im Vordergrund, der ihrer Ansicht nach ohne die Aufnahme Großbritanniens in die EWG nicht realisiert werden könnte.<sup>316</sup> Ein Plakat mit der zweideutigen Aufschrift „Keine Mauern in Europa“, welches teilnehmende Studierende laut Zeitungsbericht mit sich trugen, hätte außerdem mit „ungeschminkter Deutlichkeit darauf hin[gewiesen], was die jungen Menschen von der jüngsten Entwicklung in Brüssel denken“<sup>317</sup>. Zumindest kann dieses Plakat als kleiner politischer Nadelstich in einer Protestveranstaltung gesehen werden, bei der die Studierenden sich wieder einmal sehr bemühten, niemandem „auf den Schlipps zu treten“.

Die nächste öffentliche, im weitesten Sinne politische Aktion der Aachener Studierenden ist – abgesehen von Protesten für die Verbesserung der Qualität des Mensa-Essens im Jahr 1960<sup>318</sup> oder Demonstrationen ausländischer Studierender gegen Missstände in ihren Heimatländern<sup>319</sup> – erst wieder bezüglich der Ermordung des US-amerikanischen Präsidenten Kennedy zu finden. Knapp 1500 Studierende versammelten sich am Abend des 25. Novembers 1963 vor dem Hauptgebäude, um an einem Schweigemarsch durch die Aachener Innenstadt teilzunehmen.<sup>320</sup> Sowohl Prof. Aschoff, der Rektor der Hochschule, als auch der 1. Vorsitzende des AStA, Peter Schultz, richteten Worte der Fassungslosigkeit und der Trauer an die vor dem Hauptgebäude versammelte Menge. In einem Brief bedankte sich der amerikanische Botschafter in Bonn,

---

<sup>314</sup> Vgl. Morsey, Bundesrepublik, S. 68f. Vgl. zu diesen Vorgängen außerdem Wolfrum, Demokratie, S. 203-206.

<sup>315</sup> HAAC 975 A, o. Bl., Artikel „Europäischen Einigungswillen wachhalten!“, „Aachener Nachrichten“ vom 05.02.1963.

<sup>316</sup> Vgl. Ebd.

<sup>317</sup> Ebd.

<sup>318</sup> Vgl. HAAC 975 B, o. Bl., Artikel „Studenten sind unzufrieden“, „Aachener Nachrichten“ vom 20.05.1960.

<sup>319</sup> Insbesondere die iranischen Studierenden waren in der ersten Hälfte des Jahres 1961 aktiv, Vgl. HAAC 975 A, o. Bl., Artikel „Protestmarsch durch die Innenstadt“, „Aachener Nachrichten“ vom 10.02.1961, sowie Ebd., o. Bl., Artikel „Iranische Studenten demonstrierten“, „Aachener Nachrichten“ vom 09.05.1961.

<sup>320</sup> Vgl. HAAC 10217, o. Bl., Artikel „Sternenbanner an der Spitze“, „Aachener Nachrichten“ vom 26.11.1963. Vgl. außerdem Ebd., o. Bl., Artikel „Schweigemarsch der Studenten“, „Aachener Volkszeitung“ vom 26.11.1963, sowie Spix, Elfenbeinturm, S. 389. Laut Spix waren die Schweigemärsche zum Tode Kennedys an vielen Universitäten und Hochschulen in Deutschland die bis dato größten.

George McGee, für die Anteilnahme der Aachener Studierendenschaft.<sup>321</sup> Die starke, auch emotionale Reaktion der Studierenden an der TH Aachen auf den Tod des US-Präsidenten hatte seinen Ursprung im guten Standing, welches Kennedy innerhalb großer Teile der Studierendenschaft in Deutschland hatte. Besonders die Entspannungspolitik Kennedys gegenüber den Sowjets hatte die Hoffnungen auf eine Annäherung der beiden politischen Blöcke genährt und stand somit im krassen Gegensatz zur Politik der Stärke der Bundesregierung.<sup>322</sup> Auch sein Einsatz für soziale Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung und die Förderung politischer Aktivität in der Gesellschaft war bei den Studierenden gut angekommen. Nur manche konservativen Kräfte hatten das Vorgehen Kennedys als Schwäche angesehen; in Aachen waren solche Stimmen jedoch nicht zu vernehmen.<sup>323</sup> Mit dem Tode Kennedys, das schien den Studierenden bewusst zu sein, waren andere Zeiten angebrochen.<sup>324</sup>

## **4.2 Die Reaktionen der Studierenden auf die „Spiegel-Affäre“ im Jahre 1962**

Im Oktober 1962 veröffentlichte das Magazin „Der Spiegel“ einen Artikel als Hauptstory seiner neuesten Ausgabe, der sich unter anderem mit der Verteidigungsstrategie der Bundesrepublik im Falle eines Angriffes der Sowjetunion mit Atomwaffen auseinandersetzte und die volle Einsatzfähigkeit der Bundeswehr im Verteidigungsfall anzweifelte. Hierzu besaß der Spiegel angeblich Insider-Informationen über die Ansichten des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, der im Gegensatz zur „Politik der Entspannung“ des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy einen vollen Vergeltungsschlag in Betracht zog, sollten die Sowjets den ersten Schritt wagen.<sup>325</sup> Es folgte ein in der Bundesrepublik noch nie dagewesener Eingriff staatlicher Stellen in die Pressefreiheit und damit in die demokratischen Grundrechte, als die Redaktionsräume des Magazins einige Wochen nach Veröffentlichung des Artikels von Polizisten wegen des angeblichen Verdachts der Weitergabe vertraulicher militärischer Informationen durchsucht wurden. Die Bundesanwaltschaft sowie Bundeskanzler Adenauer

---

<sup>321</sup> Vgl. HAAC 10217, o. Bl., Artikel „Sternenbanner an der Spitze“, „Aachener Nachrichten“ vom 26.11.1963.

<sup>322</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 394f.

<sup>323</sup> Vgl. Ebd. Vgl. außerdem den Bericht über den „March on Washington“ im Aachener Prisma unter dem zeitgemäßen, aus heutiger Sicht jedoch fragwürdigen Titel „Neger und andere Menschen“, AP 12 (1964), Nr. 2, S. 12f.

<sup>324</sup> Vgl. Ebd., S: 12: „Durch den Mord an Präsident Kennedy sind die Ansätze einer Lösung dieser Frage [der sozialen Gleichberechtigung der schwarzen Bevölkerung] (...) vernichtet worden“. Vgl. darüber hinaus Spix, Elfenbeinturm, S. 396. In den kommenden zwei Jahren wandelte sich laut Spix das Bild der amerikanischen Außenpolitik in der deutschen Studierendenschaft zum Schlechteren. Nicht mehr die Sowjetpolitik, sondern das quasi-imperialistische Vorgehen der USA in Entwicklungsländern rückte in den Vordergrund der studentischen Kritik.

<sup>325</sup> Vgl. Wolfrum, Demokratie, S. 210, sowie Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte, S. 216.

sprachen von Landesverrat; es gab eine Reihe von Verhaftungen, von denen unter anderem auch der Herausgeber des Spiegels, Rudolf Augstein, betroffen war.<sup>326</sup> Erst nach mehreren Wochen wurde der Redaktion die Rückkehr in ihre Räumlichkeiten ermöglicht, ihre Arbeit durch zensurähnliche Vorschriften behindert.<sup>327</sup> Diese undemokratische Vorgehensweise sollte der Bundesregierung und insbesondere dem Verteidigungsminister jedoch zum Verhängnis werden. Nach und nach kam die Illegalität der getroffenen Entscheidungen zum Vorschein; CSU-Minister Strauß hatte darüber hinaus im Bundestag nicht der Wahrheit entsprechende Aussagen zum Vorfall getätigt.<sup>328</sup> Den Rückzug von seinen Ämtern zog er jedoch erst nach Protesten der Minister der FDP und aus Reihen seiner eigenen Partei in Betracht.<sup>329</sup> Die Spiegel-Affäre wurde in manchen Kreisen auch als persönliche Vendetta des Ministers gegen das Magazin gesehen, da es immer wieder kritische Berichte über ihn veröffentlicht hatte.<sup>330</sup> Letztendlich führte das quasi-autoritäre Vorgehen der Regierung zu einer Welle der Entrüstung in der Bevölkerung, die teilweise als erster großer Meilenstein hin zur Gestalt der Protestbewegung der späten 1960er Jahre gesehen wird.<sup>331</sup>

Auch die Studierendenschaft im Westen der Bundesrepublik war von den Machenschaften erschüttert, in Bonn protestierten die Studierenden gegen den Verteidigungsminister direkt vor „seinem“ Ministerium.<sup>332</sup> Die erhöhte Protestbereitschaft der Bonner erklärt Spix unter anderem mit dem Vorhandensein symbolträchtiger Orte in der Stadt, in diesem Fall das Verteidigungsministerium.<sup>333</sup> Ein solcher Ort fehlte den Aachener Studierenden anscheinend, denn von Demonstrationen und Protesten im Zuge der Affäre wird von den Quellen nichts berichtet. Allein das Prisma tat sich wieder einmal zumindest etwas hervor und versuchte sich an der Rettung der „Ehre“ der Studierendenschaft, die als träge und unpolitisch galt. In der Novemberausgabe des Jahres 1962 veröffentlichte die Redaktion einen Artikel aus der Feder des Studierenden Karl Woitzik mit dem Titel „Die leidige Staatsaffäre“.<sup>334</sup> Leider ist aufgrund des wirren und unstrukturierten Aufbaus des Artikels nicht herauszulesen, ob die Studierendenschaft sich mit der Spiegel-Redaktion solidarisierte oder die Vorwürfe des Landesverrats seitens der Regierung stützte. Große Teile des Artikels sind aus zitierten Pressemitteilungen der Bundesanwaltschaft ohne ausreichende Kontextualisierung

---

<sup>326</sup> Vgl. Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte, S. 216.

<sup>327</sup> Vgl. hierzu Wolfrum, Demokratie, S. 210. Die Redaktion des Spiegel musste der Bundesanwaltschaft vor der Veröffentlichung die Inhalte ihrer nächsten Ausgaben zur Kontrolle vorlegen.

<sup>328</sup> Vgl. Ebd.

<sup>329</sup> Vgl. Ebd., S. 210f., sowie Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte, S. 216f.

<sup>330</sup> Vgl. Wolfrum, Demokratie, S. 211.

<sup>331</sup> Vgl. Ebd.

<sup>332</sup> Vgl. HAAC 975 A, o. Bl., Artikel „Bonner Professoren greifen Adenauer an“, „Die Welt“ vom 21./22.11.1962.

<sup>333</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 114.

<sup>334</sup> Vgl. AP 11 (1962), Nr. 1, S. 6-7.

zusammengesetzt; eine klare Stellungnahme zum Sachverhalt fehlt ebenfalls.<sup>335</sup> Dieser Eindruck wird bestätigt durch den Leserbrief eines „unentwickelten Kommilitonen“<sup>336</sup>, den das Prisma in einer späteren Ausgabe veröffentlichte. Neben anderen Kommentaren, die den Artikel als „ausgezeichnete[n] Beitrag zur Spiegelaffäre“<sup>337</sup> bezeichneten, der „eine Bresche für die Pressefreiheit geschlagen“<sup>338</sup> hätte, kritisierte der Leserbrief des ausländischen Mitstudenten die unklare Haltung des Autors zu der Affäre.<sup>339</sup> Der Artikel wäre aus nicht nachvollziehbaren Gründen oberflächlich gehalten, obwohl er über einen schweren Angriff auf die demokratischen Grundrechte berichten wollte. Sogar unter seinen „Landsmännern“ hätte es zu diesem eigentlich deutschen Problem viel mehr Diskussionen gegeben als in der deutschen Studierendenschaft. Zwar komme er aus einem angeblich „unentwickelten Land“, sähe aber dennoch, dass die deutsche Demokratie „Entwicklungshilfe“ seinerseits gut gebrauchen könne.<sup>340</sup> Da das Prisma „zwei bis dreimal pro Semester“ wirklich gute Artikel veröffentlichen würde, sei es umso ärgerlicher, dass es in diesem Fall so fahrlässig mit einer großen Chance umgegangen wäre.<sup>341</sup>

Die Juliausgabe des Aachener Prismas aus dem Jahre 1963 wartete dann mit einem Artikel auf, der deutlichere Worte gegenüber dem „Hauptschuldigen“ der Spiegel-Affäre, Franz Josef Strauß, fand.<sup>342</sup> Strauß würde nichts unversucht lassen, um Gesprächsthema zu bleiben, bringe sich mit seinen Äußerungen jedoch selbst immer wieder zu Fall. Seine Aussage, der „SPIEGEL sei die Gestapo der Bundesrepublik“<sup>343</sup>, wäre insbesondere für die jüdischen Mitbürger ein unzumutbarer Vergleich. Dementsprechend war sein Rücktritt absolut überfällig und alle, die ihn gefordert hatten, waren im Recht. Im weiteren Verlauf des Beitrages werden verschiedene wissenschaftliche Veröffentlichungen zur Person Strauß erwähnt, an denen die Redaktion jedoch ebenfalls kein gutes Haar lässt.<sup>344</sup> Strauß wäre einer der „meistuntersuchten“ Politiker Deutschlands, fast alle Studien würden ihn klassifizieren als ehrgeizigen Opportunisten. Dementsprechend war es nur logische Konsequenz, dass er zu einem „Prüfstein der deutschen

---

<sup>335</sup> Vgl. AP 11 (1962), Nr. 1, S. 6-7.

<sup>336</sup> AP 11 (1963), Nr. 3, S. 27. So bezeichnete sich der Studierende selbst, da er aus Sicht seiner deutschen Kommilitonen aus einem „unentwickeltem Land“ kam. Der Name des Verfassers lässt auf einen griechischen Hintergrund schließen.

<sup>337</sup> Ebd.

<sup>338</sup> Ebd. Anscheinend hatte die Redaktion darüber hinaus dem Artikel eine Ausgabe der Frankfurter Rundschau beigelegt, die sich mit der Spiegel-Affäre beschäftigte; dies kritisierten manche Stimmen als „Übernahme eines Meinungsmonopols“, andere deuteten es als gerechtfertigte und klare Unterstützung des Spiegels.

<sup>339</sup> Vgl. Ebd.

<sup>340</sup> Vgl. Ebd.

<sup>341</sup> Vgl. Ebd. Der Studierende spricht hier sogar von „Versagen“.

<sup>342</sup> Vgl. AP 11 (1963), Nr. 5, S. 6.

<sup>343</sup> Ebd.

<sup>344</sup> Vgl. Ebd.

Demokratie“<sup>345</sup> wurde. Trotz der deutlichen Kritik an der Person Strauß und dem Schulterchluss mit der deutschen Presse im Prisma blieb ein wirklich „öffentlicher“ Protest der Studierendenschaft aus, vermutlich aufgrund der klar ablehnenden Haltung zum politischen Mandat der Studierendenschaft. Im weiteren Verlaufe des Jahrzehnts sollte sich dies jedoch radikal ändern.

### 4.3 Die Aachener Studierendenschaft im Kontext von „68“

„1968 polarisiert nicht nur, es ist auch ein Puzzle, dessen Fragmente sich im Nachhinein nur noch schwer zu einem kohärenten Bild zusammenfügen lassen, es ist eine Art Kaleidoskop, dessen Bildelemente sich immer wieder verschieben und neue Eindrücke vermitteln.“<sup>346</sup>

Viele Zeitzeugen und Wissenschaftler haben in den Jahren und Jahrzehnten nach der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre versucht, dieser einen passenden Namen zu geben, ihre Ursachen hervorzustellen oder ihren tatsächlichen Stellenwert zu beschreiben.<sup>347</sup> Auf einige Erklärungsmuster für die Entstehung der Bewegung konnte sich die Forschung jedoch einigen. Der Wandel des Bildes der USA als westliche Schutzmacht hin zum imperialistischen Aggressor durch den offiziell antikommunistischen Krieg in Vietnam<sup>348</sup>, aber auch innerdeutsche Zustände wie beispielsweise die mangelhafte Bereitschaft der älteren Generation, sich mit ihrer Vergangenheit im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen, oder die Verhandlungen über die Notstandsgesetze ließen die Jugend an der westlichen Weltordnung zweifeln.<sup>349</sup> Während in West-Berlin insbesondere die Studierenden der Freien Universität, die bereits deutlich länger als die Studierendenschaften im Westen Deutschlands politisch links anzusiedeln waren, schon spätestens 1966 offensivere Protestaktionen durchführten<sup>350</sup>, gab laut einhelliger Meinung erst der gewaltsame Tod Benno Ohnesorgs im Rahmen der Demonstrationen gegen den Schah-Besuch in Berlin am 2. Juni 1967 den nötigen Anstoß für

---

<sup>345</sup> AP 11 (1963), Nr. 5, S. 6.

<sup>346</sup> Kraushaar, Achtundsechzig, S. 49.

<sup>347</sup> Vgl. Ebd., S. 50-53.

<sup>348</sup> Vgl. Ebd., S. 77.

<sup>349</sup> Vgl. Ebd., S. 66. Der Stellenwert der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Einfluss dieses Themas auf die Politisierung der Studierendenschaft ist jedoch umstritten, vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 430-433. Vgl. außerdem zum Wandel der Einstellung gegenüber den USA Ebd., S. 396-399. Die anfänglichen Proteste gegen den Vietnamkrieg waren jedoch aus Angst vor Konsequenzen gegen studentische Gruppen noch sehr zurückhaltend. Die USA galt schon lange Zeit als Schutzmacht des Westens, diese Beziehung wollten weite Teile der Studierendenschaft nicht belasten. Erst im Laufe des Jahres 1966 wurde die Kritik deutlicher. Vgl. zu den Notstandsgesetzen Wolfrum, Demokratie, S. 236f., Kraushaar, Achtundsechzig, S. 163-175, sowie Schmidtke, Michael, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003, S. 126-142. Im Folgenden zitiert als: Schmidtke, Intelligenz.

<sup>350</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 398f.

eine breitflächige politische Aktivierung der Studierendenschaft in Restdeutschland.<sup>351</sup> Protestaktionen der Aachener Studierenden waren jedoch auch in den Jahren davor vereinzelt sichtbar, beispielsweise bezüglich des „Bildungsnotstandes“ oder des Vietnamkrieges. „Radikale“ Ausprägungen hatten diese zwar nicht aufzuweisen, es ließ sich jedoch eine größere Anzahl an Studierenden mobilisieren.<sup>352</sup> An den Demonstrationen zum Bildungsnotstand an vielen Universitäten und Hochschulen in NRW nahmen tausende Studierende teil, so auch in Aachen.<sup>353</sup> Das Aachener Prisma veröffentlichte zusätzlich ein fünfseitiges „Special“ zur vom VDS geplanten „Aktion 1. Juli“, in welchem die Hintergründe näher erläutert werden.<sup>354</sup> Neben Abdrucken aus der Erklärung des VDS und der „Deutschen Universitätszeitung“ werden die Planungen von der Redaktion kontextualisiert; ebenso betonen die Redakteure die Tragweite und Besonderheit dieser landesübergreifenden Protestaktion.<sup>355</sup> Ursache für den „Aufruhr“ wären unter anderem die Verteilung von 40 D-Mark an jeden Schüler einer weiterführenden Schule zwecks Ausbildungsförderung „ohne Rücksicht auf deren Bedürftigkeit“<sup>356</sup> und die damit in den Augen der Studierendenschaft verschwendeten Bildungsgelder sowie der vermeintlich geringe Stellenwert der Bildungspolitik in Deutschland.<sup>357</sup> Ein interessanter Wandel in Bezug auf das politische Mandat der Studierenden und der Selbstsicht der Aachener Studierendenschaft wird in dem Artikel ebenfalls deutlich. Obwohl im Vorhinein Zweifel angemeldet worden waren, ob die Studierendenschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts

---

<sup>351</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 311, sowie S. 673. „Der 2. Juni übernahm damit für weite Teile der Studierenden an Rhein und Ruhr die Funktion eines ‚Kritischen Ereignisses‘, da sich erst nach dem Tode Ohnesorgs das in verschiedenen Bereichen und bei kleineren Gruppen parziell [sic] vorhandene latente Unbehagen öffentlich manifestierte, synchronisierte, auf bisher unberührte Kommilitonen übersprang und sich von der Einzelfall-zur Gesellschaftskritik transformierte“, so Spix. Vgl. außerdem Kraushaar, Achtundsechzig, S. 66; Mies, Selbstverwaltung, S. 73; Jarausch, Deutsche Studenten, S. 226 und Haude, Dynamiken, S. 74. Haude bestätigt ebenfalls, dass „vor diesem Datum (...) radikaler studentischer Protest nahezu vollständig auf Westberlin beschränkt“ war. Vgl. darüber hinaus das „Special“ im Aachener Prisma zum Tode Ohnesorgs: AP 15 (1967), Nr. 3, S. 6-9.

<sup>352</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 331. Die Demonstrationen verliefen, wie Tageszeitungen berichteten, noch in sehr geregelten Bahnen, selbst an der schon deutlich stärker politisierten Universität Bonn. Dies lag laut Spix unter anderem daran, dass Demonstrationen eine noch „ungewohnte Aktionsform“ waren; außerdem fehlte an den Hochschulen in NRW mit Ausnahme von Bonn ein antiautoritärer SDS, der üblicherweise für offensivere Aktionen verantwortlich war, vgl. Ebd., S. 335. Vgl. zur Gestalt des SDS allgemein Schmidtke, Michael, Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS). 1960-1970, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt am Main 2008. Im Folgenden zitiert als: Schmidtke, Studentenbund.

<sup>353</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 331.

<sup>354</sup> Vgl. AP 13 (1965), Nr. 4, S. 8-13.

<sup>355</sup> Vgl. Ebd. „In der Geschichte der deutschen Studentenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es keine Parallele für eine gleichartige Aktion, wie sie auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Mainz beschlossen worden ist. (...) Mitten hinein in diesen Zustand der Ruhe und Beharrung [der Studentenschaft] nun der Beschluß, am 1. Juli in allen westdeutschen Hochschulstädten Kundgebungen und Demonstrationen zu veranstalten. (...) Ursache ist in erster Linie ein zunehmendes Unbehagen bei vielen politisch interessierten Studenten, [sic] über die Art und Weise, wie in diesem Lande die Bildungsfragen behandelt werden“, Ebd., S. 8-9.

<sup>356</sup> Ebd., S. 8.

<sup>357</sup> Vgl. Ebd., S. 9.

zu solch einer „über den Bereich der Hochschule hinausgehenden Aktion legitimiert“<sup>358</sup> seien, unterstreicht der verantwortliche Redakteur explizit, dass „eine politisch wache Studentenschaft, die über die rein studentischen Belange und Forderungen hinausschaut, (...) im Interesse der demokratischen Gesellschaft [liegt]“<sup>359</sup>. Bildungsfragen könnten nicht losgelöst von der Hochschulpolitik und von „Gesamtentwicklungen in der Gesellschaft“<sup>360</sup> betrachtet werden.

1965 kam es insbesondere in den Vereinigten Staaten bereits zu Protesten gegen das Vorgehen in Vietnam, nachdem die militärische Führung der USA im Frühjahr desselben Jahres in die Offensive gegangen war und den Krieg nicht mehr im Verdeckten führte. Am 17. April 1965 hatten sich auf „Einladung“ der SDS (Students for a Democratic Society) schon 20.000 Menschen zum Protest gegen den Krieg zusammengefunden.<sup>361</sup> Auch die deutschen Studierenden solidarisierten sich bald mit der Anti-Kriegsbewegung. Am 5. Februar 1966 lief eine Vietnamdemonstration in West-Berlin „aus dem Ruder“; diese Eskalation sollte jedoch noch von fast allen studentischen Organisationen außer dem antiautoritären Teil des deutschen SDS abgelehnt werden.<sup>362</sup> Ab dem Frühjahr 1966 verlagerte sich der Protest von maßgeblich informativen Vorgehensweisen hin zu öffentlichen Demonstrationen.<sup>363</sup> Die Teilnahme an Kundgebungen zum Vietnamkrieg war in NRW nicht besonders hoch, was in Aachen wohl auch am Fehlen einer SDS-Gruppe vor Ort lag, die sich für diese Angelegenheit eventuell deutlicher eingesetzt hätte.<sup>364</sup> Auch die Studierendenvertretung, so Spix, unterstützte entsprechende Aktionen nicht.<sup>365</sup> Dennoch informierte das Aachener Prisma ab Anfang des Jahres 1966 über Vietnam. Zunächst veröffentlicht die Redaktion kommentarlos die von vielen

---

<sup>358</sup> AP 13 (1965), Nr. 4, S. 9.

<sup>359</sup> Ebd.

<sup>360</sup> Ebd.

<sup>361</sup> Vgl. Frei, 1968, S. 49. Vgl. außerdem Gilcher-Holtey, *Bewegung*, S. 35f. Vgl. für eine Übersicht der „Globalisierung des Protests“ Frei, 1968, S. 48-57.

<sup>362</sup> Vgl. Spix, *Elfenbeinturm*, S. 399. Vgl. außerdem Gilcher-Holtey, *Bewegung*, S. 37-40. Gilcher-Holtey berichtet, dass sich der West-Berliner SDS schon seit Anfang 1965 theoretisch mit Vietnam beschäftigt hatte. Eine kleine Splittergruppe des Berliner SDS, der unter anderem Rudi Dutschke angehörte, hatte schon einen Tag vor dem Protest am 5. Februar mit an Hauswänden angebrachten provokativen Plakaten die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Den Berliner Landesverband des SDS hatten sie über die Aktion nicht informiert; „doch ihre Strategie, provokative Aktionen ohne (...) Absprache mit anderen Studentengruppen durchzuführen, macht[e] Schule“. Eine kleine Gruppe von Studierenden zog nach der eigentlichen Demonstration weiter zum Amerika-Haus und holte dort die amerikanische Flagge vom Fahnenmast.

<sup>363</sup> Vgl. Spix, *Elfenbeinturm*, S. 425.

<sup>364</sup> Die Aachener SDS-Ortsgruppe hatte sich erst im November 1967 gegründet, vgl. Dohms & Paul, *Studentenbewegung*, S. 99. Vgl. außerdem Siemons, *Wilde*, S. 32, der die Zunahme der studentischen Proteste ab dem Ende des Jahres 1967 der Gründung des SDS zuschreibt. Vgl. darüber hinaus HAAC 12013 A, o. Bl., Offener Brief an den Kommissarischen Bundesvorstand des SDS vom 29.10.1968, in welchem die Aachener SDS-Gruppe nur ein knappes Jahr später von eigener Seite schon deutlich kritisiert wird. Ihre Aktionen wären „einfallslos, billig und bestenfalls drittklassig“, sie würden sich auf das „dilettantische[n] Nachahmen und Kopieren von Gags“ beschränken und die Reform der Hochschule nicht weiterbringen.

<sup>365</sup> Vgl. Spix, *Elfenbeinturm*, S. 424f.



Schriftstellern sowie Professoren und Assistenten unterschriebene „Erklärung über den Krieg in Vietnam“<sup>366</sup>; in der darauffolgenden Ausgabe nimmt ein studentischer Redakteur Stellung zur Berichterstattung der Zeitung „Die Welt“ bezüglich der Eskalation des Protests in Berlin am 5. Februar 1966.<sup>367</sup> In diesem kritisiert er besonders die von offizieller Seite – auch von Bundeskanzler Erhard – tradierte Aussage, dass die Bevölkerung geschlossen hinter der „Vietnam-Politik“ stehen würde, abgesehen von ein paar „Linksintellektuellen“<sup>368</sup>. Zwar hält der Autor die Ausschreitungen nach der eigentlichen Demonstration ebenfalls für kritikwürdig, bemängelt jedoch die zwischen diesem offensiven Verhalten und der eigentlich friedlichen Demonstration zuvor hergestellte Verbindung, die der Autor der „Welt“ in seinem Artikel angedeutet hatte.<sup>369</sup> Die Opposition gegen die „Springer-Presse“ sollte im weiteren Verlauf der Studentenbewegung, teilweise auch innerhalb der Studierendenschaft der TH Aachen, eine prominente Rolle einnehmen.<sup>370</sup> Anti-Vietnam-Proteste und andere Veranstaltungsformen zum Themenbereich sollten noch bis in das Jahr 1969 relativ regelmäßige Vorkommnisse sein. Beispielsweise diskutierten die Aachener Studierenden im Juli 1967 mit dem damaligen Chefredakteur der Neuen Ruhr/Rhein Zeitung, Jens Feddersen, der über die Kampfgebiete des Landes geflogen war, über die politische Situation im Land.<sup>371</sup> Die Stimmung im Audimax wäre dabei „durchweg Vietcong-freundlich“<sup>372</sup> gewesen, der Versammlungsleiter Jürgen Willms, Vorsitzender des SHB in Aachen, zog eine positive Bilanz und lobte die „sachliche und nützliche Information“<sup>373</sup>. Im Dezember 1969 kam es noch einmal zu einer größeren Demonstration gegen den Vietnam-Krieg, die sich quer durch Aachen bewegte und von „roten Fahnen und den Emblemen des Vietkong“<sup>374</sup> angeführt wurde. Der Protest der knapp 1000

---

<sup>366</sup> Vgl. AP 14 (1966), Nr. 2, S. 10. Vgl. außerdem Gilcher-Holtey, Bewegung, S. 37.

<sup>367</sup> Vgl. AP 14 (1966), Nr. 3, S. 5.

<sup>368</sup> Ebd.

<sup>369</sup> Vgl. Ebd.

<sup>370</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 543. Auch wenn Spix klarstellt, dass die Konflikte mit der Springer-Presse hauptsächlich ein „Berliner Phänomen“ waren, positionierte sich das Aachener Prisma doch auch hin und wieder klar gegen die Veröffentlichungen des Konzerns sowie die Leserschaft der BILD. Vgl. hierzu beispielsweise AP 16 (1968), Nr. 2, S. 5; Ebd., S. 11; Ebd., S. 17. Vgl. außerdem Dohms & Paul, Studentenbewegung, S. 104. Die springerfeindliche Stimmung kam besonders nach dem Attentat auf Rudi Dutschke auf und äußerte sich in Aufrufen zum Boykott der Zeitungen und Verhinderung ihrer Auslieferung. Vgl. hierzu auch HAAC 12013 B, o. Bl., Resolution des Aachener SDS zum Thema „Pressekonzentration und Meinungsmanipulation“ vom 17.04.1968, „Wir erklären, daß es keine Ruhe geben kann, bis geeignete Maßnahmen zur Enteignung des Springerkonzerns eingeleitet sind“. Vgl. zu verschiedenen Protestaktionen Siemons, Wilde, S. 41f.

<sup>371</sup> Vgl. HAAC 13836 B, o. Bl., Artikel „Studenten diskutierten mit NRZ-Chefredakteur“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 21.07.1967.

<sup>372</sup> Ebd. Die Zuhörerschaft hätte sich maßgeblich aus Mitgliedern von SHB und SDS zusammengesetzt.

<sup>373</sup> Ebd.

<sup>374</sup> HAAC 13836 A, Artikel „Demonstration unter roten Fahnen“, „Aachener Volkszeitung“ vom 15.12.1969. Vgl. außerdem zu den Ereignissen Siemons, Wilde, S. 74f. Siemons bezeichnet diese als „letzte Großdemonstration der rebellischen Jugend in Aachen“.

Teilnehmer verlief, abgesehen von Straßenblockaden und einer kurzen Konfrontation mit einer Polizeikette, größtenteils friedlich. In der darauffolgenden Nacht wurden jedoch die Schaufenster des Verlagshauses der Aachener Volkszeitung mit Steinen eingeworfen – die Demonstranten hatten während des Zuges durch die Stadt einen längeren Halt vor dem Verlagshaus gemacht, Parolen gerufen und Zeitungen verbrannt. Dementsprechend wurden von Zeitung und Polizei direkt Verbindungen zwischen beiden Ereignissen geknüpft, einige Verdächtige wurden festgenommen.<sup>375</sup>

Noch vor seinem Besuch in Berlin, im Rahmen dessen Benno Ohnesorg ums Leben kam, war der Persische Schah am 29. Mai 1967 auch in Aachen zu Gast. Zwei Tage vor seinem Aufenthalt in der Kaiserstadt hatten einige Studierende eine friedliche Protestaktion in der Stadt durchgeführt, an der wohl niemand etwas zu beanstanden hatte.<sup>376</sup> Nur die ungewöhnlich hohen Sicherheitsvorkehrungen der Polizei am Tag des Schah-Besuchs selbst stießen auf Verwunderung und Ablehnung<sup>377</sup>; laut des damaligen NRW-Innenministers Weyer waren diese jedoch notwendig, da sich angeblich eine große Anzahl regierungskritischer iranischer Landsleute auf den Weg nach Aachen gemacht hatte.<sup>378</sup> Die Demonstration am 29. Mai wurde größtenteils von ausländischen Kommilitonen durchgeführt, lief jedoch ebenfalls ohne größere Zwischenfälle ab.<sup>379</sup> Auch in anderen Städten in NRW kam es zu Protesten; durch die große persische „Community“ an den Universitäten und Hochschulen im Bundesland waren die deutschen Studierenden schon früh mit den Problemen dieser Gruppe in Kontakt gekommen, weshalb der Einsatz gegen den Besuch des Schahs nicht verwunderlich war.<sup>380</sup>

Insbesondere die schon erwähnten Notstandsgesetze und damit einhergehend die Diskussion um die Politik der Großen Koalition<sup>381</sup> führten im Laufe der Jahre 1966-1968 zu innerhochschulischen Protesten. „Keine Kampagne hat einen größeren Stellenwert eingenommen als die gegen die Notstandsgesetzgebung“<sup>382</sup>, so Wolfgang Kraushaar; außerdem

---

<sup>375</sup> Vgl. HAAC 13836 A, Artikel „Demonstration unter roten Fahnen“, „Aachener Volkszeitung“ vom 15.12.1969. Diese wurden später aber wieder auf freien Fuß gesetzt, vgl. Siemons, Wilde, S. 75.

<sup>376</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 75. Vgl. außerdem Spix, Elfenbeinturm, S. 672f. Der SHB hatte wohl zum Protest „gegen die Unterdrückung und Ausbeutung des persischen Volkes“ aufgerufen, ein paar hundert Studierende nahmen teil.

<sup>377</sup> Vgl. Dohms & Paul, Studentenbewegung, S. 103.

<sup>378</sup> Vgl. Siemons, Wilde, S. 29.

<sup>379</sup> Vgl. Ebd., S. 31.

<sup>380</sup> Vgl. Spix, Elfenbeinturm, S. 428f. Die Bevölkerung und insbesondere die Studierenden hatten unter der Herrschaft des Schahs sehr zu leiden; der Besuch in der BRD galt als „offizielle Billigung der persischen Verhältnisse“ und war deshalb untragbar.

<sup>381</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 79: „Durch sie [die Große Koalition] wurde eine vorher mögliche Hoffnung, die von den CDU-geführten Bundesregierungen betriebene Restauration mit Hilfe der SPD überwinden zu können, zunichte. Es entstand (...) der Eindruck, eine parlamentarische Opposition sei quasi nicht mehr vorhanden“.

<sup>382</sup> Kraushaar, Achtundsechzig, S. 163. Vgl. außerdem Haude, Dynamiken, S. 79.

hätten die Politiker eine so scharfe Reaktion aus der Bevölkerung nicht erwartet.<sup>383</sup> Die Notstandsgesetze waren für innenpolitische Ausnahmesituationen und Verteidigungsfälle bestimmt und sahen „abgestufte Vorsorge- und Sicherstellungsmaßnahmen vor, die zu einer Einschränkung von Grundrechten“<sup>384</sup> führen konnten. Während manche Gruppen die Gesetze als unabdingbare Grundlage für eine wehrhafte Demokratie ansahen, zogen andere, insbesondere Angehörige der außerparlamentarischen Opposition, direkte Vergleiche zu der Zeit des Nationalsozialismus<sup>385</sup> und sahen erneut einen „autoritären Staat“ auf sich zukommen.<sup>386</sup> Zumindest sorgten sie nicht für eine Verbesserung des Vertrauens in die Demokratie, die, wie Wolfrum erwähnt, als Folge der Spiegel-Affäre in den Augen mancher Risse bekommen hatte; die Einsetzung von Franz-Josef Strauß als Finanzminister tat ihr Übriges.<sup>387</sup>

Die Notstandsgesetze waren jedoch kein neues Thema. Schon Ende der 50er Jahre wurden erste Pläne hierzu entwickelt<sup>388</sup>; bis 1965 hatte es bereits drei Versuche gegeben, die für die Einführung der Gesetze nötige Änderung des Grundgesetzes zu beschließen. Alle diese Abstimmungen hatten die nötige Zweidrittelmehrheit nicht erlangt.<sup>389</sup> Das Aachener Prisma beschäftigte sich schon 1963 mit den Gesetzen, war jedoch damals der Ansicht, dass „eine Erweiterung der Handlungsfreiheit der vollziehenden Gewalt in außerordentlichen Gefahrenlagen (...) eine unabweisbare Notwendigkeit [ist]“<sup>390</sup>. 1968 hatte sich das Bild in der Studierendenschaft der TH Aachen gewandelt: über 2500 Studierende und Schüler nahmen am 15. Mai des Jahres an einer Versammlung auf dem Hochschulgelände teil, forderten die Überarbeitung der Gesetze und drohten mit Streik.<sup>391</sup> Schon einen Monat zuvor war es im

---

<sup>383</sup> Vgl. Schmidtke, *Intelligenz*, S. 127.

<sup>384</sup> Wolfrum, *Demokratie*, S. 236. Vgl. außerdem für eine „einfachere“ Erklärung Kraushaar, *Achtundsechzig*, S. 163.

<sup>385</sup> Vgl. Wolfrum, *Demokratie*, S. 236. Wolfrum ist der Ansicht, dass die Schärfe der Proteste und die Sorgen der Kritiker in der Form unangebracht waren, da es „Im Falle eines Mißbrauchs (...) das Widerstandsrecht“ der Bevölkerung gegeben hätte. „Vier Jahrzehnte später drängt sich auch die Frage auf“, so Kraushaar, „ob das, was seinerzeit so viele Demonstranten auf die Straßen getrieben hat, nicht nur Zeichen einer begründeten Furcht, sondern auch von Hysterie war? (...) Sie [die 68er-Bewegung] rannte einem Phantom hinterher. Das Phantom besaß einen Namen, es lautete ‚neuer Faschismus‘“, vgl. Kraushaar, *Achtundsechzig*, S. 174f.

<sup>386</sup> Vgl. Schmidtke, *Intelligenz*, S. 127.

<sup>387</sup> Vgl. Wolfrum, *Demokratie*, S. 236, sowie Schmidtke, *Intelligenz*, S. 129.

<sup>388</sup> Vgl. Kraushaar, *Achtundsechzig*, S. 163.

<sup>389</sup> Vgl. Wolfrum, *Demokratie*, S. 236.

<sup>390</sup> AP 11 (1963), Nr. 2, S. 14f. Die Aachener Studierendenschaft schien mit den Protestaktionen zu den Notstandsgesetzen recht spät dran zu sein. Schon seit 1965 gab es in der Gesamtstudierendenschaft und innerhalb anderer lokaler Studierendenschaften große Proteste und Informationsveranstaltungen, vgl. Schmidtke, *Intelligenz*, S. 132f.

<sup>391</sup> Vgl. Simons, *Wilde*, S. 43. Vgl. außerdem HAAC 12013 B, o. Bl., Aufruf zum „Teach-In“ bezüglich der Notstandsgesetze seitens des VDS, des SDS, des SHB, einigen Professoren und anderen Gruppen.

Rahmen des Attentats auf Rudi Dutschke zu größeren studentischen Aktionen gekommen.<sup>392</sup> Vor der dritten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag versperrte am 28. Mai ein aus „privater“ Initiative gegründetes „Notstandskomitee“<sup>393</sup> die Zugänge zum Hauptgebäude und zum Großen Hörsaalgebäude mit Brettern und Ketten, es kam zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen „lernwilligen“ Studierenden und Störern, die sogar zur Einleitung von Ermittlungsverfahren seitens der Staatsanwaltschaft führten.<sup>394</sup> Die Protestaktionen nahmen an Häufigkeit zu und kulminierten letztendlich in der Störung einer Vorstellung im Stadttheater, bei welcher die Studierenden das Publikum zur Diskussion über die Notstandsgesetze aufforderten.<sup>395</sup> Nachdem sich die Störer nicht beruhigen ließen und Aufforderungen, das Theater zu verlassen, nicht nachkamen, räumte die Polizei den Saal.<sup>396</sup> Ein letztes Aufbäumen der Studierendenschaft vor Verabschiedung der Gesetze war am 30. Mai 1968 – der Tag, an dem die Gesetze im Bundestag verabschiedet wurden – im und vor dem Rathaus zu beobachten.<sup>397</sup> Hier forderten die Studierenden Zutritt zur Stadtratssitzung, „hissten“ rote Fahnen auf der Rathaustreppe und feierten auf dem Markt eine „Notstandsparty“<sup>398</sup>. Die Große Koalition hatte jedoch letztendlich die nötige politische Kompromissbereitschaft gebracht, die Notstandsgesetze traten in einer „abgeschwächten“ Form am 28. Juni 1968 in Kraft.<sup>399</sup>

Die langjährige Debatte um die „Demokratisierung“ und Politisierung der Hochschule, sowie um die Beteiligung der Studierenden an der Selbstverwaltung<sup>400</sup>, erreichte im Oktober 1968

---

<sup>392</sup> Vgl. Dohms & Paul, Studentenbewegung, S. 104, sowie Siemons, Wilde, S. 41. Vgl. außerdem AP 16 (1968), Nr. 2, S. 6 für einen Bericht über das „teach-in“, welches bezüglich des Attentats auf Dutschke stattgefunden hatte. Über 2000 Studierende waren erschienen.

<sup>393</sup> Vgl. AP 16 (1968), Nr. 3, S. 9f. Zur Bildung des Notstandskomitees erklärten sich laut Aachener Prisma bei einem der „zahlreichen und mehr oder weniger gut besuchten teach ins“ knapp 100 Studierende bereit, „zum größten Teil politisch unabhängige“. Auch hier reagierte die Aachener Studierendenschaft verspätet; in über 80 anderen Städten hatten sich zwischen November 1966 und Februar 1967 unter Mithilfe des SDS schon solche „Notstandsausschüsse“ gebildet, vgl. Schmidtke, Intelligenz, S. 133. Die Fachschaft Medizin teilt dem Rektor in einem Schreiben mit, dass das Flugblatt bezüglich des Protests am 28.05.1968 unrechtmäßig in ihrem Namen unterschrieben worden wäre, distanziert sich mit scharfen Worten vom Streikaufruf und den Durchführern und fordert „objektive“ Informationen und Proteste, vgl. HAAC 12013 B, o. Bl., Schreiben der Fachschaft Medizin an den Rektor der TH vom 29.05.1968.

<sup>394</sup> Vgl. HAAC 12013 B, o. Bl., Informationsblatt „Störaktionen an der Technischen Hochschule“, Rektor und Senat der TH am 12.06.1968. Vgl. außerdem Siemons, Wilde, S. 43-45. Laut Siemons wurden die „lernwilligen“ Studierenden der „Zustimmung zu den Notstandsgesetzen“ bezichtigt; einer dieser „Lernwilligen“ wurde verletzt, als bei Rangeleien eine Glastür zu Bruch ging. Vgl. AP 16 (1968), Nr. 3, S. 9f. für eine andere Schilderung der Ereignisse, nach der sich ein „unverbesserlicher Reaktionär“ mithilfe einer „Eisenschere“ Zutritt zum abgesperrten Audimax verschafft und sich dabei verletzt hatte.

<sup>395</sup> Vgl. Siemons, Wilde, S. 45-47. Vgl. außerdem AP 16 (1968), Nr. 3, S. 10.

<sup>396</sup> Vgl. Siemons, Wilde, S. 45-47.

<sup>397</sup> Vgl. Ebd., S. 47-49.

<sup>398</sup> AP 16 (1968), Nr. 3, S. 10. Vgl. außerdem Siemons, Wilde, S. 47.

<sup>399</sup> Vgl. Kraushaar, Achtundsechzig, S. 172f.

<sup>400</sup> Diese war erst im Laufe der Ereignisse des Jahres 1967 tiefer in den Fokus der Bestrebungen der Studierendenschaft der TH Aachen gerückt. Die Notwendigkeit einer Hochschulreform war aber von anderen

einen ersten Höhepunkt. Bei den Veranstaltungen zur feierlichen Eröffnung des Akademischen Jahres zum Wintersemester 1968/69 am 18. Oktober kam es zu Protesten und Störaktionen, die Rektor Herwarth Opitz mit einem Polizeieinsatz beantwortete.<sup>401</sup> Dabei wurde dem 1. Vorsitzenden des AStA, Claus Haase, in einem Handgemenge mit der Polizei das Mikrofon entrissen, er selbst in einen „Polizeigriff“ gesetzt; die Polizei nahm persönliche Daten von „Störern“ auf.<sup>402</sup> Vorausgegangen war den Protesten ein derb formuliertes Flugblatt mit dem Titel „Beschissen“ seitens des SDS und des PAK (Politischer Arbeitskreis), welches die Neumatrikulierten unter anderem dazu aufforderte, dem Rektor den Handschlag zu verweigern.<sup>403</sup> Die Störaktionen, das Flugblatt, aber auch das harte Eingreifen der Polizei wurden in den nächsten Wochen zum großen Thema an der Hochschule. Rektor Opitz war der Ansicht, die Studierenden hätten die bis dahin abgelaufenen Gespräche zu einer Reform der Hochschulgestalt torpediert; von Studierendenseite gab es massive Kritik am harten und teils willkürlichen Einsatz der Polizei, dazu noch auf dem Hochschulgelände.<sup>404</sup> Letztendlich wurde dem SDS aufgrund der Ereignisse durch einen Senatsbeschluss die akademische Anerkennung entzogen; dem PAK, der sie kurz zuvor beantragt hatte, wurde sie nicht erteilt.<sup>405</sup> Dies führte zu Entrüstungstürmen in der Studierendenschaft und der Öffentlichkeit, die sich in

---

Hochschulangehörigen schon länger gesehen worden, vgl. Haude, Dynamiken, S. 73f. und S. 115f. Vgl. hierzu außerdem Ricking, Materie, S. 232.

<sup>401</sup> Vgl. Siemons, Wilde, S. 53f. Vgl. außerdem HAAC 13835, o. Bl., Artikel „Nach dem Auszug der Ehrengäste räumte Polizei Großen Saal“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 19.10.1968, sowie HAAC 12013 A, o. Bl., Artikel „Haase bekennt sich zum politischen Mandat – Scherben klirrten beim Auftakt im Audimax“, „Aachener Volkszeitung“ vom 19.10.1968. Vgl. außerdem Dohms & Paul, Studentenbewegung, S. 100f.

<sup>402</sup> Vgl. HAAC 12013 A, o. Bl., Artikel „Haase bekennt sich zum politischen Mandat – Scherben klirrten beim Auftakt im Audimax“, „Aachener Volkszeitung“ vom 19.10.1968.

<sup>403</sup> Vgl. Siemons, Wilde, S. 53. Vgl. außerdem Haude, Dynamiken, S. 89. Laut Haude wurde mit dieser Aktion „erstmalig in Aachen eine Grenze der Respektlosigkeit gegenüber den überkommenen Ritualen der Hochschule überschritten, die der AStA stets gewahrt hatte“. Vgl. darüber hinaus HAAC 12013 A, o. Bl., Abdruck des Flugblattes „Beschissen“ vom 07.10.1968 in den „Mitteilungen der RWTH Aachen“ vom 15.10.1969.

<sup>404</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 89f. Vgl. außerdem HAAC 12013 A, o. Bl., Schreiben des Studierenden Peter Stressig an den Rektor der TH vom 09.11.1968. Stressig beschwert sich beim Rektor darüber, dass die Polizei bei der Räumungsaktion des Audimax Anwesende nicht wegen tatsächlichen Störungen auf die „Störerliste“ gesetzt hätte, sondern aufgrund von „Textilkonventionen“. Ebenso zu lesen in einem „offenen Brief an den Rektor“ von der „Aktion Hochschulordnung“ vom 25.10.1968, vgl. Ebd., o. Bl.

<sup>405</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 90. Vgl. außerdem HAAC 12013 A, o. Bl., Information des Rektors und des Senats der TH Aachen über den Senatsbeschluss des Verbots von SDS und PAK vom 12.11.1968.

Vollversammlungen<sup>406</sup>, Resolutionen<sup>407</sup>, Go-Ins<sup>408</sup> und Stellungnahmen<sup>409</sup>, aber auch in provokanten Schmierereien<sup>410</sup> äußerten. Nachdem der Senat auf die Studierenden zugegangen war und sich ihren Ansichten nicht mehr vollständig verwehrt, erteilte er dem SDS und dem PAK Ende November wieder die akademische Anerkennung.<sup>411</sup>

Die im Rahmen der „Studentenbewegung“ erlernten „studentischen Äußerungsformen“<sup>412</sup> fanden in den folgenden Jahren bei Protesten und Aktionen immer wieder Anwendung und setzten die Hochschule unter Druck, beispielsweise im Rahmen der Vorlage eines neuen Hochschulgesetzentwurfes der Landesregierung im März 1969<sup>413</sup> oder der Besetzung und Umbenennung des Alexander-von-Humboldt Hauses im Frühsommer 1969.<sup>414</sup> Die Studierendenschaft der TH Aachen hatte ihre Stimme gefunden und die „Angst“ vor der Herrlichkeit der Ordinarien abgelegt<sup>415</sup> – zumindest hätte sie sich dank des AStA ein wenig in diese Richtung bewegt, so ein Kommilitone im Jahr 1970.<sup>416</sup>

---

<sup>406</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 90. Vgl. außerdem HAAC 12013 A, o. Bl., Artikel „Studenten fordern: Senat soll den Beschluß gegen SDS aufheben“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 13.11.1968.

<sup>407</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 90. Vgl. außerdem HAAC 12013 A, o. Bl., Information vom 08.11.1968 über aushängende Plakate, darunter auch die Resolution der Studierendenschaft, in welcher sie den Senat zur Rücknahme des „Verbots“ auffordert.

<sup>408</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 91. Haude weist hier auch auf die „neue[n] studentische[n] Äußerungsformen“ hin, die den Senat zu einer „Strategie der Konfliktminimierung“ gebracht hätten. Eine Stellungnahme des Dekans der Fakultät Maschinenbau, Professor Dettmering, zur Geeignetheit des „Go-Ins“ als demokratische Maßnahme ist im Aachener Prisma zu finden, vgl. AP 17 (1969), Nr. 4, S. 6. Dettmering definiert an dieser Stelle auch das Konzept des „Go-Ins“.

<sup>409</sup> Vgl. HAAC 12013 A, o. Bl., Schreiben des wissenschaftlichen Assistenten Winfried Böttcher an den Rektor der RWTH vom 05.11.1968. Böttcher bittet den Rektor um Rücknahme der Entscheidung und argumentiert, dass der Entzug der akademischen Zulassung nur zu einer Solidarisierung der anderen Hochschulgruppen mit dem SDS und zu einer höheren Frequenz an Störaktionen führen würde.

<sup>410</sup> Vgl. HAAC 12013 A, o. Bl., Bericht des Kanzlers der TH an den Kultusminister des Landes NRW über Störungen des Hochschulbetriebes seit Beginn des Wintersemesters 1968/69 vom 12.12.1968. Kurz nach Bekanntwerdung des Senatsbeschlusses wurden Hochschulgebäude anscheinend mit Aufschriften wie „SSenat“ beschmiert.

<sup>411</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 91.

<sup>412</sup> Ebd.

<sup>413</sup> Vgl. Siemons, Wilde, S. 66f., sowie Dohms & Paul, Studentenbewegung, S. 102. Vgl. außerdem HAAC 12013 A, o. Bl., Aufruf des RCDS und der ASU (Aachener Studenten-Union) zur Urabstimmung am 18.06.1969 über den aktiven Streik gegen das Hochschulgesetz. „Alle Gruppen der Hochschule (...) lehnen diesen Entwurf mit Entschiedenheit ab“, so der Aufruf. Sie warnen darüber hinaus vor einer „Aushöhlung“ der „Selbstverwaltungsrechte der Hochschule“ und fragen: „Was nützt uns Drittelparität in Gremien, die keine Kompetenzen mehr haben?“. Die Urabstimmung fiel mit knapper Mehrheit positiv für einen Streik aus, der dann ab dem 26.06.1969 stattfand, vgl. Ebd., o. Bl., Bekanntgabe des AStA der TH bezüglich des Ergebnisses der Urabstimmung, vermutlich vom 19.06.1969.

<sup>414</sup> Vgl. Dohms & Paul, Studentenbewegung, S. 102f., sowie Siemons, Wilde, S. 66f. Vgl. außerdem AP 18 (1969), Nr. 1, S. 12, sowie HAAC 13836, o. Bl., Artikel „Zwischenfall im Humboldt-Haus“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 14.07.1969. Linke Studierende hatten das von ausländischen Studierenden genutzte Alexander-von-Humboldt-Haus besetzt, nachdem sie dort den Vortrag eines FDP-Abgeordneten unterbrochen hatten. Die Studierenden wollten das Haus gegen den Willen des Rektors in Che-Guevara-Haus umbenennen. Letztendlich durften die in dem Haus lebenden ausländischen Studierenden über den Namen abstimmen – es blieb bei Alexander-von-Humboldt-Haus.

<sup>415</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 91.

<sup>416</sup> Vgl. AP 18 (1970), Nr. 3, S. 10f.

## **5 Ein Ausblick auf die Situation der TH Aachen in den 1970er Jahren. Politische Blockbildungen innerhalb einer zunehmend teilnahmslosen Studierendenschaft**

Die Ereignisse der Studentenbewegung hatten die studentische sowie politische Landschaft auch an der RWTH maßgeblich verändert. Die Hochschulgruppierungen hielten ab 1969 massiv Einzug in das Studierendenparlament; nachdem im Jahr zuvor nur ein Abgeordneter angegeben hatte, dem SDS direkt angehörig zu sein, bekannten sich 1969 laut Mies schon drei Viertel aller Vertreter zu bestimmten politischen Gruppen.<sup>417</sup> Die Politisierung des Studierendenparlaments wurde maßgeblich von der Veränderung des studentischen Wahlrechts im Jahre 1969 begünstigt. Durch diese wurde die „Persönlichkeitswahl“ in den Fachschaften zugunsten einer Listenwahl geschwächt, die die politischen Zugehörigkeiten der Kandidaten erkennen ließ.<sup>418</sup> Das Parlament und der AStA waren in den 70er Jahren regelmäßigen Änderungen in ihrer politischen Zusammensetzung unterworfen, von einer durch die Studentenbewegung hervorgerufene Kontinuität linker Kräfte kann keine Rede sein.<sup>419</sup> Vielmehr bildeten sich an der Aachener TH zwei ungefähr gleichstarke politische „Blöcke“, die auf der „gemäßigten“ Seite maßgeblich vom CDU-nahen RCDS, der 1971<sup>420</sup> gegründeten ALFA (Allgemeine Fachschaftsliste) und dem SLH (Sozialliberaler Hochschulverband), auf der „radikaleren“ von Juso/SHB (Jungsozialisten/Sozialistischer Hochschulbund), den Basisgruppen und dem MSB-Spartakus (Marxistischer Studentenbund Spartakus) gebildet wurden.<sup>421</sup> Dementsprechend häufig änderten sich auch die – allgemeinpolitischen – Schwerpunktthemen, die Art der Kommunikation sowie der öffentliche Auftritt der Studierendenvertreter, wie in den folgenden Ausführungen noch gezeigt werden soll.<sup>422</sup> Dies

---

<sup>417</sup> Vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 74. Siemons spricht jedoch bei der Wahl im Jahre 1967 schon von mehr Kandidaten aus dem politisch linken Feld; es wären neben dem SDS-Kandidaten „acht Kandidaten der Gemeinschaftsliste von SDS und Sozialdemokratischem Hochschulbund (SHB)“ in das Parlament eingezogen, vgl. Siemons, Wilde, S. 33.

<sup>418</sup> Vgl. Schlebusch, Walter, Die Wahlen zum Studentenparlament von 1966 bis 1976, in: Alma Mater Aquensis XIII, Aachen 1975, S. 31-33, hier S. 31. Im Folgenden zitiert als: Schlebusch, Studentenparlament. Vgl. außerdem Mies, Selbstverwaltung, S. 70, sowie Haude, Dynamiken, S. 119f. Ab 1969 wurde die Hälfte aller Sitze im Studierendenparlament – zunächst 30 – über einen die gesamte Hochschule umfassenden Wahlkreis besetzt. Gewählt wurden in diesem Wahlkreis politische Listen. „Auch die AStA-Referenten wurden nicht mehr über die Fachschaften gewählt (...). Für ein Wahlamt im AStA konnte sich jetzt vielmehr jeder Student bewerben“. Die Änderung ging also mit einem „Machtverlust“ der Fachschaften einher. Vgl. zum neuen Wahlrecht und zu einer Übersicht der zur Wahl im Januar 1969 angetretenen Listen HAAC 12013 A, o. Bl., Wahlzeitung des Jahres 1969.

<sup>419</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 250. Laut Haude galt nach 1972 die „Regel, daß eine AStA-Koalition in Aachen nach spätestens zwei Jahren von der Opposition abgelöst wurde“.

<sup>420</sup> Vgl. Artikel „Diese Gruppen stellen den AStA“, „Aachener Studentenzeitung“ vom 21.01.1974, S. 4. Im Folgenden zitiert als: ASZ.

<sup>421</sup> Vgl. Schlebusch, Studentenparlament, S. 31.

<sup>422</sup> Beispielsweise wurde dem Aachener Prisma, welches schon seit 1963 nicht mehr direkt vom AStA, sondern von einem eigens eingerichteten Verein herausgegeben wurde, vgl. AP 11 (1963), Nr. 3, S. 3, nach eigener

spiegelte sich auch im Fehlen einer gemeinsamen Linie in der Gremienarbeit wider, die „spätestens mit der ‚Politisierung‘ ihrer Entscheidungsorgane“<sup>423</sup>, also Ende der 1960er Jahre, aufgehört hatte zu existieren. „Die Einheitlichkeit der Interessenvertretung von studentischer Selbstverwaltung und studentischer Gremienpartizipation“ war nach Haude „somit bereits zu Beginn der siebziger Jahre zu einem Phantom geworden“<sup>424</sup>.

Die Wahlbeteiligung bei den studentischen Wahlen unterlag zwar größeren Schwankungen in den einzelnen Wahljahren, insgesamt verzeichnete sie jedoch einen Abwärtstrend. Während im Jahre 1968 fast 60 % aller Studierenden ihre Stimme abgegeben hatten, nahmen 1975 nur noch ungefähr 35 % der Studierenden an der Wahl teil.<sup>425</sup> Rektor Bernhard Sann gab in seinem Bericht zur Situation der Hochschule anlässlich der Mitgliederversammlung der FAHO (Gesellschaft von Freunden der Aachener Hochschule e.V.) im Juni 1977 seiner Sorge gegenüber dieser Entwicklung Ausdruck und betonte, dass eine niedrige Wahlbeteiligung studentische Hochschulgruppen mit einem „keineswegs von allen geteilte[n] Demokratieverständnis“<sup>426</sup> bevorteilen würde. Er ist sich also sicher, dass die „radikaleren“ Kräfte – es ist davon auszugehen, dass Sann das linke Spektrum der hochschulpolitischen Gruppen damit meinte – bei mehr Einsatz seitens des „bequemen“ Teils der Studierendenschaft nicht in solch einer starken Position wären. Darüber hinaus weiß Schlebusch, im Jahre 1974 zum 1. AStA-Vorsitzenden gewählt<sup>427</sup>, zu berichten, dass nicht die Studierenden der technischen und naturwissenschaftlichen Fächer „Wahl-faul“ waren, sondern die geisteswissenschaftlichen Studierenden an der TH Aachen eine geringere Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatten, was dem Bild des an Politik desinteressierten Technikers entgegenstehen würde.<sup>428</sup> Letztendlich hatte die Wahlbeteiligung, so scheint es, entgegen der Aussage Sanns keinen allzu großen Einfluss auf die Zusammensetzung der Studierendenvertretung, wie die stetigen „Führungswechsel“ zeigten. Schlebusch schließt seinen kurzen Bericht über die

---

Aussage finanziell vom sozialistischen AStA Anfang der 1970er Jahre vermutlich aus ideologischen Differenzen „der Geldhahn zugekehrt“. Dementsprechend kritisch war die Zeitschrift auch gegenüber der Arbeit und des Finanzhaushaltes dieses AStA; die Streitigkeiten wurden teilweise direkt auf den ersten Seiten der neuen Prisma-Ausgaben öffentlich ausgeführt, vgl. beispielsweise AP 18 (1970), Nr. 4, S. 3; AP 18 (1970), Nr. 5, S. 3f.; AP 19 (1970), Nr. 1, S. 3-5; AP 20 (1971), Nr. 4, S. 4. 1969 hatte sich der sozialistische AStA dann eine eigene Zeitung „angeschafft“, die ab 1971 als „Aachener Studentenzeitung“ (ASZ) bekannt war, vgl. Mies, Selbstverwaltung, S. 80. Die ASZ veröffentlichte in der Juliausgabe des Jahres 1971 einen ironischen „Nachruf“ auf das Aachener Prisma, vgl. ASZ vom 05.07.1971, S. 3.

<sup>423</sup> Haude, Dynamiken, S. 125.

<sup>424</sup> Ebd.

<sup>425</sup> Vgl. Schlebusch, Studentenparlament, S. 32.

<sup>426</sup> Vgl. Sann, Bernhard, Bericht des Rektors zur Situation der Hochschule anlässlich der Mitgliederversammlung der Gesellschaft von Freunden der Aachener Hochschule e.V. (FAHO) am 08.06.1977, in: Alma Mater Aquensis XIV, Aachen 1977, S. 9-19, hier S. 9.

<sup>427</sup> Vgl. „Alles neu macht der Mai“, ASZ vom 19.06.1974, S. 3.

<sup>428</sup> Vgl. Schlebusch, Studentenparlament, S. 33.



Wahlvorgänge des letzten Jahrzehnts mit der Feststellung, dass „sich in der Studentenschaft ein zunehmendes Desinteresse an Hochschulpolitik bemerkbar macht“<sup>429</sup>. Dies würde auch zu einer verringerten Bereitschaft seitens der Studierenden führen, sich in der Selbstverwaltung der Hochschule zu engagieren.<sup>430</sup>

Die Fragen der Gestalt der akademischen Selbstverwaltung und der Beteiligung der Studierenden an dieser, sowie die Reformierung der Hochschulverfassung rückten im Rahmen der Studentenbewegung in den Vordergrund der studentischen Bemühungen und blieben über die 1970er Jahre hinweg einer der Hauptfaktoren politischen Engagements innerhalb der Studierendenschaft.<sup>431</sup> Die Entwicklung über die Abläufe der Verhandlungen, sowie die auch politisch bedingten „Meinungsverschiedenheiten“ hierzu zwischen den verschiedenen Studierendengruppen, der Hochschule und dem Land NRW bis in die 1980er Jahre hinein wurden jedoch, wie schon erwähnt, bereits mit äußerster Gründlichkeit in Rüdiger Haudes Dissertation nachvollzogen.<sup>432</sup> Ein großer Teil der politischen Aktivität der Studierendenschaft in den 1970er Jahren spielte sich im Rahmen dieses Themenkomplexes ab. Die vorliegende Arbeit möchte dennoch im Folgenden den Blick auf einige andere ausgewählte, sowohl hochschulinterne als auch allgemeinpolitische, Ereignisse richten, an denen die erfolgte Politisierung der Studierendenschaft sichtbar wurde.

## **5.1 Verhaltensweisen der politisierten Studierendenschaft in Bezug auf innerhochschulische Begebenheiten**

Die politischen Blöcke an der TH kämpften im Laufe der 1970er Jahre mit harten Bandagen gegeneinander. Während die „gemäßigten“ Gruppen in Person des RCDS und der ALFA – unterstützt durch das Prisma, welches sich in den 70ern zur „Hofzeitschrift“ dieser

---

<sup>429</sup> Schlebusch, Studentenparlament, S. 33.

<sup>430</sup> Vgl. Ebd. Mit dieser Ansicht war Schlebusch nicht allein. Auch Teile der Studierendenschaft bemängelten im Jahre 1970 schon wieder die „Passivität der Studenten“ insbesondere in den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern, die sich auch durch großangelegten aufklärerischen Einsatz ihrer aktiven Kommilitonen nicht aus ihrer „Lethargie“ herausbewegen würden, vgl. AP 18 (1970), Nr. 4, S. 5f. Teilweise wurden schon 1970 Kandidaten in das Studierendenparlament gewählt, die keine Gegenkandidaten hatten. Das Prisma warb für mehr persönlichen Einsatz bei den Wahlen, vgl. AP 19 (1970), Nr. 1, S. 4.

<sup>431</sup> Vgl. Haude, Dynamiken, S. 299. Der 1. Vorsitzende des AStA, Claus Haase, hatte im Rahmen der Wahl für die Studierendenvertretung im Jahr 1969 die Voranbringung der Hochschulreform und die Bekämpfung des neuen Hochschulgesetzes des Landes NRW als mehr oder weniger wichtigste Aufgaben der neuen Legislaturperiode bezeichnet, vgl. HAAC 12013 A, o. Bl., Wahlzeitung des Jahres 1969, S. 2. Vgl. zum Hochschulgesetz, welches am 17.04.1970 in Kraft getreten war, sowie für die Verhandlungen über eine auf dem neuen Gesetz basierende Hochschulsatzung Haude, Dynamiken, S. 207-236.

<sup>432</sup> Vgl. insbesondere zu den Abläufen der verschiedenen – mitunter nur angestrebten – Verfassungsänderungen, den Gremien, die sich mit diesen auseinandersetzten und den Gruppen, aus denen sich diese Gremien zusammensetzten Ebd., S. 133-164, S. 175-197, sowie S. 207- 298.

Hochschulgruppen entwickelt hatte<sup>433</sup> – den politisch linken und teils kommunistischen Gruppierungen vorwarfen, sie würden den AStA zu einem „Werkzeug ihrer gesellschaftspolitischen Ziele umfunktionieren wollen“<sup>434</sup>, galten die „Gemäßigten“ bei der linken Fraktion als „faschistisch“ und „rechtsliberal“<sup>435</sup>. RCDS und ALFA selbst sahen sich als einzige auf demokratischem Boden stehende Hochschulgruppen<sup>436</sup>; insbesondere der RCDS konzentrierte sich auf hochschulpolitische Fragestellungen und war dem allgemeinpolitischen Mandat der Studierendenschaft gegenüber kritisch eingestellt.<sup>437</sup> Diese Ansicht sorgte jedoch hin und wieder zu Verstimmungen mit dem üblichen Koalitionspartner ALFA.<sup>438</sup> Ein wiederkehrendes Problem schien laut RCDS- und ALFA-geführten ASten die „Misswirtschaft“ zu sein, die sozialistische ASten in ihrer Regierungszeit immer wieder betrieben haben sollen. Der Rechenschaftsbericht des „gemäßigten“ AStA für das Wintersemester 1974 und Sommersemester 1975 berichtet, dass Anklage gegen einen ehemaligen AStA-Vorsitzenden erhoben wurde, der eine höhere vierstellige Summe, die für das Studierendenparlament gedacht war, einem „Ableger der Basisgruppen“ überstellt haben soll.<sup>439</sup>

Die linken Hochschulgruppen taten sich häufig als „lauter“ hervor und griffen im Laufe des Jahrzehnts zu offensiveren Maßnahmen. Schon Ende 1969 hatten sich Studierende gegen die Verleihung einer Ehrendoktorwürde an Prof. Dr. Kurt Hansen aufgrund seiner Vergangenheit bei der IG Farben gewehrt.<sup>440</sup> Im Januar 1970 wurde ein Antrag im Studierendenparlament angenommen, der die Verhinderung der Ehrenpromotion beschloss.<sup>441</sup> Am 12. Februar desselben Jahres kam es dann zu einer massiven Störung einer Senatssitzung seitens der Basisgruppe Chemie unter Führung ihres Sprechers, Paul Michels, die die Verhandlung des Tagesordnungspunktes verhindern wollte.<sup>442</sup> Die Senatssitzung musste vertagt werden und sollte am nächsten Tag im Gästehaus der Hochschule auf dem Königshügel fortgeführt werden.

---

<sup>433</sup> Das Prisma machte Mitte der 1970er Jahre ganz offensiv Wahlwerbung für den RCDS und die ALFA, vgl. AP 24 (1975), Nr. 6, S. 15. Auf der Sitzung am 19.06.1974 gewährte das von RCDS und ALFA dominierte Studierendenparlament dem Prisma einen Zuschuss von 10.000 DM, welcher von linken Gruppierungen scharf kritisiert wurde, vgl. ASZ vom 26.08.1974, S. 2. Laut AStA wäre es wichtig, eine „vom AStA unabhängige Zeitung“ an der Hochschule zu unterstützen. Wirklich unabhängig war das Prisma jedoch nicht.

<sup>434</sup> AP 24 (1975), Nr. 6, S. 4.

<sup>435</sup> Ebd.

<sup>436</sup> Vgl. Ebd.

<sup>437</sup> Vgl. AP 24 (1975), Nr. 1, S. 10.

<sup>438</sup> Vgl. Ebd., S. 10f.

<sup>439</sup> Vgl. HAAC 10210, o. Bl., Rechenschaftsbericht des AStA für das Wintersemester 1974 und Sommersemester 1975, S. 24. Vgl. ähnliche Vorwürfe in AP 24 (1975), Nr. 6, S. 5; ASZ vom 06.11.1974, S. 1, sowie ASZ vom 11.06.1975, S. 3.

<sup>440</sup> Vgl. Dohms & Paul, Studentenbewegung, S. 106. Vgl. außerdem HAAC 12006, o. Bl., Stellungnahme der Bayer AG zu dem Flugblatt „HANSEN – Dr. h. c.“ der Basisgruppe Chemie an der Technischen Hochschule Aachen zu den Vorwürfen gegenüber Prof. Hansen.

<sup>441</sup> Vgl. HAAC 13836 A, o. Bl., Artikel „Aktionen gegen Hansen“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 30.01.1970.

<sup>442</sup> Vgl. HAAC 12006, o. Bl., „Der Rektor informiert“ vom 16.02.1970.

Bevor die Sitzung jedoch überhaupt beginnen konnte, drang eine Gruppe Studierender unter einem Vorwand in das Gebäude ein, zerstörte und entwendete bereitgelegte Sitzungsakten und ließ sich auch nach Erscheinen des Rektors nicht auf eine Diskussion mit diesem ein. Der Rektor sagte die Sitzung ab und fuhr unter Polizeischutz zurück zum Rektorat, in welches eine kleine Splittergruppe der Demonstranten später gewaltsam einzudringen versuchte. Bestimmte Aufforderungen des Rektors und das „besonnene Auftreten“ der Polizisten in Zivil hätten jedoch bald für eine Zerstreuung der Störer gesorgt.<sup>443</sup> Laut des Berichts des Rektors konnten durch die Störaktionen auch viele andere wichtige Beschlüsse nicht verhandelt werden; insbesondere die Fachschaft Geologie litt anscheinend darunter, die sich mit den Worten „Linke Gruppen treiben infantile Politik“ deutlich gegen die Senatssprengung aussprach.<sup>444</sup>

Der Kampf um das Alexander-von-Humboldt-Haus („AvH“-Haus) in der Pontstraße blieb fast die ganzen 70er Jahre hindurch ein Politikum. Das Haus, welches seit 1959 den ausländischen Studierenden an der TH als „Clubhaus“ und kultureller Treffpunkt diente, war im Juni 1969 von politisch links anzusiedelnden Studierenden unter Mithilfe eines Teils der ausländischen Studierenden besetzt worden. Ihrer Ansicht nach sollte es in „Ché-Guevara-Haus“ umbenannt und zu einem „politische[n] Arbeitszentrum“<sup>445</sup> umfunktioniert werden.<sup>446</sup> Es kam zu einer Abstimmung unter den ausländischen Studierenden, die knapp zugunsten der Beibehaltung des Namens „Alexander-von-Humboldt-Haus“ ausfiel.<sup>447</sup> Der sozialistische AStA ließ jedoch im weiteren Verlauf bezüglich des Hauses nicht locker. Nachdem der Senat im Wintersemester 1970/71 durch einen Beschluss das AvH-Haus für ein Jahr schon unter „studentische(...) Selbstverwaltung unter der Verantwortung des AStA“<sup>448</sup> gestellt hatte, wollte die Studierendenvertretung auch das angrenzende „Rote Haus“ unter ihrer „Kontrolle“ sehen. Dies lehnte der Senat in einer knappen geheimen Abstimmung im Mai 1971 ab. Die studentischen Senatsmitglieder, unzufrieden mit dieser Entscheidung, riefen den Senatsvermittlungsausschuss an, um eine erneute Beratung im Senat zu erreichen. Die Beratungsergebnisse des Senatsausschusses konnten jedoch nicht wie geplant in der Senatssitzung am 08.07.1971 besprochen werden, da zum öffentlichen Teil der Sitzung anwesende Studierende diese störten. Noch vor dieser Sitzung hatten Flugblätter zur Besetzung des „Roten Hauses“ aufgerufen, zu welchem sich Studierende daraufhin gewaltsam Zutritt

---

<sup>443</sup> Vgl. HAAC 12006, o. Bl., „Der Rektor informiert“ vom 16.02.1970.

<sup>444</sup> Vgl. Ebd.

<sup>445</sup> Klinkenberg, Hans Martin, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870/1970, Stuttgart 1970, S. 400, sowie Mies, Selbstverwaltung, S. 83.

<sup>446</sup> Vgl. Ebd.

<sup>447</sup> Vgl. HAAC 13836 A, o. Bl., Artikel „Auslandsstudenten gegen Che-Guevara-Haus an TH“, „Aachener Volkszeitung“ vom 14.07.1969.

<sup>448</sup> Vgl. HAAC 12006, o. Bl., „Der Rektor informiert“ vom 09.07.1971.

verschafften. Laut Rektor wurden bei der Besetzung des Hauses große Sachschäden verursacht, rechtliche Schritte wurden eingeleitet.<sup>449</sup> Ab diesem Vorfall blieben das Alexander-von-Humboldt-Haus sowie das angrenzende Rote Haus anscheinend in der Hand der Besetzer; es bildete sich im Januar 1976 ein Verein „Internationales Kommunikationszentrum“ (IK), der laut Aussage des linken AStA die Selbstverwaltung des Hauses stark verbessert hatte. Es wäre ein „Stützpunkt der antiimperialistischen Bewegung und der Studentenbewegung“<sup>450</sup>, welcher vielen fortschrittlichen und ausländischen Gruppen Raum für Diskussionen geben<sup>451</sup> und den Austausch zwischen diesen Gruppen erst ermöglichen würde<sup>452</sup>, so die Besetzer. Die Hochschule wurde nach langer Hinnahme der Situation im Herbst 1977 tätig, da für den Personalrat neue Räume gebraucht wurden. Zunächst wurde am 26. September 1977 die trennende Stahltür zwischen Rotem Haus und AvH-Haus wieder eingesetzt<sup>453</sup>; vier Tage später räumte die Polizei dann frühmorgens das Rote Haus und setzte die erneut entfernte Türe wieder ein.<sup>454</sup> Die beim Polizeieinsatz entstandenen Schäden stellte der Rektor fünf Mitgliedern des IK anschließend in Rechnung. Diese wehrten sich mit einer Resolution, die angeblich mehrheitlich vom Studierendenparlament gestützt wurde.<sup>455</sup> Letztendlich verblieb nur das AvH-Haus größtenteils in studentischer Hand, das Rote Haus wurde unter anderem Fortbildungszwecken zugeführt.<sup>456</sup> Wie ein im ASZ abgedruckter Brief des Rektors verrät, wurden dem AvH-Haus darüber hinaus aufgrund der Hausbesetzung die unterstützenden Bundes- und Landesmittel seitens des Wissenschaftsministeriums gesperrt.<sup>457</sup> Als weitere Begründungen für die Sperrung der Mittel nannte der Rektor im AvH-Haus erfolgte Vorbereitungen von Gremiensprengungen, sowie die nicht gewährleistete „gleichberechtigte Nutzungsmöglichkeit des Hauses für alle Studenten“<sup>458</sup>. Im Juli 1978 berichteten die „RWTH-Mitteilungen“ dann von der

---

<sup>449</sup> Vgl. HAAC 12006, o. Bl., „Der Rektor informiert“ vom 09.07.1971. Vgl. zu den Ereignissen außerdem HAAC 10206, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, 15.08.1971, S. 2.

<sup>450</sup> ASZ vom 02.05.1977, S. 5.

<sup>451</sup> Vgl. Ebd. Laut des Aachener Prismas war die Programmatik des IK und das „AvH“ klar gegen die freiheitliche Grundordnung der BRD gerichtet und würde eben nicht, wie behauptet, jeden demokratisch denkenden aufnehmen, vgl. AP 27 (1977/78), Nr. 12/1, S. 6f.

<sup>452</sup> Vgl. ASZ vom 17.10.1977, S. 1.

<sup>453</sup> Noch am selben Tag wurde diese jedoch von den Studierenden wieder entfernt, um beide Häuser nutzen zu können, vgl. Ebd., S. 3.

<sup>454</sup> Vgl. Ebd.

<sup>455</sup> Vgl. ASZ vom 14.11.1977, S. 3f.

<sup>456</sup> Vgl. Ebd.

<sup>457</sup> Vgl. Ebd., S. 4. Vgl. bezüglich der Stellungnahme der Landesregierung zum AvH-Haus und den Zahlungen, die dieses seitens des Landes erhalten habe HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, Dezember 1977, S. 2.

<sup>458</sup> ASZ vom 14.11.1977, S. 4. Dies geht ebenfalls aus dem schon erwähnten Erfahrungsbericht im Prisma hervor, vgl. AP 27 (1977/78), Nr. 12/1, S. 6f.

Wiedereröffnung des AvH-Hauses nach einer Renovierung.<sup>459</sup> Dieses sollte jetzt durch „alle interessierten ausländischen Studenten und Studentengruppen“<sup>460</sup> genutzt werden können. Ein innerhochschulisches Thema, welches Studierende aller politischen Couleur der TH Aachen in den 1970er Jahren fast durchgängig beschäftigte, war der sogenannte „Aachener Mietstreik“. Dieser war durch eine für die Kostendeckung notwendig gewordene Erhöhung der Mietbeiträge für Wohnungen in Studierendenwohnheimen seitens des Studentenwerks im Frühjahr des Jahres 1971 entstanden.<sup>461</sup> Eine genauere Nachvollziehung des Ablaufs des Mietstreiks an dieser Stelle ist aufgrund der Fülle der Ereignisse in den einzelnen Jahren nicht möglich. Es soll jedoch darauf hingewiesen werden, dass der Mietstreik Ausdruck fand in einer ausgesprochen hohen Menge an publizistischen Erzeugnissen.<sup>462</sup> Im Zusammenhang mit dem Mietstreik ergab sich darüber hinaus im Frühjahr 1976 laut Studierendenvertretung „die größte studentische Demonstration, die Aachen seit Jahren erlebt hat“<sup>463</sup>; über 1000 Teilnehmer wurden gezählt, selbst die „DKP-Studenten vom MSB Spartakus“<sup>464</sup> wären „zähneknirschend“ dem Aufruf des gemäßigten AStA gefolgt.<sup>465</sup> Schon bald danach sollte die Hoffnung auf eine für die Studierenden zufriedenstellende Lösung jedoch schwächer werden. In seiner März/April-Ausgabe des Jahres 1976 titelte das Prisma bereits „Der Streik ist tot – es lebe der Streik“ und zweifelte die Sinnhaftigkeit und tatsächliche Unterstützung der Maßnahmen seitens der Studierendenschaft an<sup>466</sup>; in der Aachener Studentenzeitung vom 04. Februar 1977 informierte der nun wieder unter Führung linker Gruppen stehende AStA die Studierendenschaft darüber, dass die Wohnheimbewohner „die bittere Erfahrung machen

---

<sup>459</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, Juli 1978, S. 2.

<sup>460</sup> Ebd.

<sup>461</sup> Vgl. HAAC S5025, o. Bl., „Entwicklung und chronologischer Abriß der Aachener Mietstreiks“, S. 1. Für eine ausführliche Materialsammlung bezüglich der ersten zwei Jahre des Streiks vgl. Ebd. Der Mietstreik war jedoch kein isoliertes „Aachener“ Ereignis; in vielen Städten der BRD spielten sich solche Szenarien ab, vgl. HAAC S5025, o. Bl., „Dokumentation des AStA der RWTH Aachen und der Unabhängigen Hochschulunion (UHU) bezüglich des Mietstreiks“ vom 29.02.1972, S. 2. Vgl. außerdem ASZ vom 04.07.1972 für eine knappe Chronologie der Streikereignisse bis 1972; angeblich standen zu diesem Zeitpunkt 89,6 % der Wohnheimbewohner im Streik.

<sup>462</sup> Vgl. auszugsweise die Ausgaben der ASZ vom 24.10.1973, S. 6; 21.01.1974, S. 3; 06.02.1974, S. 1; 13.03.1974, S. 1; 24.04.1974, S. 8; 13.05.1974, S. 6; 24.01.1975, S. 6-8; 18.10.1976, S. 2. Vgl. außerdem HAAC 10205, Artikel „Fronten im Mietstreit weiter verhärtet“, „Neue Rhein Zeitung“ vom 04.01.1975, sowie Ebd., Artikel „Der Mietstreik geht weiter“, „Aachener Nachrichten“ vom 15.11.1974.

<sup>463</sup> ASZ vom 11.05.1976, S. 5.

<sup>464</sup> Ebd.

<sup>465</sup> Vgl. Ebd. Die Demonstration erwuchs jedoch nicht nur aus den Komplikationen beim Mietstreik. Offiziell lief sie unter dem Motto „Für die soziale Absicherung unseres Studiums“ und prangerte beispielsweise auch Ungereimtheiten beim BAFöG an.

<sup>466</sup> Vgl. AP 25 (1976), Nr. 3/4, S. 3. Ein Interview der „Mitteilungen der RWTH Aachen“ mit zwei Vertretern des gemäßigten AStA gibt jedoch zur gleichen Zeit einen positiveren Eindruck vom Stand des Mietstreiks, vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, April/Mai 1976, S. 3f.

[mussten], daß sie im Grunde vor Gericht keinen Erfolg erringen können [sic]<sup>467</sup> und die höheren Mieten bezahlen müssten.

Gegen Ende der 1970er Jahre kam es zu weiteren erwähnenswerten Vorfällen, bedingt durch die Pläne des Nordrhein-Westfälischen Wissenschaftsministeriums, im „Vorfeld der Novellierung des Landeshochschulgesetzes“<sup>468</sup> ein neues „Gesetz zur Änderung des Rechts der Studentenschaften und der Studentenwerke“ auf den Weg zu bringen.<sup>469</sup> Dieses sah unter anderem Änderungen der Wahlordnung vor und sollte einen Passus enthalten, der „der Studentenschaft nur das ‚uneingeschränkte hochschulpolitische Mandat‘“<sup>470</sup> zugestand, nicht jedoch ein allgemeinpolitisches.<sup>471</sup> Die sozialistische Studierendenvertretung der TH Aachen reagierte auf diese Neuigkeiten mit einem viertägigen Vorlesungsstreik im Januar 1977<sup>472</sup> und einem eindrücklichen Titelblatt in ihrer Studentenzeitung.<sup>473</sup> Die Hochschulleitung versuchte die Gemüter noch zu beruhigen, indem sie darauf hinwies, dass es sich bei dem Entwurf um ein schon überholtes Arbeitspapier handele.<sup>474</sup> Sie betonte außerdem die fragwürdige Legitimation der Streikmaßnahmen, die auf „fast durchweg schlecht besuchten (...) außerordentlichen Fachschaftsvollversammlungen“<sup>475</sup> beschlossen worden waren. Nachdem im April des folgenden Jahres das Gesetz verabschiedet worden war, berichtete TH-Rektor Knacke im Juni 1978 von sehr kontroversen Reaktionen auf diese Neuerung im Studierendenparlament. Während die „gemäßigten“ Gruppen „verständnisvolle und zum Teil sogar zustimmende Kommentare“<sup>476</sup> abgegeben hatten, traten andere Studierendengruppen in eine neue Phase der Konfrontation. Der MSB Spartakus, die Gruppe Juso/SHB, aber auch der Liberale Hochschulverband riefen zu einer Studierendenparlamentswahl nach altem Wahlrecht auf, die im Juni 1978 durchgeführt werden sollte.<sup>477</sup> Für den Rektor war dies eine gesetzeswidrige „Privat-Wahl“<sup>478</sup> einer Minderheit im Studierendenparlament, die nach späteren Angaben auch nur eine Wahlbeteiligung von 10,3 % erreichte.<sup>479</sup> Die an dieser nach neuem Studentenrecht „illegalen“ Wahl beteiligten Hochschulgruppen ernteten insbesondere aus dem „konservativen“

---

<sup>467</sup> ASZ vom 14.02.1977, S. 3.

<sup>468</sup> HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, Februar 1977, S. 2.

<sup>469</sup> Vgl. Ebd.

<sup>470</sup> Ebd.

<sup>471</sup> Vgl. die zusammengefassten Inhalte des Gesetzestextes in der ASZ vom 18.01.1977, S. 1.

<sup>472</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, Februar 1977, S. 2. Vgl. als kritische Stimme zum Streik außerdem AP 26 (1977), Nr. 3/4, S. 4f.

<sup>473</sup> Vgl. ASZ vom 18.01.1977, S. 1. Die Aachener Studentenzeitung titelte „Studentenschaft soll kastriert werden“.

<sup>474</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, Februar 1977, S. 2.

<sup>475</sup> Ebd.

<sup>476</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, Mai 1978, S. 4.

<sup>477</sup> Vgl. HAAC 12006, o. Bl., Schreiben des Rektors an die Studierenden vom 22.06.1978.

<sup>478</sup> Ebd.

<sup>479</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen, Juli 1978, S. 2.

Aachener Prisma viel Spott für ihren Vorstoß.<sup>480</sup> Aus den regelkonformen Wahlen nach neuem Recht im November 1978 gingen die „gemäßigten“ Kräfte um ALFA/SLH und RCDS als Sieger hervor.<sup>481</sup>

## **5.2 Zwischen Anti-AKW-Protesten und RAF. Die Reaktion der Aachener Studierendenschaft auf ausgewählte allgemeinpolitische Entwicklungen**

Die unterschiedlichen Ansichten bezüglich des Rechts der Studierendenschaft auf ein allgemeinpolitisches Mandat, also das Recht, als Gruppe zu politischen Entwicklungen Stellung zu nehmen<sup>482</sup>, machten sich insbesondere innerhalb der öffentlichen Organe der Aachener Studierendenschaft bemerkbar. Die Aachener Studentenzeitung, das in den 1970er Jahren offizielle Organ des AStA, änderte beispielsweise bei einem Machtwechsel in der Studierendenvertretung regelmäßig sein Erscheinungsbild. Abgesehen von gestalterischen Änderungen<sup>483</sup> wurden auch inhaltliche Neuorientierungen in solchen Fällen offensichtlich. Die Beschäftigung mit außenpolitischen Themen war hauptsächlich ein Anliegen der linken und extrem linken Hochschulgruppen, oft im Sinne der aus der Studentenbewegung hervorgegangenen Idee der „radikale[n] gesellschaftliche[n] Umwandlung im globalen Rahmen“<sup>484</sup>, die unter anderem den Einsatz für „Befreiungsbewegungen der Dritten Welt“<sup>485</sup> erfordere. Der Kampf gegen den international-imperialistischen Kapitalismus<sup>486</sup> und Faschismus spiegelt sich in vielen Artikeln der Aachener Studentenzeitung unter linker Redaktion wider. Beispielhaft seien hier der bis 1975 tobende Vietnamkrieg<sup>487</sup>, die

---

<sup>480</sup> Vgl. AP 28 (1978), Nr. 6/7, S. 16f., sowie AP 28 (1978), Nr. 11, S. 14f. Die Prisma-Redaktion rief in der erstgenannten Ausgabe dazu auf, die Wahlen zu boykottieren, da sie einen weiteren Glaubwürdigkeitsverlust in der Öffentlichkeit befürchtete. Ebenso versuchte sie, so berichtet die zweitgenannte Ausgabe, die anscheinend träge „politische Mitte“ für die nach geltendem Recht durchgeführten Wahlen im November zu mobilisieren, damit „nicht ein noch größerer Teil der Studenten von marxistischen Gruppen vertreten wird“.

<sup>481</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH, Februar 1979, S. 2.

<sup>482</sup> Wie schon erwähnt vertrat insbesondere der RCDS die Auffassung, dass es „nicht Aufgabe des Studentenparlaments [sei], sich mit Dingen zu beschäftigen, die keinen Zusammenhang mit der Hochschule oder studentenbezogener Politik erkennen ließen“, vgl. AP 24 (1975), Nr. 1, S. 10. Für die sozialistischen und kommunistischen Hochschulgruppen war das allgemeinpolitische Mandat jedoch nicht verhandelbar, vgl. insbesondere ASZ vom 18.01.1977.

<sup>483</sup> Bei einem „linken“ AStA hatte die ASZ auf der Titelseite eine rote Farbgebung aufzuweisen; diese wich bei der „Machtübernahme“ „gemäßigter“ Gruppen einem grün, vgl. beispielsweise ASZ vom 14.07.1976, sowie ASZ vom 18.10.1976.

<sup>484</sup> Schmidtke, Intelligenz, S. 270.

<sup>485</sup> Ebd.

<sup>486</sup> Vgl. Ebd., S. 269f.

<sup>487</sup> Vgl. beispielhaft ASZ vom 05.07.1971, S. 2; 04.07.1972, S. 3; 17.01.1973, S. 5; 07.02.1973, S. 1 und 6-8; 14.11.1973, S. 6 und 8; 04.12.1973, S. 6; 14.05.1975, S. 6; 11.06.1975, S. 5f.; 10.11.1976, S. 6.

revolutionären Ereignisse in Südamerika<sup>488</sup> und die Militärdiktatur in Griechenland<sup>489</sup> genannt, die über den Untersuchungszeitraum mit die größte Menge an Artikeln über außenpolitische Themen provozierten. Die „gemäßigten“ Studierenden waren in diesem Bereich zwar nicht untätig, legten ihre Schwerpunkte jedoch klarer auf hochschulpolitische und innerhochschulische Themen.<sup>490</sup> Stellungnahmen zu Ereignissen in anderen Ländern kamen eher selten vor, so beispielsweise in einem quasi-Rechenschaftsbericht des aus RCDS und ALFA/SLH bestehenden AStA in der Juliausgabe des Aachener Prisma aus dem Jahre 1974.<sup>491</sup> In den ASZ-Ausgaben unter „gemäßigter“ Führung sind diese in der Regel jedoch nur vereinzelt anzutreffen oder sind auf einzelne Seiten begrenzt.<sup>492</sup> Im Laufe des Jahres 1979 veröffentlichte der „gemäßigte“ AStA immerhin mit fast jeder Ausgabe einen Beitrag von Amnesty International.<sup>493</sup> Die internationale Ausrichtung der sozialistischen ASten wurde von den gemäßigten Gruppen auch kritisiert; den ASten wurde vorgeworfen, dass wichtige hochschulpolitische Neuerungen zwischen den vielen Auslandsberichten untergehen würden.<sup>494</sup> Ebenso kam von linker Seite die Kritik, die gemäßigten Gruppen würden sich nicht an allgemeinpolitische Fragen herantrauen und hinter der Hochschulpolitik verstecken.<sup>495</sup> Innenpolitisch beschäftigten sich die Studierenden unter anderem mit Themen, die mit ihrer sozialen Situation zu tun hatten. Insbesondere das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG), welches im Oktober 1971 das alte „Honnefer Modell“ abgelöst hatte<sup>496</sup>, führte zu

---

<sup>488</sup> Vgl. zu Chile: ASZ vom 24.10.1973, S. 1 und 5; 14.11.1973, S. 5, 6 u. 8; 04.12.1973, S. 5; 31.01.1978, S. 14. Vgl. zu Argentinien ASZ vom 18.10.1976, S. 6; 04.07.1977, S. 6. Vgl. zu Brasilien ASZ vom 02.06.1971, S. 3; 05.07.1971, S. 4.

<sup>489</sup> Zur Militärdiktatur in Griechenland wurde im ASZ sogar eine vierteilige Reihe veröffentlicht, vgl. hierzu ASZ vom 05.07.1971, S. 4; 11.10.1971, S. 5; 25.10.1971, S. 5f.; 09.11.1971, S. 3. Vgl. außerdem ASZ vom 15.11.1972, S. 3; 04.12.1973, S. 1 und 5; 13.05.1974, S. 4. Vgl. überblicksweise zur Militärdiktatur und ihrer Vorgeschichte Auernheimer, Gustav, Die Militärdiktatur in Griechenland 1967 bis 1974 und ihre Vorgeschichte, in: Südost-Forsch. 76 (2017), S. 128-161.

<sup>490</sup> Was nicht bedeuten soll, dass sich unter linken ASten nicht auch ein Großteil der Artikel in der ASZ mit hochschulpolitischen Themen auseinandersetzte.

<sup>491</sup> Vgl. AP 23 (1974), Nr. 7, S. 10f. Der Bericht gibt einen knappen Überblick über Stellungnahmen zur „Internationalen Lage“ in den letzten Monaten. Er endet mit dem Schlusswort, dass sich der AStA weiterhin mit internationalen Problemen befassen werde, „soweit sie auf Interesse der hier in Aachen studierenden Kommilitonen stoßen“. Dabei bittet er um Informationen aus den Herkunftsländern.

<sup>492</sup> Vgl. auszugsweise ASZ vom 13.05.1974, S. 3; 27.05.1974, S. 5; 19.06.1974, S. 3; 11.06.1975, S. 4. Ausnahmen bilden beispielsweise eine Stellungnahme zu Todesurteilen in Persien im ASZ vom 27.01.1976, S. 7, eine Rubrik „Ausland“ im ASZ vom 06.11.1974, S. 4, sowie Aufforderungen an den AStA seitens politisch engagierter Gruppen, sich für verfolgte Studierende in der DDR, Uruguay und Iran einzusetzen, vgl. ASZ vom 11.06.1975, S. 1 und 4.

<sup>493</sup> Vgl. beispielsweise ASZ vom 02.02.1979, S. 2; 03.03.1979, S. 2; 04.04.1979, S. 6. Die Zusammenarbeit mit Amnesty International wurde anscheinend bereits im Koalitionspapier des aus der Wahl von 1975 hervorgegangenen gemäßigten AStA festgehalten, vgl. ASZ vom 11.06.1975, S. 1.

<sup>494</sup> Vgl. AP 28 (1978), Nr. 10, S. 5: „Kalt wurde es da dem asz-Leser, der zwischen den Nachrichten aus Bagdad, Kairo, Belfast und Teheran verzweifelt eine sachliche AStA-Stellungnahme zum Landeshochschulgesetz suchte“, so das Prisma.

<sup>495</sup> Vgl. ASZ vom 04.12.1973, S. 3. Die ALFA hatte ein Flugblatt zum „Terror in Griechenland“ veröffentlicht.

<sup>496</sup> Vgl. ASZ vom 21.07.1971, S. 1.



größeren Protestaktionen sowie Informationsveranstaltungen und wurde zum Dauerthema in den Studierendenzeitungen und bei Studierenden an beiden Enden des politischen Spektrums.<sup>497</sup> Über 1000 Studierende der TH Aachen hatten beispielsweise beim „Sternmarsch in Bonn“ teilgenommen, zu welchem insgesamt fast 40.000 Studierende erschienen waren.<sup>498</sup> Sie forderten hier eine Erhöhung des BAFöG-Satzes auf 500 Mark; eine aus Sicht der Studierenden immer noch konservative Forderung, da sich die monatlichen studentischen Ausgaben laut einer Untersuchung des Studentenwerks auf knapp 584 Mark beliefen.<sup>499</sup> Ende des Jahres 1975 veranstaltete der gemäßigte AStA hierzu auch „Aktionstage“, die die nichtstudentische Bevölkerung auf die prekäre soziale Lage der Studierenden hinweisen sollte.<sup>500</sup> Der wiederum von linken Gruppen gestellte AStA griff in dieser Frage zu drastischeren Mitteln und besetzte im November 1976 aufgrund ausgebliebener BAFöG-Zahlungen das Konferenzzimmer des Geschäftsführers des Studentenwerks.<sup>501</sup> Die studentischen Reaktionen an der TH Aachen auf zwei die 1970er Jahre prägende politische Prozesse, der Terror der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) und die Ökologiebewegung, waren laut den untersuchten Quellen eher mäßig. Die im Rahmen der Ökologiebewegung stattfindenden Anti-AKW-Proteste, die seit 1976 in der Lage gewesen waren, große Menschenmassen in der BRD zu mobilisieren<sup>502</sup>, wurden maßgeblich seitens des politisch links zu verordnenden Teils der Studierendenschaft thematisiert.<sup>503</sup> Dieser stellte seit dem Herbst 1976 wieder den AStA der TH und veröffentlichte einige Artikel in der Aachener Studentenzeitung, die beispielsweise über die Arbeit der Gruppe „AKW-nee!“ an der Hochschule berichteten<sup>504</sup> oder zur Teilnahme an einem Anti-AKW-Marsch mit dem Ziel Malville in Frankreich unter dem Namen „Die Lebenden hält keiner auf“ in den

---

<sup>497</sup> Ein „AStA-teach-in“ zum BAFöG war jedoch nur schlecht besucht, vgl. ASZ vom 06.02.1974, S. 5. Vgl. außerdem ASZ vom 06.02.1974, S. 2f.; 24.04.1974, S. 6; 17.10.1974, S. 5f.; 11.06.1975, S. 1f.; 24.11.1976, S. 1f.; 05.06.1979, S. 2. Vgl. für Berichte zum Thema „BAFöG“ im Aachener Prisma AP 20 (1972/73), Nr. 5, S. 4; AP 26 (1977), Nr. 1/2, S. 4.

<sup>498</sup> Vgl. ASZ vom 06.02.1974, S. 3.

<sup>499</sup> Vgl. Ebd.

<sup>500</sup> Vgl. HAAC 10202, Mitteilungen der RWTH, Dezember 1975, S. 2. Vgl. außerdem ASZ vom 03.12.1975, S. 1. In Folge des vom Bundestag beschlossenen Haushaltsstrukturgesetzes befürchteten die Studierenden unter anderem starke Kürzungen des BAFöG-Satzes, vgl. ASZ vom 18.12.1975, S. 1. Vgl. speziell zum Haushaltsstrukturgesetz Wolfrum, Demokratie, S. 348. Zum weiteren finanziellen „Krisenmanagement“ der Bundesrepublik vgl. Ebd., S. 346-353.

<sup>501</sup> Vgl. ASZ vom 24.11.1976, S. 1.

<sup>502</sup> Vgl. Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte, S. 369. Vgl. zur Verbindungskraft und Mobilisierungsmacht der Ökologiebewegung auch Kraushaar, Achtundsechzig, S. 230-33.

<sup>503</sup> Abgesehen von einem Bericht des gemäßigten AStA über eine Podiumsdiskussion bezüglich der Kernenergie, die am 15.01.1979 im Audimax stattgefunden hatte, vgl. ASZ vom 02.02.1979, S. 7. Das enorme Interesse der Studierenden an der Diskussion – es mussten noch zwei weitere Hörsäle im Audimax geöffnet werden – steht in starkem Kontrast zur mangelhaften Repräsentation des Themas in der studentischen Presse.

<sup>504</sup> Vgl. ASZ vom 23.05.1977, S. 7.

Sommersemesterferien aufrufen.<sup>505</sup> Ein kleiner Vermerk in der Novemberausgabe der ASZ aus dem Jahre 1976 weist außerdem auf die Zusammenarbeit des AStA mit der Umweltschutzgruppe Aachen hin, die gemeinsam im selben Monat ein „Atomkraftforum“ veranstalten wollten.<sup>506</sup> Im Mai 1977 prangerte die Studierendenvertretung darüber hinaus das brutale Eingreifen der Polizei bei den Anti-AKW-Demonstrationen, sowie die „Medienbande“ und „Volksvertreter“ an, die „den Widerstand gegen AKW’s [sic] kriminalisieren und damit die von AKW’s [sic] Bedrohten ‚immunisieren‘“<sup>507</sup> würden.

Der Terror der RAF und die Prozesse gegen ihre Mitglieder schlugen sich ebenfalls fast ausschließlich in den unter linker studentischer Redaktion stehenden Ausgaben der ASZ nieder.<sup>508</sup> Unter dem Titel „Die RAF-Prozesse und die politische Disziplinierung der Linken“ veröffentlichte der sozialistische AStA im Januar 1973 ein sich über zwei Ausgaben und insgesamt fünf ganze Zeitungsseiten erstreckendes „Special“ zu den Prozessen gegen RAF-Mitglieder im November 1972.<sup>509</sup> In diesem bezeichnen die Studierenden unter anderem die gewalttätigen Taten der RAF als ein durch Polizeigewalt provoziertes, probates Mittel der Notwehr<sup>510</sup>; darüber hinaus würden sie es als ihre Aufgabe ansehen, mit dem vorliegenden Beitrag die Politisierung und Aktivierung der „schweigende[n] Mehrheit“ zu gewährleisten, durch deren Trägheit der Staatsapparat üblicherweise die Stabilität seiner Herrschaft gewährleisten würde.<sup>511</sup> Durch die „staatliche Diffamierungskampagne“, die aus Sicht der sozialistischen Studierenden maßgeblich durch die Medien gestützt wurde, sollten „gleichzeitig mit denen, die in der Praxis die Gewaltherrschaft bekämpfen, (...) [auch] die getroffen werden, die durch ihr kritisches Denken (...) den ‚Humusboden‘ für politische Praxis geliefert haben“<sup>512</sup>; gemeint wäre die „gesamte Linke“<sup>513</sup>. Man solle sich kritisch mit der RAF auseinandersetzen, ihre Schriften lesen und nicht nur den „Lügen“ des Staatsapparates Glauben schenken.<sup>514</sup>

Als knapp vier Jahre später der Generalbundesanwalt Siegfried Buback von Mitgliedern der zweiten Generation der RAF ermordet wurde, kam es zu einem bundesweit rezipierten Eklat, als in der AStA-Zeitung der Universität Göttingen ein anonymes Schreiben seine Freude über

---

<sup>505</sup> Vgl. ASZ vom 04.07.1977, S. 1. Dieser Marsch sollte AKW-Gegner aus ganz Europa vereinen.

<sup>506</sup> Vgl. ASZ vom 24.11.1976, S. 1.

<sup>507</sup> Vgl. ASZ vom 02.05.1977, S. 5.

<sup>508</sup> Vgl. beispielhaft zur RAF, ihrem Wirken und den Folgen ihres Wirkens Wolfrum, *Demokratie*, S. 340-346, sowie Schildt & Siegfried, *Kulturgeschichte*, S.384f., die einige knappe Informationen zur Wirkung des RAF-Terrors auf die Studierenden der BRD bieten.

<sup>509</sup> Vgl. ASZ vom 17.01.1973, S. 3f. und 6; ASZ vom 07.02.1973, S. 3f.

<sup>510</sup> Vgl. ASZ vom 17.01.1973, S. 3.

<sup>511</sup> Vgl. Ebd.

<sup>512</sup> ASZ vom 07.02.1973, S. 4.

<sup>513</sup> Ebd.

<sup>514</sup> Vgl. Ebd.

den Tod Bubacks zum Ausdruck brachte.<sup>515</sup> Laut Schildt hatte der Verfasser zwar gleichzeitig für die Einstellung der Waffengewalt plädiert, dies wurde von den Medien jedoch nicht übernommen.<sup>516</sup> Auch in Aachen wurde der Fall selbstverständlich bekannt; die Basisgruppen und die Jusos an der TH solidarisierten sich mit den Göttingern. Ein von den Jusos/SHB in das Studierendenparlament eingebrachter Antrag bezüglich einer Stellungnahme zum Fall wurde von den Basisgruppen abgelehnt – vermutlich war er ihnen nicht radikal genug.<sup>517</sup> Eine daraufhin von den Basisgruppen veröffentlichte, schon sehr viel deutlichere Stellungnahme wies ebenso wie Schildt darauf hin, dass die Zitate von den Medien sehr selektiv ausgesucht worden wären. Die Verfasser hätten sich eigentlich expliziert von „individuellem Terror“ distanziert.<sup>518</sup> Ebenso machten die Basisgruppen deutlich, dass sie sich keiner oktroyierten „Staatstrauer“ für die Person Buback beugen würden, sondern sich eher „seine Funktion und Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit“<sup>519</sup> vergegenwärtigen wollten. Die Drohung der Absetzung des Göttinger AStA wäre alles in allem nur ein weiterer Versuch, die verfasste Studierendenschaft „politisch zu liquidieren“<sup>520</sup>.

Zur gleichen Zeit hatte Aachen sein eigenes kleines „Göttingen“. In der ASZ-Ausgabe vom 02. Mai 1977 hatte der sozialistische AStA eine doppelseitige Collage angefertigt, die mit „Bericht zur Rechtslage der Nation“ übertitelt war.<sup>521</sup> Diese zeigt einen übergroßen braungefärbten Reichsadler, der „Flügel in Flügel“ mit dem Bundesadler zusammensteht; beide in einen einvernehmlichen Zungenkuss vertieft. Der eigentliche Aufreger jedoch fand sich am Rande der zweiten Seite – unter der Überschrift „Zum Tod von Buback“ war ein Gedicht von Erich Fried abgedruckt, mit welchem die verantwortlichen Studierenden scheinbar ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Tode Bubacks zum Ausdruck bringen wollten. Es endete mit den Worten: „Es wäre besser gewesen, so ein Mensch wäre nicht so gestorben; es wäre besser gewesen, so ein Mensch hätte nie gelebt“<sup>522</sup>. Der Senat der RWTH Aachen verurteilte die Veröffentlichung in der ASZ in einer Resolution aufs Schärfste; das Gedicht wäre gewaltbejahend und würde den verstorbenen Generalbundesanwalt verhöhnern.<sup>523</sup> Gegen die Weiterleitung der Resolution des Senats an den Minister für Wissenschaft und Forschung sowie

---

<sup>515</sup> Vgl. Schildt & Siegfried, Kulturgeschichte, S. 385.

<sup>516</sup> Vgl. Ebd.

<sup>517</sup> Vgl. ASZ vom 23.05.1977, S. 4.

<sup>518</sup> Vgl. Ebd.

<sup>519</sup> Ebd.

<sup>520</sup> Ebd.

<sup>521</sup> Vgl. ASZ vom 02.05.1977, S. 6f.

<sup>522</sup> ASZ vom 02.05.1977, S. 6.

<sup>523</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen vom November 1977, S. 2.

die Presse hatte der AStA eine einstweilige Anordnung vor dem Verwaltungsgericht beantragt, die aber schlussendlich abgewiesen worden wäre.<sup>524</sup>

## 6 Fazit

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass insbesondere in den 1950er und frühen bis mittleren 1960er Jahren nicht von „Politisierungsprozessen“ in der Aachener Studierendenschaft gesprochen werden kann. Hier muss sich der Beobachtung Spix angeschlossen werden, dass sich Reaktionen auf politische Ereignisse eher punktuell und maßgeblich im Hinblick auf den Ost-West-Konflikt und damit einhergehende Menschenrechtsverletzungen zeigten.<sup>525</sup> Zwar war die Studierendenschaft nicht ganz so „still“, wie immer wieder rezipiert wurde<sup>526</sup>; die starken Korporationsstrukturen, das Fächerangebot an der TH, die Unsicherheit bezüglich des allgemeinpolitischen Mandats der Studierenden und das Konzept des „Akademischen Friedens“ scheinen jedoch bis auf wenige Einzelfälle politische Aktivitäten verhindert zu haben. Verschiedene politische Foren, die sich bezüglich der politischen Bildung der Studierenden in den 1950er und 60er Jahren gegründet hatten, konnten wenig an dieser Situation ändern.<sup>527</sup> Eine Ausnahme bildete das Aachener Prisma, das bei zu deutlichen allgemeinpolitischen Äußerungen jedoch auch mit Maßregelungen seitens der Hochschule zu rechnen hatte.<sup>528</sup>

Erst im Rahmen der Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre politisierte sich auch die Studierendenschaft der TH mehr oder weniger schlagartig. Durch eine Änderung der Wahlordnung nahmen politische Hochschulgruppen vermehrt Einzug ins Parlament, die Macht der Korporationen schwand. Mit offensiven Aktionen wie Demonstrationen, Senatssprengungen und Vorlesungsstreiks versuchte sich die Aachener Studierendenschaft Gehör zu verschaffen. In den 1970er Jahren zeichnete sich jedoch schon früh ab, dass eine gemeinsame Linie der Studierendenschaft sowohl in der Gremienarbeit<sup>529</sup> als auch in der Selbstverwaltung und bei allgemeinpolitischen Fragen nicht mehr zu erwarten war. Während „gemäßigte“ Studierendenvertretungen sich beispielsweise einem politischen Mandat der Studierendenschaft größtenteils erwehren und somit in „alte Muster“ verfielen, machten linke Gruppen regelmäßig von diesem Mandat Gebrauch; teilweise hielt extremistisches und verfassungsfeindliches Gedankengut Einzug in die offiziellen Organe der Studierendenschaft.

---

<sup>524</sup> Vgl. HAAC 10202, o. Bl., Mitteilungen der RWTH Aachen vom November 1977, S. 2.

<sup>525</sup> Vgl. Anmerkung 184.

<sup>526</sup> Vgl. Anmerkung 268, sowie Siemons, Wilde, S. 27.

<sup>527</sup> Vgl. Anmerkungen 177, 178, 287-289.

<sup>528</sup> Vgl. Anmerkungen 244 und 245.

<sup>529</sup> Vgl. Anmerkung 423 und 424.

Eine im Verlauf der 1970er Jahre durchschnittlich immer weiter sinkende Beteiligung an den studentischen Wahlen<sup>530</sup> zeugte jedoch nicht von breitem Rückhalt studentischer Politik in der Gesamtstudierendenschaft; über 60 % der Studierenden konzentrierten sich anscheinend wieder eher auf Studienbelange als auf Politik. Fachliche Hintergründe spielten in Fragen der politischen Partizipation wohl keine große Rolle mehr.<sup>531</sup>

---

<sup>530</sup> Vgl. Anmerkungen 429 und 430.

<sup>531</sup> Vgl. Schlebusch, Studentenparlament, S. 33.

## 7 Literaturverzeichnis

### Quellen

*„Aachener Studentenzeitschrift“ (ASZ)*

*Jahrbücher der RWTH Aachen*

*Studierendenzeitschrift „Aachener Prisma“ (AP)*

*Hochschularchiv der RWTH Aachen (HAAC):*

Bestand 233

Bestand 242

Bestand 975 A

Bestand 975 B

Bestand 1009

Bestand 1011 A

Bestand 1011 B

Bestand 1080

Bestand S5025

Bestand 10202

Bestand 10205

Bestand 10206

Bestand 10217

Bestand 12006

Bestand 12013 A

Bestand 12013 B

Bestand 13835

Bestand 13836 A

Bestand 13836 B

## **Literatur**

AStA der RWTH Aachen, Zwischen Zulassung und Promotion. Studienführer für den Studenten der RWTH Aachen, Aachen 1957.

Auernheimer, Gustav, Die Militärdiktatur in Griechenland 1967 bis 1974 und ihre Vorgeschichte, in: Südost-Forsch. 76 (2017), S. 128-161.

Boeckmann, Kurt, Dokumente zur Kulturphysiognomik. Vom Kulturreich des Meeres (Jahresreihe des Volksverbandes der Bücherfreunde 5, B. 4), Berlin 1924.

Dehnavi, Morvarid, Das politisierte Geschlecht. Biographische Wege zum Studentinnenprotest von "1968" und zur Neuen Frauenbewegung (Histoire 44), Bielefeld 2013.

Dohms, Peter, Paul, Johann, Die Studentenbewegung von 1968 in Nordrhein-Westfalen (Ortstermine. Historische Funde und Befunde aus der deutschen Provinz 22), Siegburg 2008.

Dohms, Peter, Studentenbewegung und nordrhein-westfälische Landespolitik in den 60er und 70er Jahren, in: GiW 12 (1997), S. 175–201.

Dubois, Antonin, Die Grenzen der Politisierung. Politische Mobilisierung und soziale Integration der deutschen und französischen Studenten (1880-1914), in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 107 (2020), 3, S. 300–332.

Foertsch, Hermann, Schuld und Verhängnis – Die Fritsch-Krise im Frühjahr 1938 als Wendepunkt in der nationalsozialistischen Zeit, Stuttgart 1951.

Frei, Norbert, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008.

Gilcher-Holtey, Ingrid, Die 68er Bewegung. Deutschland - Westeuropa - USA, München 2001.

Göllner, Ralf Thomas, Die ungarische Revolution von 1956, in: Agethen, Manfred, Buchstab, Günter (Hrsg.), Oppositions- und Freiheitsbewegungen im früheren Ostblock, Freiburg i. Br. 2003, S. 89-129.

Haude, Rüdiger, Dynamiken des Beharrens. Die Geschichte der Selbstverwaltung der RWTH Aachen seit 1945. Ein Beitrag zur Theorie der Reformprozesse, Aachen 1993.

Haude, Rüdiger, "Menschliche Randbedingungen der Technik". Zur Frage der Funktionen einer Philosophischen Fakultät an der RWTH Aachen, in: OASE e.V. (Hrsg.), "...von aller Politik denkbar weit entfernt...". Die RWTH - ein Lesebuch, Aachen 1995, S. 107–120.

Haude, Rüdiger, "Von aller Politik denkbar weit entfernt". "Saboteure", "Werwölfe" und "echte Gesinnungsgemeinschaften" an der wiedereröffneten TH 1946, in: OASE e.V. (Hrsg.), "...von aller Politik denkbar weit entfernt...". Die RWTH - ein Lesebuch, Aachen 1995, S. 11–15.

Hortleder, Gerd, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, Frankfurt am Main 1970.

Jaraus, Konrad H., Deutsche Studenten 1800-1970, Frankfurt am Main 1984.

Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1956, herausgegeben vom Deutschen Studentenwerk, Bonn 1957.

Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin. Sommersemester 1959, herausgegeben vom Deutschen Studentenwerk, Bonn 1960.

Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 7. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemesters 1973, Frankfurt am Main 1974.

Kath, Gerhard, Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der 9. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks im Sommersemester 1979, Frankfurt am Main 1980.

Klinkenberg, Hans M. (Hrsg.), Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen: 1870-1970, Stuttgart 1970.

Kogon, Eugen, Die Stunde der Ingenieure. Technologische Intelligenz und Politik, Düsseldorf 1976<sup>2</sup>.

König, Wolfgang, Vom Staatsdiener zum Industrieangestellten. Die Ingenieure in Frankreich und Deutschland 1750-1945, in: Kaiser, Walter, König, Wolfgang (Hrsg.), Geschichte des Ingenieurs. Ein Beruf in sechs Jahrtausenden, München-Wien 2006, S. 179–231.

Kraushaar, Wolfgang, Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008.

Lönnecker, Harald, Studenten und Gesellschaft, Studenten in der Gesellschaft. Versuch eines Überblicks seit Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Rainer C. Schwinges (Hrsg.), Universität



im öffentlichen Raum (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte 10), Basel 2008, S. 387–438.

Mies, Harro, Die Studierenden und ihre Selbstverwaltung, in: Klaus Habetha (Hrsg.), Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung: die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970-1995, Aachen 1995, S. 60–86.

Morsey, Rudolf, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 19), München <sup>5</sup>2007.

Olbertz, Silke, “Aber auch die Nachwelt wird Eure Königliche Majestät für diese großartige Schöpfung preisen und segnen“. 125 Jahre RWTH aus studentischer Sicht, Aachen 1995.

Orland, Barbara, Der Zwiespalt zwischen Politik und Technik. Ein kulturelles Phänomen in der Vergangenheitsbewältigung Albert Speers und seiner Rezipienten, in: Dietz, Burkhard, Fessner, Michael und Helmut Maier (Hrsg.), Technische Intelligenz und Kulturfaktor Technik. Kulturvorstellungen von Technikern und Ingenieuren zwischen Kaiserreich und früher Bundesrepublik Deutschland (Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt 2), Münster-New York-München-Berlin 1996, S. 269–295.

Ricking, Klaus, Der Geist bewegt die Materie. Mens agit mores. 125 Jahre Geschichte der RWTH Aachen, Korrigiert und überarbeitet. Neuausgabe der 1. Aufl. 1995, Aachen 2020.

RWTH Aachen, Bericht über das akademische Jahr 1970/71, in: Alma Mater Aquensis IX, Aachen 1971, S. 9-33.

RWTH Aachen, Bericht über das Jahr 1975, in: Alma Mater Aquensis XIII, Aachen 1975, S. 9-33.

Sann, Bernhard, Bericht des Rektors zur Situation der Hochschule anlässlich der Mitgliederversammlung der Gesellschaft von Freunden der Aachener Hochschule e.V. (FAHO) am 08.06.1977, in: Alma Mater Aquensis XIV, Aachen 1977, S. 9-19.

Schenke, Julian, Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2020.

Schildt, Axel, Siegfried, Detlef, Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik - 1945 bis zur Gegenwart (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung 1011), Bonn 2009.

Schlebusch, Walter, Die Wahlen zum Studentenparlament von 1966 bis 1976, in: Alma Mater Aquensis XIII, Aachen 1975, S. 31-33.

Schmidtke, Michael, Der Aufbruch der jungen Intelligenz. Die 68er Jahre in der Bundesrepublik und den USA, Frankfurt am Main 2003.

Schmidtke, Michael, Reform, Revolte oder Revolution? Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die Students for a Democratic Society (SDS). 1960-1970, in: Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Mythos, Frankfurt am Main 2008.

Siemons, Hans, Aachens junge Wilde aus dem Hörsaal. Die 68er Studenten-Revolte an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule, Aachen 1997.

Spix, Boris, Abschied vom Elfenbeinturm? Politisches Verhalten Studierender 1957 - 1967. Berlin und Nordrhein-Westfalen im Vergleich, Essen 2008.

Thiemeyer, Guido, Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Westbindung und europäischer Hegemonie (Problemgeschichte der Gegenwart), Stuttgart 2016.

Wiedemann, Thomas, Artikel „Walter Hagemann“, in: Michael Meyen/Thomas Wiedemann (Hrsg.), Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft, Köln 2013. URL: <http://blexkom.halemverlag.de/walter-hagemann/>. Letzter Zugriff am 26.10.2021.

Wolfrum, Edgar, Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

# Eidesstattliche Versicherung

## Statutory Declaration in Lieu of an Oath

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname/Last Name, First Name

\_\_\_\_\_  
Matrikelnummer (freiwillige Angabe)

Matriculation No. (optional)

Ich versichere hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit/Bachelorarbeit/  
Masterarbeit\* mit dem Titel

I hereby declare in lieu of an oath that I have completed the present paper/Bachelor thesis/Master thesis\* entitled

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
selbstständig und ohne unzulässige fremde Hilfe (insbes. akademisches Ghostwriting) erbracht habe. Ich habe keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt. Für den Fall, dass die Arbeit zusätzlich auf einem Datenträger eingereicht wird, erkläre ich, dass die schriftliche und die elektronische Form vollständig übereinstimmen. Die Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

independently and without illegitimate assistance from third parties (such as academic ghostwriters). I have used no other than the specified sources and aids. In case that the thesis is additionally submitted in an electronic format, I declare that the written and electronic versions are fully identical. The thesis has not been submitted to any examination body in this, or similar, form.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum/City, Date

\_\_\_\_\_  
Unterschrift/Signature

\*Nichtzutreffendes bitte streichen

\*Please delete as appropriate

### Belehrung:

#### Official Notification:

#### § 156 StGB: Falsche Versicherung an Eides Statt

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eides Statt zuständigen Behörde eine solche Versicherung falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung falsch aussagt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

#### Para. 156 StGB (German Criminal Code): False Statutory Declarations

Whoever before a public authority competent to administer statutory declarations falsely makes such a declaration or falsely testifies while referring to such a declaration shall be liable to imprisonment not exceeding three years or a fine.

#### § 161 StGB: Fahrlässiger Falscheid; fahrlässige falsche Versicherung an Eides Statt

(1) Wenn eine der in den §§ 154 bis 156 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe ein.

(2) Strafflosigkeit tritt ein, wenn der Täter die falsche Angabe rechtzeitig berichtigt. Die Vorschriften des § 158 Abs. 2 und 3 gelten entsprechend.

#### Para. 161 StGB (German Criminal Code): False Statutory Declarations Due to Negligence

(1) If a person commits one of the offences listed in sections 154 through 156 negligently the penalty shall be imprisonment not exceeding one year or a fine.

(2) The offender shall be exempt from liability if he or she corrects their false testimony in time. The provisions of section 158 (2) and (3) shall apply accordingly.

Die vorstehende Belehrung habe ich zur Kenntnis genommen:

I have read and understood the above official notification:

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum/City, Date

\_\_\_\_\_  
Unterschrift/Signature